

2. Sitzung des Gemeindepalmentes

Donnerstag, 24. November 2022

Stadthaus, Ratsaal

Sitzungsdauer: 18.15 Uhr – 22.30 Uhr

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Fürst, 4. Sandy Grieder, 5. Urs Knapp,
6. Simone Sager, 7. Deny Sonderegger, 8. Markus Wyss, 9. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Eberhard Florian 3. Lea Jäggi, 4. Daniela Minikus, 5. Luc Nünlist,
6. Luisa Segessenmann

Die Mitte:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Manfred Schogler

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf, 5. Marc Winistorfer

Junge SP Region Olten:

1. Simea Fürst, 2. Cécile Send

Olten jetzt!:

1. Dr. Salome Kisker 2. Daniel Kissling, 3. Tobias Oetiker, 4. Laura Schöni, 5. Spirig Denise
6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat:

Thomas Marbet, Stadtpräsident (ab 19.30 Uhr)
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Marion Rauber, Direktion Bau
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend:

Christian Ginsig
Anna-Lea Enzler

Unentschuldigt abwesend:

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Leiter Direktion Bildung und Sport (ab 19 bis 22.15 Uhr)
Kristine Sprysl, Leiterin Direktion Soziales (bis 22.15 Uhr)
Kurt Schneider, Leiter Direktion Bau (bis 22.00 Uhr)
Urs Tanner, Leiter Direktion Finanzen und Dienste (bis 22.30 Uhr)
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Philipp Stierli, Abteilungsleiter Dir. Ordnung & Sicherheit
Beat Hofstetter, Leiter Sozialadministration

Vorsitz: Laura Schöni

Protokollführerin: Andrea Baumann, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei
Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

7. Budget 2023/Genehmigung
8. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 8.1. Auftrag Matthias Börner (SVP) betr. Abstimmungsversprechen einhalten, Nettokosten der Museen senken!
 - 8.2. Überparteilicher Auftrag Yael Schindler (GO) und MU betr. Ortsbildschutz und Klimaschutz vereinbaren
 - 8.3. Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Schaffung Migrationsbeirat (MBR)
 - 8.4. Auftrag Fraktion CVP/EVP/glp, Muriel Jeisy (CVP) und MU betr. Baugesuchsverfahren für Kleinstvorhaben wie Velounterstände vereinfachen
 - 8.5. Überparteiliche Interpellation Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Kosten bei der Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse
 - 8.6. Interpellation Fraktion FDP, Nico Zila und MU betr. Entwicklungsgebiet Hammer / Rötzmatt und Personenunterführung OSW mit SBB koordinieren
 - 8.7. Parlamentarischer Antrag Fraktionen Grüne/Junge Grüne und Olten Jetzt! betr. Offenlegung des Stimmverhaltens des Gemeindepalaments/Stellungnahme
 - 8.8. Auftrag (Parlamentarischer Antrag) Christine von Arx (SP/JSP) betr. Ergänzung des Geschäftsreglements: Abschreibung von Aufträgen/Stellungnahme
 - 8.9. Auftrag Christine von Arx (SP/JSP) betr. Gespräch mit der Bürgergemeinde Olten

- 8.10. Auftrag Fraktion Olten jetzt!, Daniel Kissling und Mitunterzeichnende betr. Unterstützung für das Haus der Fotografie
- 8.11. Interpellation Cécile Send (SP/JSP) betr. Obdachlosigkeit in der Stadt Olten und Sozialregion
- 8.12. Interpellation Robin Kiefer (SVP) betr. Klumpenrisiko bei Steuersubjekten/ Förderung des Wirtschaftsstandortes Olten
- 8.13. Auftrag Fraktion SP/JSP, Christine von Arx, betr. Co-Stadtpräsidium
- 8.14. Überparteilicher Auftrag Manuela Höfler (GO), Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Photovoltaik-Anlagen bei Neubauten und umfassenden Dachsanierungen
- 8.15. Auftrag Luc Nülist und Florian Eberhard (SP/JSP) betr. Markthalle für Olten
- 8.16. Auftrag Christine von Arx (SP) betr. Ruftaxi Schöng rund
- 8.17. Auftrag Manfred Schogger (Mitte/EVP/glp) und MU betr. Veröffentlichung Stundenpläne Ende April statt Ende Mai
- 8.18. Überparteilicher Auftrag Salome Kisker (OJ) und Manuela Höfler (GO/JGO) und MU betr. Dachbegrünungen
- 8.19. Interpellation Manuela Höfler (GO/JGO) betr. Leerwohnungsstand
- 8.20. Auftrag Nico Zila (FDP) und Matthias Börner (SVP) betr. Einheitsbezug der direkten Staats- und Gemeindesteuern prüfen
- 8.21. Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Zeitgemäßes Arbeitsmodell der Exekutive Olten
- 8.22. Überparteiliche Interpellation Tobias Oetiker (OJ) und Manuela Höfler (GO/JGO) betr. Lessons Learned aus der Stromkrise
- 8.23. Auftrag Ursula Rüegg (SVP) und MU betr. Nutzung Baustrasse Hardwald

Beilagen:

- Kleine Anfrage Yael Schindler (GO/JGO) und MU betr. Standort Kindergarten linke Aareseite

Bis auf Traktandum Nr. 7 wurden alle weiteren aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung verschoben.

* * *

Parlamentspräsidentin Laura Schöni begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Weihnachtsbeleuchtung

Die Stadt Olten ist definitiv in die Weihnachtszeit gestartet. Die Weihnachtsbeleuchtung brennt seit 17 Minuten. Wer heute Abend noch eine Runde zum Runterfahren braucht, dem empfehle ich einen Gang durch die Innenstadt. So lange brennen die Lichter gar nicht? Okay! Dann vielleicht in der Pause zum Luft schnappen?

Stimmenzählerin ad interim

Cécile Send (JSP) hat angekündigt, eine halbe Stunde später einzutreffen. Daher übernimmt zwischenzeitlich Christine von Arx (SP) das Amt der Stimmenzählerin.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindepalmentes
der Stadt Olten

vom 24. November 2022

Prot.-Nr. 19

Budget 2023/Genehmigung

Das Budget 2023 weist einen Verlust von 1'724'900 Franken aus. Das entspricht rund 1.6% des Bruttoaufwandes ohne interne Verrechnungen. Das Ergebnis setzt sich aus einem Betriebsverlust von 6'633'000 Franken, einem Gewinn aus Finanzierung von 3'549'400 Franken und einem a.o. Ertrag von 1'358'700 Franken zusammen.

Die Personalkosten steigen um rund 5.8% und sind zum grössten Teil durch einen hohen Anstieg der Klassenzahl und somit beim Lehrpersonal zurückzuführen. Der für das städtische Personal beantragte Teuerungsausgleich beträgt 2.0%. Angesichts des noch ausstehenden kantonalen Entscheides wurde für das Lehrpersonal ebenfalls eine provisorische Teuerung von 2.0% hinterlegt. Der Stadtrat beantragt für die städtische Rechnung zusätzlich 2.35 Stellen sowie 2 Stellen für die Sozialregion. Eine bereits bewilligte befristete Stelle für die Ortsplanrevision wird über die Investitionsrechnung abgerechnet. Demgegenüber fallen 1.2 bisherige temporäre Stellen weg. 0.5 Stellen in der Schulzahnpflege werden gestrichen und an einen externen Dienstleister übertragen. Der Sachaufwand wurde erstmalig – analog der Investitionsrechnung – mit einem Korrekturfaktor auf 16.24 Mio. Franken festgesetzt. Nebst starken Preiserhöhungen bei einem Teil der Energiepreise wurden auch Anpassungen aufgrund erhöhter Lieferpreise einberechnet.

Während sich die voraussichtlichen Kosten für die gesetzliche Sozialhilfe um rund 570'000 Franken reduzieren, steigen die Beiträge für die Pflegekostenfinanzierung mit rund 455'000 Franken Mehrkosten stark an. Die Restkosten der Sozialregion steigen aufgrund einer Neuausrichtung um rund 367'000 Franken an. Der Ressourcenausgleichsteil des Finanzausgleichs sinkt aufgrund der tieferen Steuerkraft um rund 566'000 Franken.

Im Steuerertrag muss erstmals die Umsetzung des Gegenvorschlages zur Volksinitiative „jetzt si mir draa“ mit tieferen Steuererträgen eingerechnet werden. Erste Schätzungen zeigen, dass die Stadt mit der Annahme des Gegenvorschlages auf rund 2.2 Mio. Franken an Steuererträgen natürlicher Personen verzichten muss.

Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2023 betragen '228'000 Franken. Von den geplanten Nettoinvestitionen betragen alleine die Investitionsausgaben für das bewilligte Projekt Schulanlagen Kleinholz netto 15.2 Mio. Franken.

Die anfallenden Nettoinvestitionen von 24.23 Mio. Franken können mit einem Betrag von 6.5 Mio. Franken selber finanziert werden. Für die Differenz wird sich die Stadt stark verschulden müssen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Antrag zum Budget für das Jahr 2023:

1. Ausgangslage

Die Stadt Olten konnte sich in den letzten Jahren finanziell gut erholen, was die Pro-Kopf-Verschuldung per Ende 2021 von 1'233 Franken widerspiegelt. In den kommenden Jahren wird diese Pro-Kopf-Verschuldung aufgrund bewilligter jedoch ungenügender Finanzierung wieder stark ansteigen. Mit der Umsetzung der Budgets 2022 und 2023 dürfte sich die Pro-Kopf-Verschuldung Ende 2023 wieder über 2'700 Franken bewegen. Ein aktueller Trend zeigt, dass sich die Jahresrechnung 2022 etwas positiver als geplant entwickeln dürfte. Die geplanten Investitionen 2022 dürften sich aber auf dem sehr hohen geplanten Niveau von etwas über 18 Mio. Franken bewegen.

Aufgrund der hohen Inflation, einer Steigerung der Energiekosten, stark ansteigenden Schülerzahlen sowie des starken Anstiegs von zu betreuenden Sozialhilfefällen und Flüchtlingen (Ukraine) steigen die Bruttokosten der Stadt um rund 2%. Gleichzeitig verliert die Stadt mit der Umsetzung des Gegenvorschlags zur Initiative „jetzt si mir draa“ rund 2.2 Mio. Franken.

Der Transferaufwand beträgt nun rund 37% des gesamten Aufwandes des städtischen Haushalts. Er bleibt im Budget 2023 konstant hoch.

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Transferaufwand o. FILAG	29'314	30'605	30'990	34'104	35'232	35'862	35'765
Finanzausgleich	3'373	4'549	6'172	7'120	6'730	5'713	5'147
Total	32'686	35'155	37'162	41'223	41'962	41'575	40'912
Anteil Aufwand	34%	35%	36%	38%	37%	38%	37%

*Tabelle Transferaufwand vs. Gesamtaufwand: *ohne interne Verrechnungen, in TCHF*

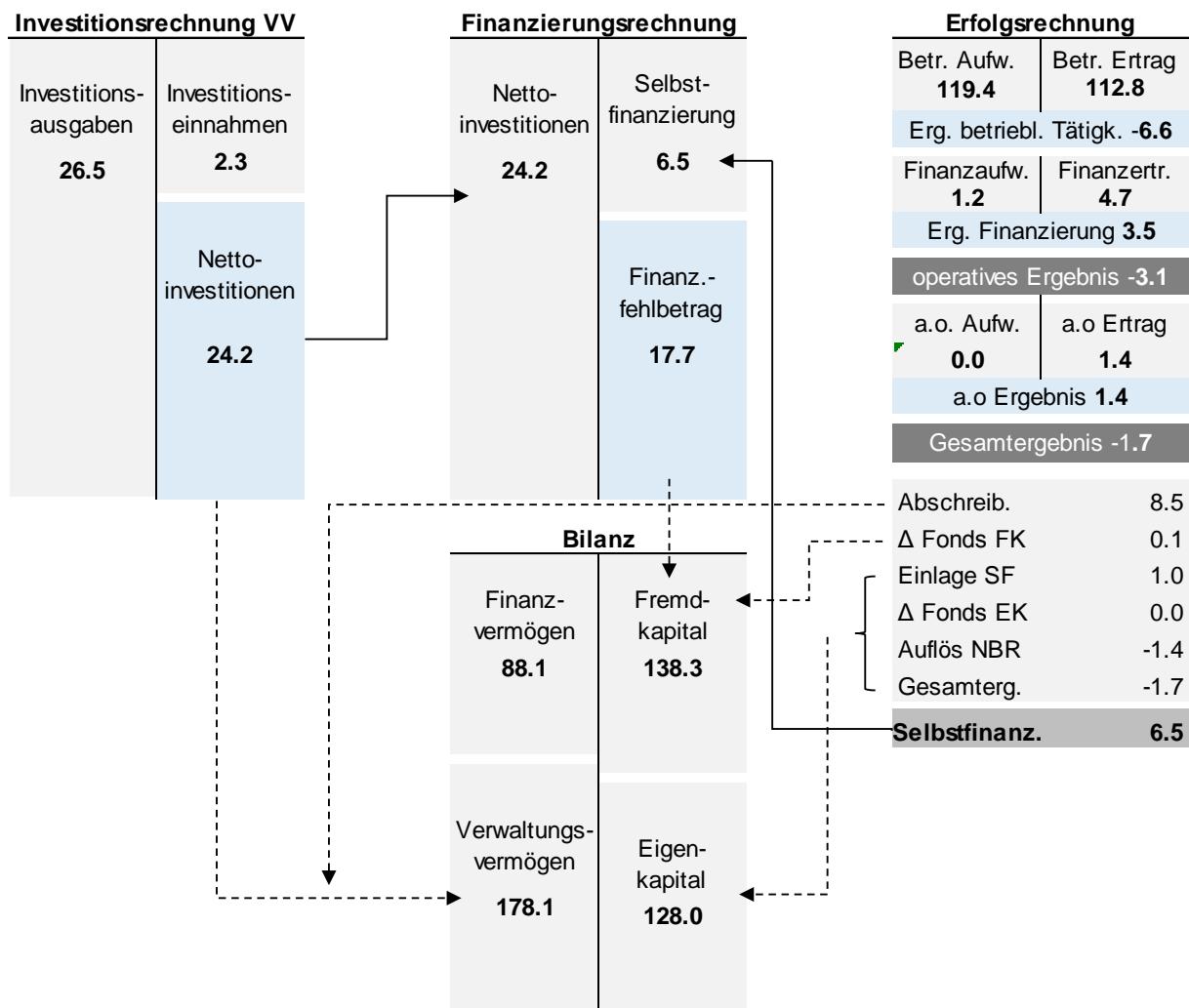
Das Investitionsbudget 2023 wird erstmals durch den Neubau der Schulanlage Kleinholz bestimmt.

2. Ergebnisse auf einen Blick

2.1. Zusammenhänge Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Finanzierung, Bilanz

Für das Budgetjahr 2023 wird in der Erfolgsrechnung ein Verlust von 1.72 Mio. Franken ausgewiesen. Dieser setzt sich aus einem operativen Verlust von 6.6 Mio. Franken, einem Finanzgewinn von 3.55 Mio. Franken und einem ausserordentlichen Ertrag aus Auflösung der Neubewertungsreserve von 1.4 Mio. Franken zusammen.

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 24.2 Mio. Franken und können lediglich mit 6.5 Mio. Franken selber finanziert werden (Selbstfinanzierungsgrad 26.9%). Der Finanzierungsfehlbetrag beläuft sich auf 17.7 Mio. Franken und bewirkt eine Zunahme des Fremdkapitals (Verschuldungszunahme). Das Eigenkapital nimmt aufgrund der Auflösung der Neubewertungsreserve sowie der Überschüsse der Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall und dem vorgesehenen Verlust um 2 Mio. Franken ab.



Grafik: Zusammenhänge Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Finanzierung, Bilanz

Veränderung des Finanzvermögens:

- | | |
|--|------------------|
| Veränderung des Finanzvermögens: | |
| + Plan-Anfangsbestand Finanzvermögen: | +88.1 Mio. |
| = Plan-Schlussbestand Verwaltungsvermögen | 88.1 Mio. |

Veränderung des Verwaltungsvermögens:

- | | |
|--|-------------------|
| Veränderung des Verwaltungsvermögens: | |
| + Plan-Anfangsbestand Verwaltungsvermögen: | +163.6 Mio. |
| + Nettoinvestitionen | +24.2 Mio. |
| - Abschreibungen (KoA 33+366) | -8.5 Mio. |
| - Auflösung Schuldanerkenntung Pensionskasse | -1.1 Mio. |
| = Plan-Schlussbestand Verwaltungsvermögen | 178.1 Mio. |

Veränderung des Fremdkapitals:

- | | | |
|---|--------------|-------------|
| Veränderung des Fremdkapitals: | | |
| + Plan-Anfangsbestand Fremdkapital | +121.6 | Mio. |
| + Finanzierungsfehlbetrag Verwaltungsvermögen | +17.7 | Mio. |
| + Fondseinlage Fremdkapital | +0.1 | Mio. |
| - Auflösung Schuldanerkennung Pensionskasse | -1.1 | Mio. |
| = Plan-Schlussbestand Fremdkapital | 138.3 | Mio. |

Veränderung des Eigenkapitals

- | <u>Veränderung des Eigenkapitals</u> | | |
|---|--|-------------------|
| + Plan-Anfangsbestand Eigenkapital | | +130.0 Mio. |
| + Einlagen Spezialfinanzierungen (SF) | | +1.0 Mio. |
| - Auflösung Neubewertungsreserve (NBR) | | -1.4 Mio. |
| - Auflösung Fonds im Eigenkapital (netto) – (KoA 351/451) | | -0.0 Mio. |
| + Jahresergebnis | | -1.7 Mio. |
| = Plan-Schlussbestand Eigenkapital | | 128.0 Mio. |

2.2. Ergebnis der Erfolgsrechnung

Bei einem Aufwand von 111'401'400 Franken (ohne interne Verrechnungen) und einem Ertrag von 109'676'500 Franken ergibt sich ein **Verlust von 1'724'900 Franken**. Der Aufwand steigt gegenüber dem Budget 2022 um 2'098'660 Franken oder rund 1.9%. Der Ertrag steigt gegenüber dem Vorjahr um 2'003'600 Franken.

2.3. Ergebnis der Investitions-Rechnung

Die Nettoinvestitionen im Jahr 2023 betragen 24'228'000 Franken. Die Bruttoinvestitionen belaufen sich auf 26'478'000 Franken, die Beiträge an Investitionen 2'250'000 Franken. Dominierend dabei ist das nun sich in Ausführung befindende Projekt Schulanlage Kleinholz. Im Budget 2023 sind dafür brutto 19 Mio. Franken vorgesehen.

Der Investitionsanteil (Anteil der Bruttoinvestitionen am konsolidierten Gesamtaufwand) von 20.7% bedeutet, dass die Stadt Olten im Verhältnis zu ihren Gesamtausgaben eine starke Investitionstätigkeit anstrebt. Gegenüber den Vorjahren nimmt der Investitionsanteil zu (2018: 11.6%, 2019: 12.8 %, 2020: 10.3%, 2021: 13.5%, 2022: 16.2%).

2.4. Gestufter Erfolgsausweis

Der gestufter Erfolgsausweis nach HRM2 zeigt in der betrieblichen Tätigkeit das Ergebnis aus dem ordentlichen Jahresbetrieb. Das Ergebnis aus Finanzierung enthält nebst den Zinskosten den Aufwand für die Liegenschaften im Finanzvermögen sowie Liegenschaftserträge (Finanz- und Verwaltungsvermögen) und unter anderem die Verzinsung des Dotationskapitals der sbo. Das ausserordentliche Ergebnis zeigt die Auflösung der Neubewertungsreserve.

Gestufter Erfolgsausweis in TCHF

2023 VJ,VVJ, BUD,IST

	R2021	B2022	B2023	Δ B/B	Δ %
-30 Personalaufwand	-41'670	-41'677	-44'107	2'431	6%
-31 Sachaufwand	-15'180	-16'166	-16'240	74	0%
-33 Abschreibungen	-7'314	-7'828	-7'809	-20	0%
-35 Einlage Fonds / SF	-1'279	-1'098	-1'181	83	8%
-36 Transferaufwand	-41'962	-41'575	-40'912	-663	-2%
-39 interne Verrechnungen	-8'121	-8'640	-9'169	529	6%
Total betrieblicher Aufwand	-115'527	-116'985	-119'419	2'434	2%
+40 Fiskalertrag	78'016	70'527	72'131	1'604	2%
+41 Konzessionsertrag	1'780	1'880	1'929	49	3%
+42 Entgelte	14'241	14'927	15'111	184	1%
+43 Verschiedene Erträge	3	12	142	130	1087%
+45 Entnahme Fonds / SF	335	205	75	-129	-63%
+46 Transferertrag	14'085	14'670	14'228	-442	-3%
+49 interne Verrechnungen	8'121	8'640	9'169	529	6%
Total betrieblicher Ertrag	116'582	110'861	112'786	1'925	2%
Ergebnis aus betr. Tätigkeit	1'055	-6'124	-6'633	-509	-8%
-34 Finanzaufwand	-963	-959	-1'152	194	20%
+44 Finanzertrag	8'605	4'094	4'701	608	15%
Ergebnis aus Finanzierung	7'642	3'135	3'549	414	13%
Operatives Ergebnis	8'697	-2'989	-3'084	-95	-3%

-38 a.o Aufwand	-6'400	0	0	0	0%
+48 a.o Ertrag	1'359	1'359	1'359	0	0%
a.o Ergebnis	-5'041	1'359	1'359	0	0%
Jahresergebnis	3'656	-1'630	-1'725	-95	-6%

Tabelle: Gestufter Erfolgsausweis

3. Zielerreichung im Budget 2023

3.1. Budgetvorgabe Sachaufwand, Investitionen, Zielsaldo, Beiträge

In seinen Richtlinien zum Budget 2023 hat sich der Stadtrat 3 Ziele gesetzt:

- Sachaufwand: 16.0 Mio. Franken (inkl. technischer Korrektur)
- Nettoinvestitionen: 22.5 Mio. Franken
- Verlust: 0.4 Mio. Franken

Die Abweichungen in der Erfolgsrechnung gegenüber den Vorgaben lassen in sieben grössere Blöcke teilen. Es sind dies Finanzausgleich, Personal, Steuern, gesetzliche Beiträge, Restkosten Sozialregion, Sachaufwand (Energie) sowie Diverses.

Gegenüber den Richtlinien haben sich in der Erfolgsrechnung folgende wichtige Positionen verändert:

Objekte in TCHF	Einfluss	KoA	+/-	Δ
Saldo Vorgabe				-400
Korrektur Sachaufwand Plafonierung Energie (16.24 Mio. statt 16 Mio.), Preisanstiege	J	31	Mehraufwand	-240
Finanzausgleich - STAF-Beitrag ordentlich	N	46	Minderertrag	-170
Finanzausgleich - STAF Beitrag Korrektur aus Jahr 2021	N	46	Minderertrag	-213
Finanzausgleich - Ressourcenausgleich	N	36	Mehraufwand	-64
Steuererträge JP; Planzunahme 2%, IST-Zunahme 3%	J	40	Mehrertrag	134
Steuererträge NP: lfd. Jahr + Nachzlg (inkl. Quelle; Personal- Nachsteuer)	J	40	Mehrertrag	2'281
Steuererträge NP: Umsetzung Gegenvorschlag "jetzt si mir draa"	N	40	Minderertrag	-2'228
Steuererträge Kapitalsteuern und Grundstücksgewinnsteuern	N	40	Mehrertrag	460
Pflegekosten, Spitex, Tagesstätten im Alter	N	36	Mehraufwand	-519
Beiträge an die EL AHV und VK EL-AHV	N	36	Minderaufwand	153
Beiträge Freiwilligenarbeit, Schuldenberatung	Teilw.	36	Mehraufwand	-58
Sozialregion - gesetzliche Beiträge	N	36	Minderaufwand	597
Sozialregion - Sozialadministration	N	36	Minderaufwand	45
Sozialregion - Restkostenbeiträge (inkl. Stellenerhöhung, Teuerung)	J	36	Mehraufwand	-367
Personalkosten: Teuerung städt Personal o. SRO/RFS/ZSO. - 2%	J	30	Mehraufwand	-383
Personalkosten: Teuerung Lehrpersonal, 2% mitberücksichtigt	N	30	Mehraufwand	-434
Personalkosten: Steigerung Lehrpersonal / Klassenplanung	Teilw.	30	Mehraufwand	-925

Personalkosten: Stellenveränderungen o. SRO (SRO via Restkosten)	J	30	Mehraufwand	-237
Personalkosten: Weiterb./Kommissionen, Stufenanstiege	Teilw.	30	Mehraufwand	-207
Abschreibungen (33 und 366)	J	33	Minderaufwand	403
Buchgewinn aus Veräusserungen Finanzvermögen	J	44	Mehrertrag	450
Reduktion Beiträge HPS	N	36	Mehraufwand	-131
Dividendenausschüttung sbo	J	44	Mehrertrag	500
Diverses Δ	Teilw.			-172
Total Veränderungen				-1'325
Saldo Neu				-1'725

Tabelle: Abweichungen Zielvorgaben in TCHF, *Koa = Kosten- und Erlösart

Die geplanten Nettoinvestitionen von 22.5 Mio. Franken werden mit 24.3 Mio. Franken überschritten. Die Überschreitung ist zu einem grossen Teil auf den aktuellen Zahlungsplan für die Schulanlage Kleinholz zurückzuführen. Bei der Erneuerung des Kremationsofens wird es zu einer Verzögerung der Ausführung kommen. Ebenso kann die bereits für das Jahr 2022 geplante Uferverbauung der linken Aareseite infolge einer Einsprache erst im Jahr 2023 ausgeführt werden.

Objekt in Mio. in TCHF	Bem.	Vorg.	IST	Δ
Saldo Vorgabe		22'500	24'228	1'728
davon:				
Schulanlage Kleinholz		16'000	19'000	3'000
Kunstmuseum		1'000		-1'000
Schulanlage Froheim, Sanierung, Erweiterung		-50	300	350
Stadthaus Sanierung Wärmeverbund EG		250	120	-130
Erneuerung Kremationsofen, Abdankungshallen		1'500	500	-1'000
Stadttheater, Sofortmassnahmen		300	580	280
Ländiweg		600	0	-600
Uferverbauung linke Aareseite		0	800	800
Ortsplanrevision		400	560	160
FC Platz - Beleuchtung		0	300	300
Total Veränderungen				2'160
Kürzungen allgemein				300
Veränderung Netto Positionen				1'860

3.2 Blick auf die finanzpolitischen Grundsätze

Die vom Stadtrat gefassten finanzpolitischen Grundsätze können im Jahr 2023 zum grossen Teil umgesetzt werden.

Grundsätze zur Verschuldung:

- ✓ Die Pro-Kopf-Verschuldung soll Fr. 4'000 nicht übersteigen:

Zwar wird die Pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2023 wieder ansteigen, die maximale Soll-Verschuldung von 4'000 Franken pro Einwohner wird aber nicht überschritten. Per Ende 2023 wird mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 2'720 Franken prognostiziert.

- ✓ Der mittelfristige Wert weicht positiv vom gewichteten Durchschnitt aller Solothurner Gemeinden ab.

Per Ende 2021 weisen die Solothurner Gemeinden ein Pro-Kopf-Vermögen von rund 409 Franken aus (102 von 109 Gemeinden). Mit 1'233 Franken Pro-Kopf-Verschuldung Ende 2021 besteht immer noch ein deutliches Manko gegenüber der Vorgabe einer Verschuldung im kantonalen Durchschnitt.

Grundsätze zu den Investitionen

- ✓ Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) für den Werterhalt beträgt dauernd 100%:

Die Nettoinvestitionen des steuerfinanzierten Werterhalts (nach genereller Kürzung) betragen rund 5.50 Mio. Franken, der operative Cashflow des steuerfinanzierten Bereiches beträgt 4.83 Mio. Franken. Das wichtige Ziel einer vollständigen Finanzierung des Werterhalts bestehender Anlagen kann im steuerfinanzierten Bereich somit in diesem Budget nicht ganz erreicht werden. Der Selbstfinanzierungsgrad für diese Anlagen beträgt 87.8%.

- ✓ Der Selbstfinanzierungsgrad (operativer Cashflow nach Geldflussrechnung) der Gesamtinvestitionen liegt langfristig bei 100%:

Der operative Cashflow von 6.52 Mio. Franken deckt die Nettoinvestitionen von 24.23 Mio. Franken nicht. Der effektive Finanzierungsgrad beträgt 26.9% und gilt nach der Definition von HRM2 als sehr problematisch, ist jedoch mit dem Gegenwert des bewilligten Schulhausneubaus inkl. Dreifachturnhalle erklärbar.

Grundsätze zu den Steuern

- ✓ Der Steuerfuss für natürliche und juristische Personen weicht nicht mehr als 10% von einander ab:

Aktuell wird dieser Grundsatz eingehalten.

Die steuerliche Belastung liegt in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden:

- ✓ Der einwohnergewichtete durchschnittliche Steuerfuss der Solothurner Gemeinden liegt im Jahr 2022 bei 115.1% (2021: 115.2%). Mit einem Steuerfuss von 108% für natürliche Personen sowie 108% für juristische Personen hat die Stadt Olten einen Steuerfuss, der unter dem Gemeindedurchschnitt liegt.

4. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr / Vergleichbarkeit und Darstellungsform

4.1. Zusammenschluss der Jugend- und Stadtbibliothek

Auf das Budgetjahr 2023 werden die beiden Organisationen unter die einheitliche Leitung der Direktion Präsidium gestellt. Die Funktion 3212 Jugendbibliothek wird nicht weitergeführt. Alle Aufwände und Erträge werden unter der Funktion 3211 Stadtbibliothek geführt. Eine konsolidierte Erfolgsrechnung für die Vorjahre befindet sich untenstehend.

Aufwand / Ertrag in TCHF	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	ΔB/B%
Total Aufwand	889	926	968	42	5%
30 Personalaufwand	538	532	537	5	1%
31 Sachaufwand	197	223	228	5	2%
39 interne Verrechnungen	154	172	204	32	19%
Total Ertrag	-48	-53	-46	7	-13%

42 Entgelte	-48	-51	-46	5	-10%
46 Transferertrag	0	-2	0	2	-100%
Saldo	841	873	922	49	6%

4.2. Grössere Abweichungen im Aufwand der Erfolgsrechnung

Die grössten Abweichungen betreffen folgende Funktionen / Sacharten:

Position	KoA	B2022	B2023	Δ B/B	Δ B/B %	Begründung
21xx Besoldung Lehrkräfte inkl. Teuerung 2%	30	20'221	21'571	1'350	7%	höhere Stundenleistungen, Teuerung 2% - Kantonsabhängig
0228.301 Lohnteuierung städtisches Personal 2%	30	0	383	383	<> 100%	beantragter teilweiser Teuerungsausgleich 2% inkl. Sozialleistungen
Personal, Stufenanstiege, Weiterbildungen	30			207	<> 100%	Weiterbildungen in den Vorjahren nicht vorgenommen
xxxx.30xx Stellenveränd. inkl. gegenfinanz. Position und Stundenlöhner	30			367	<> 100%	Ortsplanung 130 TCHF ebenfalls im Ertrag
9610.34x Zinsaufwand	34	678	883	205	30%	hohe Neuverschuldung, steigende Zinsen
9300 FILAG, Disparitätenausgleich	36	5'713	5'147	-566	-10%	tiefer Steuerkraft
5720.5790 Ges. Sozialhilfe / Sozialadministration	36	7'693	7'079	-614	-8%	kantonale Pro-Kopf Beiträge
5790 Restkosten Sozialregion	36	1'745	2'111	366	21%	inkl. teilweiser Teuerungsausgleich Personal SRO 2%
4210 Pflegekostenfinanzierung	36	2'484	2'939	455	18%	kantonale Pro-Kopf Beiträge
xxxx.39xx Interne Verrechnungen	39	8'640	9'169	529	6%	technische Position , v.a. Verrechnung Sozialleistungen
Veränd. Einzelpos.				2'682		

Tabelle: Grösste Abweichungen Aufwand in TCHF

4.3. Grössere Abweichungen im Ertrag der Erfolgsrechnung

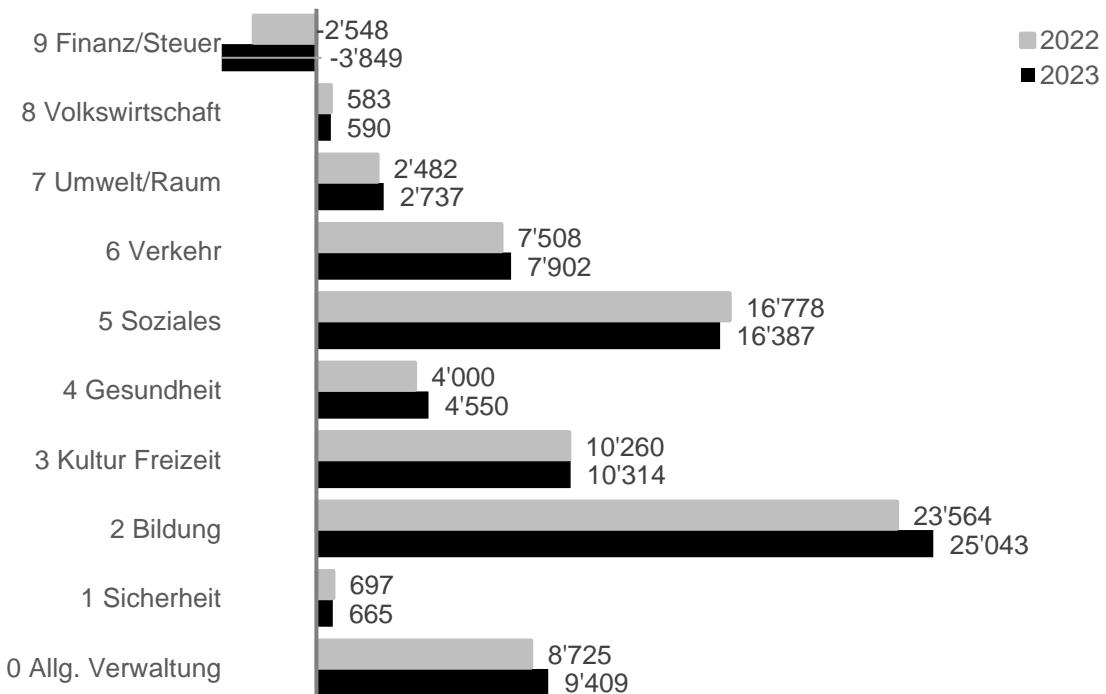
Die grössten Abweichungen im Ertrag betreffen folgende Funktionen:

Position	KoA	B2022	B2023	Δ B/B	Δ B/B %	Begründung
9000.40xx Steuern NP inkl. Personal/Quellensteuer	40	55'843	56'587	744	1%	inkl Wegfall "jetzt si mir draa" von 2'228 TCHF
9000.4022 Kapital- und Grundstücksgewinnsteuern	40	1'277	1'737	460	36%	
9000.4010 Steuern JP	40	13'300	13'700	400	3%	
9610.44 Zinserträge Steuerausstände	44	520	700	180	35%	Anpassung an Vorjahre
9630.44 Gewinn aus Verkauf Sachanlagen FV	44	0	450	450	<> 100%	Verkauf Grundstück

xxxx.39xx Interne Ver- rechnungen	49	8'640	9'169	529	6%	technische Position, v.a. Verrechnung Sozialleis- tungen
Veränd. Einzelpos.				2'763		

5. Begründungen zu den Funktionen

Die Nettobelastungen (ohne Steuerertrag Kostenart 40) der Hauptfunktionen haben sich gegenüber dem Vorjahresbudget wie folgt entwickelt:



Grafik: Veränderung B2022/B2023 – in Tausend Franken

0 Allg. Verwaltung	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
Aufwand	18'396	18'692	19'855	1'163	6%
Ertrag	9'587	9'967	10'446	479	5%
Saldo	8'808	8'725	9'409	684	8%

Der Mehraufwand in der allgemeinen Verwaltung beträgt rund 1.16 Mio. Franken. Dies unter anderem aufgrund der zentral eingestellten Teuerung für das städtische Personal.

- Zentraler Teuerungsausgleich für das städtische Personal (ohne SRO, RZS) 383'200 Franken (Konto 0228.3010.03)
- Verrechnung neue Softwarelizenzen an RPK (Office 365, E3) (+ 54'500 Franken)
- Kosten Wahljahr 2023 (+ 56'000 Franken)
- Teiloutsourcing technische Verwaltung PK (-40'000 Franken Erlös)
- Neue Verträge mit den Kirchgemeinden für den Steuereinzug (-67'400 Franken Erlös)
- Bauverwaltung, Bauordnungsgebühren (+100'000 Franken Erlöse)
- Einführung Microsoft Office 365 E3 (+100'000 Franken Mehraufwand)
- Baulicher Unterhalt und Energiekosten Stadthaus (+85'500 Franken)

1 öff. Sicherheit	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
--------------------------	--------------	--------------	--------------	-------------	-----------

Aufwand	2'890	3'151	3'235	84	3%
Ertrag	2'263	2'454	2'570	-117	-5%
Saldo	627	697	665	33	5%

Bei der öffentlichen Sicherheit ergeben sich wenige Aufwandänderungen:

- Wartung CAD/GIS (+35'000 Franken)
- Feuerwehr: Unterhalt Korpsmaterial - aperiodisch (+145'000 Franken) (Schlauchanlage, Waschbox, Spaltanlage)

Folgende grössere Veränderungen ergeben sich beim Ertrag:

- Mehrertrag Feuerwehrersatzabgabe: +50'000 Franken
- Mehrertrag Subventionen SGV Feuerwehr / Aufwandabhängig: +63'000 Franken

2 Bildung	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
Aufwand	30'870	31'306	33'313	2'008	6%
a.o Aufwand	3'200				
Ertrag	7'818	7'742	8'270	-529	7%
Saldo	26'251	23'564	25'043	1'479	6%

Von den Mehrkosten im Umfang von rund 2 Mio. Franken fallen 1.35 Mio. Franken auf die Besoldungen der Lehrpersonen. Mitberücksichtigt ist ein teilweiser Teuerungsausgleich von 2%. Über den effektiven Teuerungsausgleich an das Lehrpersonal kann die Gemeinde nicht selber bestimmen. Beim Schulverwaltungspersonal wurden neu zusätzliche Pensen von 20% für die Erhöhung des Pensums Leitung zentrale Dienste sowie 60% Schulleiterpensum mitberücksichtigt.

Im Sachaufwand sind die einmaligen Kosten für das Schulfest (100'000 Franken) sowie wiederkehrende höhere Kosten für Schullager sowie Lehrmaterial vorgesehen. Beim Lehrmaterial hat das Bundesgericht festgehalten, dass den Eltern für die obligatorische Schulzeit keine Kosten für Lehrmittel mehr auferlegt werden dürfen, was nun bei den Schulen zu Mehrkosten führt. Ebenso wird die Kostenübernahmepflicht für Eltern bei obligatorischen Schullagern begrenzt. Neu dürfen Eltern nur noch 80 Franken pro Woche auferlegt werden. Der Rest muss durch die Schule übernommen werden.

3 Kultur/Freizeit/Sport	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
Aufwand	12'363	12'389	12'412	24	0%
a.o Aufwand	3'200				
Ertrag	2'028	2'128	2'098	30	1%
Saldo	13'535	10'260	10'314	54	1%

Keine Bemerkungen

4 Gesundheit	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
Aufwand	4'235	4'010	4'562	552	14%
Ertrag	7	10	11	2	18%
Saldo	4'228	4'000	4'550	550	14%

Im Bereich Gesundheit ergeben sich folgende Abweichungen:

Pflegekostenfinanzierung gem. kant. Vorgaben:	+ 455'000 Franken
Spitex	+ 64'000 Franken
Beitrag gem. Suchthilfegesetz	+ 17'000 Franken

5 Soziales	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
Aufwand	16'695	17'638	17'311	-327	-2%
Ertrag	828	860	924	64	7%
Saldo	15'867	16'778	16'387	-391	-2%

Bei der sozialen Sicherheit kommen bei der Budgetierung vor allem vom Kanton vorgegebene Pro-Kopf-Beiträge zur Anwendung. Diese werden durch das Amt für Soziale Sicherheit (ASO) geschätzt und den Gemeinden als Planungshilfe zur Verfügung gestellt. Die Sozialregion Olten sowie die Stadt Olten stellen ihre Planung auf diese Grundlage ab. Bei den höheren Restkosten der Sozialregion +367'000 Franken ist ein Teuerungsausgleich von 2% für die Mitarbeiterinnen der Sozialregion mitberücksichtigt.

Pro Einwohner wird mit folgenden Richtwerten geplant:

Richtwerte in Franken pro Einwohner	R2021	B2022	T2022	B2023	Δ B/B	Δ B/B%
Restkostenfinanz. stationäre Pflege	122.35	133.2	147.45	158.45	25.3	19%
Verwaltungskosten EL AHV	16.0	16.9	16.9	16.8	-0.1	-1%
Ergänzungslieistungen AHV	300.1	323.6	312.7	317.4	-6.3	-2%
Alimentenbevorschussung	13.9	16.0	16.0	16.0	0.0	0%
Beratungsinstitution VEL	1.3	1.3	1.3	1.3	0.0	0%
Gesundheitsrävention / Sucht	17.0	17.0	17.0	18.0	1.0	6%
Kinderspitex	0.6	0.6	0.6	0.6	0.0	0%
Tagesstätten im Alter	0.5	0.4	0.6	0.6	0.2	50%
Sozialhilfe	327.5	344.8	313.5	316.3	-28.5	-8%
Sozialadministration	70.9	70.0	69.5	67.5	-2.5	-4%
Total pro Einwohner	869.9	923.8	895.4	912.9	-36.2	-4%

Tabelle: Pro Kopf-Beiträge B2023

6 Verkehr	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
Aufwand	10'612	10'785	11'227	442	4%
Ertrag	2'959	3'278	3'326	48	1%
Saldo	7'653	7'508	7'901	394	5%

- Im Werkhof wurde eine neue Gärtnerstelle im Umfang 100% eingestellt.
- Sachkostensteigerung von rund 138'000 Franken
- Zunahme der Abschreibungen um 120'000 Franken

7 Umwelt/Raumordnung	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
Aufwand	9'659	10'091	10'431	340	3%
Ertrag	7'351	7'609	7'694	85	1%
Saldo	2'309	2'482	2'737	255	10%

Die Mehrkosten im Bereich Umwelt und Raumordnung sind zurückzuführen auf:

- Friedhof: Anschaffung Bagger (+80'000 Franken)
- Friedhof: Abschreibungen (+69'000 Franken)

8 Volkswirtschaft	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
Aufwand	753	706	713	7	1%
Ertrag	177	123	123	0	0%
Saldo	576	583	590	7	1%

Keine Bemerkungen

9 Finanzen u. Steuern	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	Δ%
Aufwand	3'287	3'463	2'365	-1'099	-32%
Finanzausgleich (Netto)	1'910	203	650	447	221%
Ertrag	88'707	76'633	78'887	2'254	3%
Saldo	-83'510	-72'967	-75'872	-2'905	4%

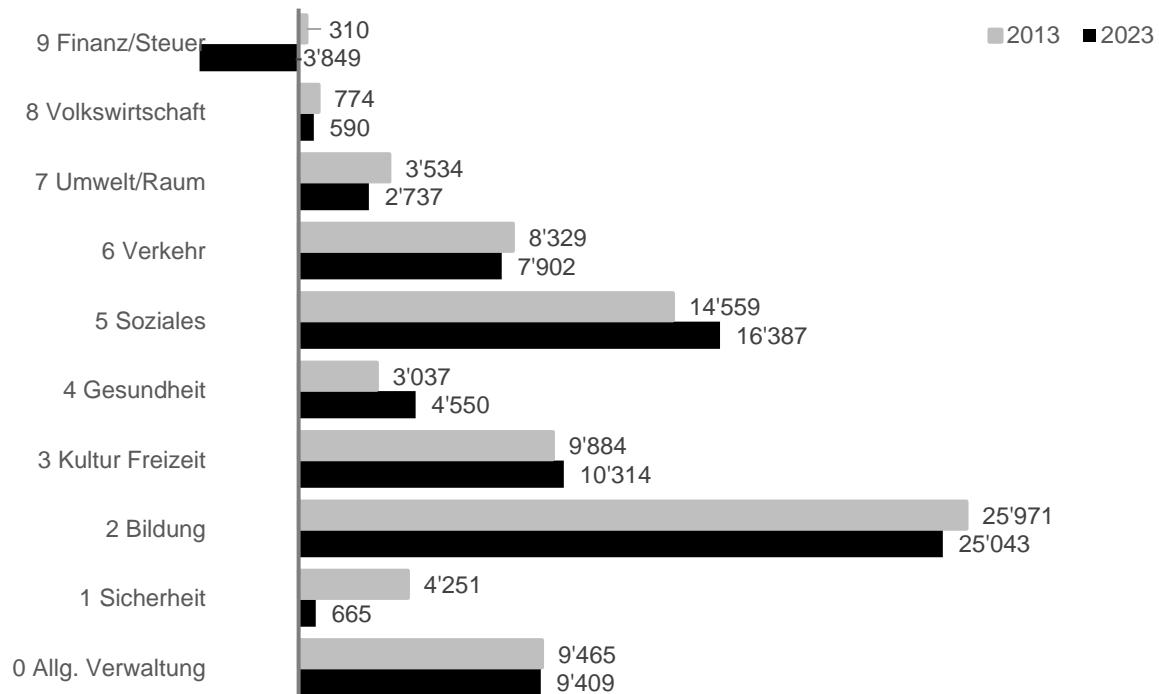
Die Veränderungen ergeben sich aus folgenden Positionen:

- Finanzausgleich: Disparitätenausgleich / steuerkraftabhängig (-566'000 Franken)
- Finanzausgleich: STAF-Beitrag: (-1'013'000 Franken davon 213'000 Franken Korrektur Jahr 2021)
- Technische Korrektur Sachaufwand (Minuskorrektur 1'218'600 Franken)
- Buchgewinn aus Verkauf von Sachanlagen Finanzvermögen (+450'000 Franken)
- Steuermehrertrag (vgl. Detail Kostenart Steuern)
- Verzugszinserlös +100'000 Franken)

5.1 Ein Blick 10 Jahre zurück

Ein Blick 10 Jahre zurück zeigt, dass eine staatliche Verwaltung nicht per se – wie oft kolportiert wird – wachsen muss, sondern die Nettokosten im Falle der Stadt Olten in fast allen Funktionen gesenkt worden sind. Teilweise kam es jedoch aufgrund von Systemwechseln (z.B. höhere Schülerpauschalen) zu Verschiebungen zwischen den Funktionen.

Ein Blick 10 Jahre zurück zeigt, dass folgende Bereiche ihre Nettokosten (ohne Steuern) senken konnten:



Funktion	R2013	B2023	Δ eff.	Δ%
0 Allg. Verwaltung	9'465	9'409	-56	-1%
1 Sicherheit	4'251	665	-3'586	-84%
2 Bildung*	25'971	25'043	-928	-4%
6 Verkehr	8'329	7'902	-427	-5%
7 Umwelt/Raumordnung	3'534	2'737	-797	-23%
8 Volkswirtschaft	774	612	-162	-21%
9 Finanzen/Steuern	310	-3'764	-4'074	-1315%

Alle anderen Bereiche haben teilweise hohe 2-stellige Zuwachsraten erfahren:

Funktion	R2013	B2023	Δ eff.	Δ%
3 Kultur/Freizeit	9'884	10'314	431	4%
4 Gesundheit	3'037	4'550	1'513	50%
5 Soziales	14'559	16'387	1'827	13%

Tabellen: Abweichungen funktionale Gliederung 10 Jahre

*Im Bildungsbereich gab es grosse Verschiebungen aufgrund des neuen Finanzausgleichs. Während die Bruttobelastung aus dem Disparitätausgleich und dem Lastenausgleich in der Funktion 9 zu einer Mehrbelastung führte, fand im Bereich Bildung durch die Einführung der Schülerpauschale eine Entlastung statt. Seit dem Jahr 2020 werden zudem die Informatikkosten im Umfang von 540'000 Franken ausserhalb der Funktion 0, Allgemeine Verwaltung verteilt.

6. Begründungen zu den einzelnen Kosten- und Ertragsarten (Abweichungen zum Vorjahresbudget)

30 Personalaufwand

Gegenüber dem Budget 2022 steigen die Personalkosten um rund 2'430'900 Franken (6%).

Die Veränderungen sind begründet durch:

300 Behördeneentschädigungen

Behördeneentschädigung aufgrund Wahlen	+18'400 Franken
--	-----------------

301 Städtisches Personal (Stellenplan)

Für das Jahr 2023 sind 5.35 neue Stellen oder Anpassung bestehender Pensen vorgesehen. Von den 5.35 neuen Stellen entfallen 2.35 Stellen auf die effektive Verwaltung. Die 100%-Stelle der Ortsplanrevision wird zwar in der Erfolgsrechnung abgebildet, wird aber mittels Gutschrift der Investitionsrechnung belastet (Konto 7900.4312.00). Bei den temporären Stellen fallen 100% im Werkhof sowie 20% bei der Steuerverwaltung weg. Die bisherige Stelle in der Schulzahnpflege wird neu extern vergeben und erscheint neu im Sachaufwand (Konto 4330.3132.00).

Stelle	Pensum	Betrag inkl. Soz.L
<u>Städtische Verwaltung</u>		
Lohnadministration	5%	5'100 Franken
Schulleitung (nicht im Stellenplan)	60%	104'600 Franken
Service-Desk IT	30%	24'200 Franken
Administration Bau	20%	21'700 Franken
Leiter zentrale Dienste Bildung	20%	28'900 Franken
Werkhof, Bereich Gärtnerei	100%	96'900 Franken
Stelle Ortsplanrevision (via IR)	100%	130'400 Franken
Reinigungspersonal Schulhäuser (Stunden)		139'900 Franken
<u>Angeschlossene Körperschaften</u>		
Sozialregion (via Beiträge an SRO)	200%	227'400 Franken
<u>Weggefallene Stellen</u>		
Doppelbesetzung Mitarbeiter Kanäle	-100%	-111'000 Franken
Verlustscheinbewirtschaftung	-20%	-21'700 Franken
Schulzahnpflege (neu extern)	-50%	-50'600 Franken

301 Städtisches Personal (Teuerung)

Der Stadtrat schlägt dem Gemeindeparklament vor, dem städtischen Personal zumindest einen Teil der angefallenen Teuerung auszugleichen. In seiner Planung hat er deshalb unter dem Konto 0228.3010.03 einen Betrag von **383'200 Franken** aufgenommen. Der Betrag entspricht 2% der geplanten Lohnkosten inklusive Sozialleistungen. Nicht berücksichtigt ist dabei das Personal der Sozialregion, des Regionalen Führungsstabes sowie des Regionalen Zivilschutzes. Die Teuerung wird dort in den Sonderrechnungen budgetiert und fliesst via Kostenanteil über die Beiträge in die Rechnung der Stadt.

Folgende Bruttoteuerungen (2%) sind in den Spezialrechnungen mitberücksichtigt:

- Regionaler Zivilschutz / Regionaler Führungsstab	4'700 Franken
- Sozialregion	87'400 Franken

302 Lehrpersonal

Die Lohnkosten für das Lehrpersonal steigen um rund 1'359'000 Franken. Mitberücksichtigt ist ebenfalls ein teilweiser Teuerungsausgleich von 2%. Der effektive Teuerungsausgleich wird jedoch durch den Kanton beschlossen und muss von der Stadt getragen werden. In vorliegendem Budget sind folgende Komponenten mitberücksichtigt:

Steigerung aufgrund Klassen und Lektionen	925'000 Franken
Teuerungsausgleich 2%	434'000 Franken

309 Aus- und Weiterbildung, Personalwerbung

Gegenüber dem letzten Jahr wurden die Weiterbildungskosten um rund 40'000 Franken erhöht. Dies weil einige Ausbildungen sich vom Jahr 2022 ins Jahr 2023 verschieben. Die Weiterbildungskosten dürften im Jahr 2022 deutlich unterschritten werden.

31 Sachaufwand

In den letzten Jahren wurden die geplanten Sachkosten jeweils deutlich unterschritten. Die Unterschreitung der letzten 6 Jahre betrug rund 6% des geplanten Sachaufwandes.

In TCHF	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Budget	15'085	15'727	15'675	15'050	15'815	16'119
Rechnung	13'739	14'383	14'994	13'952	15'373	15'180
Differenz	-1'346	-1'344	-682	-1'098	-442	-939
%	-9%	-9%	-4%	-7%	-3%	-6%

Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, analog der Investitionsrechnung, eine technische Korrektur im Rahmen eines Realisierungsgrades einzuplanen. Diese Korrektur soll die Abweichung im Sachaufwand entsprechend verringern.

Kostenart	R2021	B2022	B2023	Abw.	Abw. %	Bemerkungen
310 Material/ Warenaufwand	1'843	1'921	2'028	107	6%	Lehrmittel + 92 TCHF
311 Nicht aktivier. Anlagen	1'297	1'432	1'569	138	10%	Office 365 E3 (+ 100 TCHF)
312 Ver-/ Entsorg. Lieg. VV	2'481	2'709	3'013	303	11%	Anpassung Energiekosten
313 Dienstleist. / Honorare	2'747	2'901	3'081	179	6%	ext. Berater + 144 TCHF
314 baul/betr. Unterhalt	3'848	3'773	3'936	163	4%	Hochbauten + 196 TCHF
315 Unterh. Mob./immat. Anl.	1'117	1'192	1'393	201	17%	
316 Mieten, Leasing, Pachten	735	803	768	-36	-4%	
317 Spesenentschädigungen	348	465	656	191	41%	Schullager + 186 TCHF
318 Wertber. Forderungen	754	947	887	-61	-6%	
319 Versch. Betriebsaufwand	11	23	129	107	468%	Schulfest

319 Pauschalkorrektur		-1'219	-1'219	<> 100%	Korrektur 7.0%
Total	15'180	16'166	16'240	-34	0%

Tabelle: Abweichung Sachaufwand in TCHF, Differenz zwischen B2023 und Budget 2022

33 Abschreibungen

Seit dem Jahr 2016 gelten für die Abschreibungen differenzierte, nach Nutzdauer bestimmte Abschreibungen. Für Abschreibungen des Verwaltungsvermögens Stand Ende 2015, welches noch unter HRM1 geführt wurde, gilt eine lineare Abschreibung auf 18 Jahre (Abwasser 11 Jahre). Die Abschreibungen auf „Altbestände“ sind in der Unterkontonummer unterscheidbar. Sie werden mit der Unterkontonummer 25 (Bsp. 2170.3300.25) ausgewiesen.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

	R2021	B2022	B2023
Abschreibungen HRM 1	5'012	5'015	5'015
Abschreibungen Steuerfinanziert ab 2016	2'073	2'546	2'445
Abschreibungen Abwasser ab 2016	178	210	239
Abschreibungen Abfall ab 2016	51	58	110
Total	7'314	7'828	7'809

Obwohl die Investitionen in IT, Mobiliar und Fahrzeuge relativ gering sind, belasten die Abschreibungen aufgrund der tieferen Nutzdauer die Erfolgsrechnung überproportional (vgl. Tabelle Abschreibungssätze).

	B2022	B2023
Tiefbau	881	735
Hochbau	658	450
IT	437	512
Mobiliar, Ausstattung	543	721
Fahrzeuge	27	27
Total	2'546	2'445

Tabelle: Detail Abschreibungen, Steuerfinanziert, in TCHF

Hinzu kommen die Abschreibungen von Investitionsbeiträgen. Diese sind unter der Kostenart 365/366 geführt. Wir verweisen diesbezüglich auf den Transferaufwand.

Es gelten dabei folgende Abschreibungssätze:

Anlagekategorie	Nutzungsdauer	Abschreibungsmethode
		linear
• Grundstücke nicht überbaut Abweichung zu HRM2; überbaute Grundstücke werden über die Nutzungsdauer des Objektes abgeschrieben	40 Jahre	2.50 %
• Gebäude, Hochbauten	33 Jahre	3.03 %
• Tiefbauten (Strassen, Plätze, Friedhof etc.)	40 Jahre	2.50 %
• Wald, Alpen und übrige Sachanlagen	40 Jahre	2.50 %
• Kanal- und Leitungsnetze, Gewässerverbauungen	50 Jahre	2.00 %
• Orts- und Regionalplanungen sowie übrige Planungen	10 Jahre	10.00 %
• Mobilien, Ausstattungen, Maschinen und allgemeine Motorfahrzeuge	8 Jahre	12.50 %
• Spezialfahrzeuge (Feuerwehr, Strassenreinigung etc.)	15 Jahre	6.67 %
• Informatik- und Kommunikationssysteme	4 Jahre	25.00 %
• Immaterielle Anlagen	5 Jahre	20.00 %
• Investitionsbeiträge	~	Nach Nutzungsdauer des finanzierten Objektes
• Anlagen im Bau	~	keine planmässige Abschreibung
• Darlehen	~	keine planmässige Abschreibung
• Beteiligungen, Grundkapitalien	~	keine planmässige Abschreibung

Tabelle: Abschreibungssätze

34 Finanzaufwand

Aufgrund der sehr schnellen und sehr starken weltweiten Korrektur der Leitzinsen kann im Vergleich zu den Vorjahren nicht mehr mit tiefen Zinsen gerechnet werden. Für das Budgetjahr 2023 wurde für die Neuverschuldung von rund 20 Mio. Franken mit 1% Zins gerechnet. Die Zinsen werden insbesondere von der Laufzeit neuer Kredittranchen abhängen.

Position	Begründung	R2021	B2022	B2023
Zinsaufwand für laufende Verbindlichkeiten	Vergütungszinsen auf Steuerguthaben	22	22	22
Kurzfristige Zinsverbindlichkeiten	Kontokorrent PK	105	105	105
Langfristige Zinsverbindlichkeiten	höhere Verschuldung / Anpassung an Leitz.	654	551	751
Negativzinsen	Verbesserung aufgrund Leitzinsanpassung	8	0	5
Unterhalt Liegenschaften FV	Sanierung Grundstück Finanzvermögen	174	281	269
Total		963	959	1'152

Tabelle: Finanzaufwand in TCHF

35 Einlage in Spezialfinanzierungen / Fonds

Unter den Einlagen in die Spezialfinanzierung ist im Budget 2023 fast ausschliesslich die Einlage der Überschüsse der Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall geplant. Nebst den Einlagen in die Spezialfinanzierung sind die Überschüsse des Legates Atzli noch erwähnenswert.

Position	R2021	B2022	B2023
----------	-------	-------	-------

Einlage (Ausgleich) SF Abwasser	657	834	912
Einlage (Ausgleich) SF Abfall	340	186	129
Einlage (Ausgleich) Fonds Atzli	77	67	66
Einlage aus Auskauf Parkplätze			36
Diverse Fonds	205	11	38
Total	1'279	1'098	1'181

Tabelle: Einlage in Fonds in TCHF

36 Transferaufwand

Die Transferzahlungen sind nach den Löhnen die grösste Kostenposition. Viele Positionen sind durch kantonale Vorgaben gesteuert. Folgendes sind die grössten Positionen (> 200'000 Franken Einzelpositionen) im Transferaufwand:

Beitrag	R2021	B2022	B2023	ΔB/B	ΔB/B%
Ergänzungsleistung AHV inkl. VK	5'566	6'350	6'198	-153	-2%
Gesetzliche Sozialhilfe	6'060	6'395	5'825	-570	-9%
Finanz- und Lastenausgleich	6'730	5'713	5'147	-566	-10%
Pflegekostenfinanzierung	2'270	2'484	2'939	455	18%
Beiträge an den öV inkl. Regionalverkehr	2'197	2'511	2'514	3	0%
Restkosten der Sozialregion	1'622	1'745	2'111	367	21%
Beiträge an die Abwasserreinigung (SF)	2'311	2'195	2'140	-55	-2%
Schulgelder an die Sekundarschule	1'482	1'518	1'518	0	0%
Pauschale Steueranrechnung (Steuern JP)	1'369	1'350	1'350	0	0%
Gesetzlicher Beitrag Sozialadministration	1'302	1'289	1'244	-45	-3%
Beiträge für die Steuerveranlagungen	1'032	1'050	1'050	0	0%
Restkosten Ambulante Pflege	667	1'001	1'001	0	0%
Schulgelder HPS / Heime	1'383	1'500	1'191	-309	-21%
Kinderkrippen- und Horte, Tagesbetreuung	973	830	830	0	0%
Beitrag an den Eissport	700	700	700	0	0%
Beitrag an die Stadttheater AG*	560	560	560	0	0%
Standortbeitrag FHNW	340	341	340	-1	0%
Drogen- und Alkoholprävention	315	317	334	17	5%
Alimentenbevorschussung	257	298	297	-2	-1%
Betriebsbeitrag Region Olten Tourismus	230	230	230	0	0%
Betriebsbeitrag Hallenbad	204	204	204	0	0%
Beitrag an den Verein Robi	200	200	200	0	0%
Quellensteuerprovision. inkl. Feuerwehr	197	206	201	-5	-2%
Abschreibungen Investitionsbeiträge/ Beteilig.	681	646	688	42	7%
Restbeiträge	3'315	1'942	2'000	58	3%
Total	41'962	41'575	40'987	-588	-1%

Tabelle: Transferaufwand in TCHF, * Vom Stadttheater fliessen 205 TCHF an Mieterträgen zurück

38 a.o Aufwand

Keine Bemerkung

39 + 49 Interne Verrechnungen

Interne Verrechnungen sind Belastungen und Gutschriften zwischen verschiedenen Aufgabenbereichen (Funktionen). Dabei werden insbesondere Personal- und Sachaufwendungen, Zinsen wie auch Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet mit dem Ziel, die betriebswirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können.

40 Steuererträge

Für die Budgetierung der Steuererträge wurde auf die letzten sicheren Veranlagungsstände abgestellt. Für das Budget 2023 wurde bei den natürlichen Personen auf die Veranlagungen 2019/2020 abgestellt. Bei den natürlichen Personen fällt insbesondere die Annahme des Gegenvorschlages zur „jetzt si mir draa“-Initiative stark ins Gewicht.

Position in TCHF	Veränderung	Betrag
Steuern natürliche Personen	+ Höhere Einschätzung des Ertrages Basis 108%	+1'428
Steuern natürliche Personen	+ Konjunkturwachstum 2%, Bevölkerungswachst	+ 1'424
Steuern natürliche Personen	- Umsetzung Gegenvorschlag "jetzt si mir draa"	-2'228
Steuern natürliche Personen	+ Nach- und Strafsteuern / Bussen / Verlustscheinb.	+121
Steuern juristische Personen	Prognose	+400
Kapitalabfindungssteuern	Prognose	+400
Personalsteuer	Nachzahlungen Vorjahr	+49
Quellensteuer Gastarbeiter	Gemäss aktuellen Trendmeldungen	-50
Grundstücksgewinnsteuer	Prognose, teil. Gegenrechnung 7500.3631	+ 60
Total Verbesserung		+1'604

41 Konzessionen

Von den 1.93 Mio. Franken an Konzessionserträge werden rund 86% von den sbo für Energie, Wasser und Gas abgeliefert.

Position	R2021	B2022	B2023	Δ	%
Konzessionserträge SBO (Energie, Gas, etc.)	1'659	1'622	1'656	34	2%
Plakatgebühren	39	24	39	15	63%
Taxikonzessionen	33	35	35	0	0%
Konzessionen Kilbibuden/Schausteller	0	118	118	0	0%
Diverse (Anlässe, Marktkonzessionen)	48	81	81	0	0%
Total	1'780	1'880	1'929	49	3%
<i>In TCHF</i>					

42 Entgelte

Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich Mehrerträge von 184'000 Franken (+1.2%).

Bereich	Position	Betrag
Finanzverwaltung	Mindererlöse PK-Verwaltung / Outsourcing	-40
Bauverwaltung	Bauordnungsgebühren	+100
Feuerwehr	Erwerbsersatz Feuerwehr	+50
Finanzverwaltung	Rückerstattungen Betreibungskosten / weniger Betreib.	-25
Primar- und Sekundar	Elternbeiträge Schneesportlager (Vorjahre keine Lager)	+117
öffentlicher Verkehr	Auslaufende SBB Tageskarten	-24
Parkplätze	Ersatzabgaben (Gegenposition Einlage Fonds)	+36
Spezialfinanzierungen	Abwasser- und Abfallgebühren	-42
Total		172
<i>In TCHF</i>		

43 verschiedene Erträge

Für die Ortsplanrevision wird eine eigene temporäre Stelle geschaffen. Die dazugehörenden Personalkosten werden in der Erfolgsrechnung geplant, jedoch der Investitionsrechnung belastet. Die Gutschrift aus der Investitionsrechnung wird auf dem Konto 7900.4312.00 gezeigt.

44 Finanzertrag

Der Finanzertrag im Budget 2023 liegt 607'800 Franken über dem Budget 2022. Der Mehrertrag ist auf folgende Positionen zurückzuführen:

- Mehrertrag Verzugszinsen + 180'000 Franken. Die im Jahr 2022 vom Stadtrat gewährte Sonderregelung mit dem Verzicht auf einen Verzugszins auf 2 Raten wird hinfällig.
- Verkauf eines Grundstücks aus dem Finanzvermögen. Die Differenz zwischen dem aktuell bilanzierten Wert und dem voraussichtlichen Verkaufswert beträgt 450'000 Franken und wird als realisierter Grundstücksgewinn ausgewiesen.

45 Entnahme aus Spezialfinanzierung

Für das Jahr 2023 sind folgende grössere Fondsentnahmen geplant:

Auszahlung aus dem Fonds Atzli für soziale Zwecke	10'000 Franken
Parkplatzfonds / Finanzierung Unterhalt Parkleitsystem	33'500 Franken
Friedhof, Ausgleich Erlasse Friedhofgebühren	25'000 Franken

Gegenüber dem letzten Jahr sinken die Entnahmen um 129'200 Franken. Die grösste Position betrifft den Freizeitfonds. Bis jetzt wurden die Beiträge für die Trendsportanlage, Midnight oder Open Sunday im Umfang von 92'500 Franken über diesen Fonds finanziert.

46 Transfererträge

Die Transfererlöse sinken um 442'200 Franken. Die Senkung ist grösstenteils auf folgende Umstände zurückzuführen.

Finanzausgleich: Beitrag STAF, ordentliche Senkung	-800'000 Franken
Finanzausgleich: Beitrag STAF, Korrektur Jahr 2021 (einmalig)	-213'000 Franken
Einzugsprovision Kirchgemeinden (neuer Vertrag)	-67'400 Franken
Subventionen SGV für Ausgaben der Feuerwehr (Projektbezogen)	+63'000 Franken
Schülerpauschalen aufgrund höherer Schülerzahlen	+368'000 Franken
Bundesbeitrag an die familienergänzende Betreuung (2022-2024)	+84'000 Franken
Beiträge / Sponsoring an Museen	+55'100 Franken
Schulgelder anderer Gemeinden für Schüler in der Sekundarstufe	+25'000 Franken

7. Ergebnisse der Rechnungen mit Spezialfinanzierung

7201 Abwasserentsorgung

Das Budget 2023 weist einen Überschuss von 911'800 Franken aus. Dieser ist 78'100 Franken tiefer als im Budget 2022. Der Überschuss wird als Einlage ins Eigenkapital der Abwasserversorgung ausgewiesen. Der operative Cashflow der Abwasserrechnung beträgt 1'427'500 Franken und kann die geplanten Investitionen im Bereich Abwasser von rund 1'650'000 Mio. Franken nur zu 86.5% decken.

7301 Abfallbeseitigung

Der Bereich Abfall weist für das Budget 2023 einen Überschuss von 129'100 Franken aus. Der operative Cashflow beträgt 262'500 Franken und kann die geplanten Investitionen von

950'000 Franken nur zu 27.63% decken. Die Abfallrechnung verfügte jedoch per Ende 2021 immer noch über ein Guthaben von 1'954'000 Franken gegenüber der Einwohnergemeinde.

8. Investitionsbudget

Das Gemeindepartament nimmt mit der Budgetvorlage auch Kenntnis vom Finanz- und Investitionsplan 2023 – 2029. Das vorliegende Investitionsbudget 2023 basiert auf diesem Investitionsplan. Gegenüber dem Finanzplan weicht die Jahrestanche 2023 aufgrund der Rückweisung des Planungskredites für das Kunstmuseum Olten leicht ab. Die Nettoinvestitionen betragen 24.228 Mio. Franken. Die Nettoinvestition gilt im Verhältnis zum Gesamtaufwand der Stadt mit 20.7% als „starke Investitionstätigkeit“.

Die Investitionen lassen sich folgendermassen aufteilen (in TCHF):

<u>Investitionstyp</u>	<u>Betrag</u>
Nettoinvestitionen in den Werterhalt bestehender, steuerfinanz. Anlagen	7'378
Entwicklungsinvestitionen	19'970
Investitionen in gebührenfinanzierte Bereiche	2'600
Investitionsbeiträge an kantonale Strassenvorhaben	280
Generelle Kürzung (Realisierungsgrad) von 20%	-6'000
Total Nettoinvestitionen	24'228

Tabelle: Gliederung Nettoinvestitionen

Folgende Entwicklungsprojekte mit Investitionstranchen im Jahr 2023 von über Fr. 200'000 sind im Voranschlag enthalten:

Schulraumplanung Kleinholz / inkl. Dreifachturnhalle	19'000
Stadttheater Sofortmassnahmen	580
Schwimmbad, Sanierung Garderobengebäude	300
Neuer Bahnhofplatz (NBO)	600
Fahrzeuge Werkhof / Abfallbeseitigung - Elektrische Varianten	1'370
Wilerfeld, Hochwasserschutz	500
Ortsplanrevision	560
Sanierung Krematorium / Abdankungshallen	500

Grösste Entwicklungsinvestitionen in TCHF

9. Kennzahlen, gesetzlich vorgesehene Massnahmen

Im Anhang zum Budget 2023 werden drei Seiten mit Finanzkennzahlen aufgeführt. Gemäss Gemeindegesetz § 136 sind für die Steuerung resp. für die Ergreifung von Massnahmen zur Steuerung des Finanzhaushaltes lediglich zwei Vorgaben massgebend:

Eigenkapital/ Bilanzfehlbetrag (§136 Abs. 2 GG):

Ist das Fremdkapital höher als die Aktiven, spricht man von einem Bilanzfehlbetrag. Ein solcher ist spätestens 5 Jahre nach seiner Entstehung abzutragen. Das Abtragen ist durch Ertragsüberschüsse in der Erfolgsrechnung zu eliminieren.

Im Budget 2023 müssen keine Massnahmen zur Erfüllung dieser Vorgabe getroffen werden.

Nettoverschuldungsquotient (§ 136 Abs. 3 GG)

Wenn der gewichtete Nettoverschuldungsquotient eine Vorgabe von 150% überschreitet, so wird die Gemeinde in ihren Investitionstätigkeiten beschnitten. Der Selbstfinanzierungsgrad

aller Investitionen muss dann mind. 80% betragen. Der für das Jahr 2023 massgebende Quotient ist jener, welcher im Rechnungsjahr 2021 ausgewiesen wird. Er beträgt 32.7%. Die Vorgabe über die maximale Neuverschuldung (Schuldenbremse § 136 Abs. 3 Gemeindegesetz) ist somit eingehalten und es ist keine Beschränkung bezüglich der Investitionen nötig.

10. Zusammenfassung

Das Budget 2023 weist im Vergleich zum Gesamtaufwand oder zum Gesamtertrag einen moderaten Verlust von 1'724'900 Franken auf. Das ist aufgrund des hohen Bilanzüberschusses per Ende 2021 von über 100 Mio. Franken gut verkraftbar. Problematisch sind die bewilligten sehr hohen Investitionen, welche nur ungenügend finanziert sind. Das zeigt sich daran, dass sich die per Ende 2021 ausgewiesene Pro-Kopf-Verschuldung von 1'233 nun innerhalb von nur zwei Jahren auf über 2'700 Franken erhöhen dürfte. Eine Pro-Kopf-Verschuldung von über 2'500 Franken gilt als hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Insbesondere die weiteren Tranchen für den Neubau Schulanlage Kleinholz oder weitere Projekte wie z.B. der Neue Bahnhofplatz Olten dürften die Pro-Kopf-Verschuldung Richtung 5'000-Franken-Grenze erhöhen. Ab dieser Grenze können Interventionen des Kantons im Rahmen seiner Aufsichtspflicht erfolgen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit den Kürzungsanträgen der Finanzkommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Heinz Eng, Finanzkommission: Wir haben gestern den Finanzplan gesehen und sind nun konkret im Budget 2023. Dieses Budget beinhaltet Licht und Schatten. Der Stadtrat hat der FIKO ein Budget vorgelegt, das von einem Aufwand von rund CHF 120 Millionen und einem Ertrag von rund CHF 118.84 Millionen ausgeht. Der Verlust beträgt gemäss dieser Vorlage CHF 1.7 Millionen. Die vorgelegte Investitionsrechnung geht von Nettoinvestitionen von rund CHF 24.2 Millionen aus. Zieht man dem Aufwand die internen Verrechnungen von CHF 9.2 Millionen ab, so verbleibt ein Aufwand von CHF 111.4 Millionen. Der Verlust von CHF 1.72 Millionen beträgt rund 1.5% vom Aufwand und darf als rosa Null oder schwarze Null bezeichnet werden. Damit ihr einen Vergleich habt: Das kantonale Budget ist bei CHF 2.4 Milliarden und dort ist der Fehlbetrag CHF 80 Millionen. Ihr könnt selber ausrechnen, wie viel dies in Prozessen ist. Das Resultat hier vom Budget befindet sich aufgrund von Unsicherheiten usw. in der Toleranz und ohne Weiteres in einem Streubereich, welcher solche Budgets mit sich bringen. Aufgrund des auf Ende 2021 ausgewiesenen Bilanzüberschusses, ist dieses Resultat kurzfristig eigentlich nicht kritisch. Bedenklich ist aber, dass die höheren Investitionen von rund CHF 24.3 Millionen lediglich mit rund CHF 6.5 Millionen selber bezahlt werden können. Die Stadt wird sich für diese Differenz zusätzlich verschulden müssen. Gerade in der Zeit, in welcher die Zinswende eingeläutet wird, ist das eine denkbar ungünstige Situation. Analysiert man die Erfolgsrechnung, so stellt man fest, dass sich die grössten Kostensprünge im Personalaufwand ergeben. Dieser nimmt gemäss Vorlage um 6% bzw. CHF 2.4 Millionen zu. Hauptgründe sind neue Stellen, Kostenentwicklung im Lehrpersonal sowie die kalkulierte Teuerung beim Lehrpersonal von 2%. Diese ist eigentlich aufgrund des effektiv gesprochenen Teuerungsausgleiches des Kantons von 1.5% zu hoch ausgewiesen. Die FIKO wird diesbezüglich einen Kürzungsantrag stellen. Ebenso war das Thema Teuerung beim städtischen Personal nicht unumstritten. Der Stadtrat hat für das städtische Personal ebenfalls 2% Teuerungsausgleich eingestellt. Es gab Voten für einen höheren, aber auch Voten für einen Teuerungsausgleich

analog dem der Lehrkräften, also 1.5%. Da das städtische Personal in den letzten Jahren weniger Teuerungsausgleich als das Lehrpersonal hatte, ist mit einem Teuerungsausgleich von 2% eigentlich Parität hergestellt. Im Sachaufwand wurde erstmals analog den Investitionen mit einem Korrekturfaktor gearbeitet. Der Stadtrat erhofft sich damit, dass die bis jetzt immer wieder grossen Abweichungen zwischen Rechnung und Budget minimiert werden können. Die FIKO wird im Sachaufwand ebenfalls eine Anpassung für die Anschaffung von schattenspendenden Bäumen auf der Kirchgasse im Umfang von rund CHF 80'000 beantragen. Die Kostenart 34 gab ebenfalls zu diskutieren, nämlich der Zinsaufwand. Für die Neuverschuldung und die damit verbundene Kapitalaufnahme von CHF 20 Millionen hat der Stadtrat lediglich mit einem Zins von 1% gerechnet. Die Realität hat uns hier jedoch eingeholt. Die von der Nationalbank vorgenommenen Anpassungen vom Leitzins zeigen, dass das eingesetzte 1% nicht realistisch ist. Die FIKO beantragt hier daher in einem weiteren Antrag eine sachgerechte Planung und die Erhöhung des Zinsaufwandes vom Konto 9610.3406.00 um CHF 200'000, d.h. von aktuell CHF 751'000 auf rund CHF 951'000 zu erhöhen. Bei den Beiträgen, das ist die Kostenart 36, ist vor allem die starke Zunahme der Restkosten der Sozialregion aufgefallen. Während bei der gesetzlichen Sozialhilfe selbst um 9% reduziert wird, steigen die nicht gedeckten Verwaltungskosten von CHF 1.774 Millionen im Budget 2022 auf CHF 2.11 Millionen im aktuellen Budget für das Jahr 2023. Das ist eine stattliche Zunahme von 21%. Bei den Steuern wurde mit einer Konjunkturprognose von 2% gerechnet. Diese Zahlen beruhen auf einer Frühlingsprognose. Die Herbstprognose zeigt, dass das Wachstum deutlich kleiner sein dürfte. Da die Finanzverwaltung in den letzten Jahren bei den Steuern immer sehr vorsichtig gerechnet hat, ist diesbezüglich auf Anpassungen im Budget verzichtet worden. Bei den Investitionen sind die Hauptausgaben ganz klar auf die neue Schulanlage Kleinholz fokussiert. Ich glaube, es ist allen klar, dass solche hohen Investitionen die Ausnahme sein müssen und nicht zur Regel werden dürfen. Wie bereits eingangs erwähnt, führen die hohen Investitionen und der tiefe, operative Cashflow zu einem Finanzierungsfehlbetrag von CHF 17.7 Millionen. Ich verweise hier auch auf die graphische Darstellung auf Seite 5 im Budget. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass dieses Budget nicht berauschend ist. Aber es ist akzeptabel. Sorgen bereitet lediglich die tiefe Selbstfinanzierung, welche die schon erwähnte, zusätzliche hohe Verschuldung mit sich bringt. Die FIKO beantragt dem Parlament, wie bereits erwähnt, folgende Anpassungen im Budget: Die Löhne des Lehrpersonals. Dort eine Reduktion des Teuerungsausgleiches um 0.5% auf 1.5%. Und eine damit verbundene Ausgabenreduktion um CHF 108'000. Die Verwaltung soll dann die Kontendetails regeln. Der zweite Antrag ist eine Erhöhung für die Anschaffung von Bäumen auf der Kirchgasse. Aufs Konto 6150.3101.03 sind die zusätzlichen CHF 80'000 einzustellen. Der dritte Antrag: Gestützt auf die Zinsaufwendungen, dass man die Erhöhung vom Zinsaufwand um CHF 200'000 ebenfalls spricht. Die drei Anpassungen aus der FIKO und die Anträge erhöhen den Gesamtaufwand im Budget um CHF 172'000 und führen damit zu einem neuen Aufwandüberschuss von CHF 1.896 Millionen. Alles in allem, die FIKO dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Erstellung des Budgets und sagt merci vielmals.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: In den letzten Jahren wurde uns immer der Vorwurf gemacht, wir würden zu pessimistisch budgetieren, weil die Rechnung immer besser ausgefallen ist, als das vorgelegte Budget. Wir haben versucht diesem Vorwurf Rechnung zu tragen und haben an gewissen Stellen die Schrauben gedreht. Ob das die richtigen waren, wird sich weisen. Heinz hat es gesagt, beim Sachaufwand wurde zum ersten Mal eine technische Korrektur vorgenommen. Wie in der Investitionsrechnung sollen die Abweichungen von den Ausgaben schlussendlich entsprechend berücksichtigt werden. Das wird mit Bestimmtheit dazu führen, dass wir in der Rechnung keine so grosse Differenz mehr haben werden vom Sachaufwand gegenüber vom Budget. Der Sachaufwand ohne Korrektur beträgt CHF 17.46 Millionen, mit

Korrektur reduziert sich dieser auf CHF 16.24 Millionen. Bei den Steuern führt der angenommene Gegenvorschlag zur Initiative „Jetzt si mir draa!“ zu Ausfällen von rund CHF 2.2 Millionen. Trotz dieser Ausfälle wird im Budget 2023 mit einer Verbesserung der Steuereinnahmen von rund CHF 1.6 Millionen gerechnet. Ich verweise hier auf die Berechnung auf Seite 21 von Bericht und Antrag. Hier waren wir relativ optimistisch. Wir haben relativ optimistisch budgetiert. Heinz, hat es gesagt, wir rechnen mit einem Wachstum von 2%, und ob dies effektiv eintritt, wird sich weisen. Wir sind bei den natürlichen und juristischen Personen, also auch bei den Kapitalabfindungs- und Grundstücksgewinnsteuern, zu Mehrerträgen gekommen. Was das Ganze gegenüber 2022 oder 2021 um CHF 3.8 Millionen besser machen soll. Bei der SBO haben wir die CHF 500'000 Zusatzentschädigung, welche in den letzten Jahren bezahlt wurden, auch im Budget belassen. Ob die tatsächlich bezahlt werden, wird sich weisen. Da stellt sich natürlich die Frage, wie der Gewinn bei der SBO ausfallen wird. Heinz hat es weiter auch gesagt, was die Zinsbelastung betrifft, sind wir, als wir das Budget gemacht haben, von einem Zinssatz von 1% ausgegangen. Es hat sich gezeigt, dass dieser viel zu tief ist. Es wird sich zeigen, wenn wir die CHF 20 Millionen aufnehmen müssen, wie hoch der Zinssatz sein wird. Aber auch dort weiss ich nicht, ob die von der FIKO beantragten CHF 200'000, die wir nun zusätzlich einstellen möchten, reichen, oder ob der Betrag zu tief ist. Insbesondere der Sachaufwand und die Steuererträge haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass die Rechnungen jeweils besser ausgefallen sind als das Budget. Das wird für die Rechnung 23 mit Bestimmtheit nicht mehr der Fall sein. Wir werden beim Sachaufwand sicher keine so grosse Differenz haben und ich gehe davon aus, dass dies auch bei den Steuern der Fall sein wird, weil wir dort eher sehr optimistisch waren. Weitere Unsicherheitsfaktoren sind Zinsen. Da wissen wir nicht, wie hoch diese ausfallen werden. Und ob die zusätzliche Entschädigung für die Städtischen Betriebe über CHF 500'000 überwiesen werden. Hier hat es gewisse Faktoren, die dazu führen könnten, dass die Rechnung schlussendlich verschlechtert wird. Heinz hat von einem Strebereich gesprochen, was den Verlust angeht. Aber der könnte aus meiner Sicht auch wesentlich höher ausfallen. Für das Jahr 2023 sind 5.35 neue Stellen oder Anpassungen von bestehenden Pensen vorgesehen. Und die Personalkosten steigen gesamthaft um rund 5.8%. Marion und meine Kollegen haben es gestern ausgeführt: Man hat beim Stellenetat im Stadtrat auch im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt versucht einen Kompromiss zu finden. Jede Direktion, die Stellen beantragt hat oder beantragen will, musste auf gewisse andere Stellen verzichten. Ich möchte euch daher auch bitten, die ausgewogene Lösung, die im Stadtrat gefunden wurde, nicht durch zusätzliche Stellenbegehrten zu gefährden. Selbstverständlich gehe ich davon aus, dass Marion und meine Kollegen sich freuten, würden die Stellen bewilligt werden. Aber das würde sicher dazu führen, dass die Gefahr von einem Referendum gegen das Budget grösser würde, packte man hier noch viele Stellen mit ein. Wir möchten am 1.1.2023 endlich einmal mit einem genehmigten Budget beginnen und nicht immer jede Ausgabe, die wir tätigen, hinterfragen müssen, bis das Budget rechtskräftig ist. Was die übrigen Anträge betrifft, die eingetroffen sind, werde ich mich dazu äussern, sobald diese konkret zur Diskussion stehen.

Marc Winistorfer, Fraktion SVP: Ich nehme im Namen der SVP-Fraktion Stellung zum Budget, möchte aber erst Urs Tanner und seinem Team von der Finanzverwaltung für die gute Arbeit danken. Das Budget ist sehr gut dokumentiert und überall dort, wo Fragen aufgetaucht sind, hat uns Urs in der Fraktionssitzung fachkundig Auskunft gegeben. Zum Budget: Dass Mehrausgaben entstehen, ist uns klar. Und dass diese nicht gänzlich zu verhindern sind, auch. Diese sind im 2023 nachvollziehbar. Wir haben steigende Energiepreise, die u.a. zu Mehrausgaben führen werden. Das ist für uns nachvollziehbar und ist eigentlich auch nicht bestritten. Ebenfalls nicht bestritten sind die anfallenden Nettoinvestitionen von rund CHF 24 Millionen. Hingegen der ausgewiesene Verlust von CHF 1.7 Millionen ist für uns unerfreulich und stösst

auch bei uns auf wenig Gegenliebe. Die Anträge der FIKO erhöhen dieses Defizit auf rund CHF 1.9 Millionen. Wenn man die vorgezogenen Abschreibungen noch dazurechnen würde, hätten wir ein Defizit von CHF 2 Millionen. Dazu kommen noch zahlreiche Anträge, es wurde von Benvenuto erwähnt, die in den letzten Tagen eingegangen sind. Wenn man die politische Mehrheit in diesem Rat anschaut, dann sind wir, ich schätze, ungefähr bei einem Defizit von rund CHF 2.5 Millionen, welches das Budget 23 ausweisen wird. Wir sind also weit weg von einer rosa Null, wie es uns der FIKO-Sprecher zuvor gesagt hat. Konkret stört sich die SVP-Fraktion vor allem an den steigenden Personalkosten. Sie nehmen um rund 5.8% oder CHF 2.4 Millionen zu. Die steigenden Kosten und die wachsende Verwaltung sind finanzpolitisch nicht nachhaltig. Die Verantwortung liegt allerdings nicht nur beim Stadtrat, sondern auch bei uns im Parlament. Wir stimmen bekanntlich fast immer den Stellenbegehren des Stadtrates zu, wie wir gestern wieder einmal unter Beweis gestellt haben. Wenn man immer allen Begehrlichkeiten zustimmt, fahren wir hier im Parlament die Finanzen an die Wand. Der Wegfall von 1.2 Temporärstellen, wie im Bericht des Stadtrates aufgezeigt wird, ändert auch nichts daran. Die Kosten bleiben im Wesentlichen weiterhin bestehen. 0.5 Stellen in der Schulzahnpflege werden zum Beispiel gestrichen, aber danach durch externe Dienstleister wieder reingeholt. Also, „die Kosten reingeholt“ in Anführungszeichen. Ein weiterer Punkt, der bei uns negativ aufgenommen wurde, ist der Teuerungsausgleich von 2%. Wir lehnen das ab und werden später dementsprechend FDP-Antrag zustimmen. Alles über 1.5% ist aus unserer Sicht finanzpolitisch nicht opportun und in Anbetracht der anstehenden Investitionen, über die wir gestern bereits viel gehört haben, nicht vertretbar. Es lohnt sich ein Vergleich mit anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und dieser zeigt, dass 1.5% Teuerungsausgleich mehr als ordentlich sind. Der Kanton Luzern beispielsweise bezahlt 1%, der Kanton Solothurn, wir haben es gehört, ist bei 1.5% Teuerungsausgleich, Kanton Bern ist höher, dort werden es wahrscheinlich 2% sein, nachdem lediglich 0.5% vorgesehen waren. Andere Kantone, wie der Kanton Zürich, die bezahlen mehr, das ist so. Wir werden es vermutlich noch von den SP-Sprechern hören. Auch bei den Gemeinden ist das Bild uneinheitlich, aber ich glaube, mit den 1.5% ist Olten nicht am Ende der Kolonne, sondern im guten Mittelfeld. Nun zu unseren Änderungsanträgen, welche wir euch zugestellt haben. Der SVP-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass die Stadt Olten finanzpolitisch solide haushaltet. Es ist uns natürlich klar, dass man immer mehr ausgeben könnte. Und für alle Begehrlichkeiten gibt es immer gute, oder vermeintlich gute Gründe. Der finanzielle Umfang unserer Anträge beträgt rund CHF 90'000. Das heisst, es entspricht ungefähr dem „Baumantrag“ der FIKO. Wir haben euch die Anträge zugestellt inkl. Begründung. Jemand aus unserer Fraktion wird möglicherweise bei den einzelnen Punkten noch einmal kurz das Wort ergreifen. Grundsätzlich aber reicht unsere Begründung, die wir abgegeben haben.

Martin Räber, Fraktion GO/JGO: Unsere Fraktion ist mir dem Budget 2023 grundsätzlich einverstanden und wird es genehmigen. Wir danken dem Stadtrat und Urs Tanner für das gute Budget mit einer knapp roten Null. Leider, das sehen wir auch so, steigt natürlich die Verschuldung der Stadt. Was eben unter anderem auch der Ablehnung der Steuererhöhung geschuldet ist. Die Erhöhung wollte, dass es eine angemessene Erhöhung des Steuerfusses für Unternehmen gibt und eine minimale für private. Denn die Unternehmen werden durch die Steuerreform und AHV-Finanzierung STAF jährlich um CHF 4 – 5 Millionen entlastet, wie wir wissen. Die Unternehmen und ihre Aktionäre profitieren also enorm. Während der Stadt das Geld für dringend benötigte Investitionen fehlt. Die wurden in der Vergangenheit zurückgestellt. Es braucht also künftig eine Erhöhung des Steuerfusses, vor allem für juristische Personen. Dem Stadtrat hat aber leider der Mut gefehlt, diese Erhöhung bereits jetzt ins Budget zu nehmen, was wir bedauern. Die Fraktion GO/JGO stellt gemeinsam mit der SP und OJ den Antrag, die Löhne der Verwaltung um CHF 46'000 zu erhöhen, um eine Fachstelle im Umfang von 40%

im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienförderung zu finanzieren. Wichtige Entwicklungen, wie die Planung von Tagesstrukturen am neuen Schulhaus Kleinholz ab 2024, werden sonst nicht genügend vorangetrieben. Weiter werden wir auch der Erhöhung der Teuerungszulage des städtischen Personals auf 2.5% zustimmen. Der Kanton Zürich gleicht die Teuerung sogar mit 3.5% aus. Wir stimmen auch der Erhöhung des Budgets um CHF 80'000 zu, wie das die SP vorschlägt, für die Finanzierung von öffentlichen Velopumpen und Werkzeugstationen. Sehr erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass die FIKO den Antrag stellt, das Budget um CHF 80'000 zu erhöhen für die dringend benötigten Bäume in der Kirchgasse. Diese werden im Sommer für Schatten und Abkühlung sorgen. Sämtliche Kürzungsbeiträge der Bürgerlichen lehnen wir ab. Denn diese würden zu einer Verschlechterung der Dienstleistungen unserer Stadt führen und wichtige Investitionen verhindern. Wir stehen klar für eine Verbesserung der Lebensqualität in Olten, die allen zugutekommt. Auch den ansässigen Unternehmen und dem Gewerbe.

Luisa Segessenmann, Fraktion SP/JSP: Ich nehme gerne für unsere Fraktion Stellung zum Budget 2023. Wir möchten der Verwaltung und dem Stadtrat für die Zusammenstellung dieses Dokumentes danken. Der Stadtrat zeichnet uns mit diesem Budget 2023 ein übersichtliches und realistisches Bild der finanziellen Lage der Stadt Olten. Angesichts der anstehenden Investitionen schlägt er aber keine zusätzlichen Massnahmen vor, wie diese finanziert werden können. Die unsichere Zinslage, die in den nächsten Jahren beim Fremdkapital zu erwarten ist, macht eine nachhaltige Finanzierungsplanung aus unserer Sicht umso nötiger. Eine solche ist aus unserer Sicht im Budget 2023 aktuell nicht gegeben. Wir begrüssen grundsätzlich den vom Stadtrat geäusserten Vorschlag von einer zukünftigen Erhöhung des Steuerfusses um 2%. Wir finden jedoch den Zeitpunkt, wie es Florian bereits gestern erwähnt hat, als zu spät angesetzt. Aber dies ist eine Diskussion für die Zukunft. Im Budget 2023 werden wir keinen Antrag auf Steuererhöhung stellen, möchten aber darauf hinweisen, dass eine Steuererhöhung in naher Zukunft unumgänglich ist. Der Stadtrat schlägt aufgrund der aktuellen gesamt-wirtschaftlichen Situation einen Teuerungsausgleich für das städtische Personal von 2% vor, was wir ebenfalls sehr begrüssen. Dieser Prozentsatz liegt jedoch immer noch deutlich unter dem von den Gewerkschaften geforderten 3% – 5% und dem in der Privatwirtschaft durchschnittlich gewährten Prozentsatz. Mit dem vorliegenden Teuerungsausgleich werden wir faktisch eine Reallohnkürzung beschliessen. Wenn ich das Bundesamt für Statistik zitieren darf? Diese haben festgestellt, dass seit September 2022 im letzten Jahr eine Teuerung von 3.5% stattgefunden hat. Daher wird unsere Fraktion eine Erhöhung beantragen. Aber dazu später mehr. Wir würdigen und schätzen die Arbeit und das Herzblut unseres städtischen Personals, welches tagtäglich alles gibt um unsere Stadt am Laufen zu halten und um uns alle Dienstleistungen zu bieten, die wir jeden Tag geniessen dürfen. Wir unterstützen daher sowohl den Teuerungsausgleich, als auch alle vom Stadtrat gestellten Stellenerhöhungen, weil wir uns davon überzeugen liessen, dass diese sorgfältig abgewogen wurden und bitter notwendig sind. So wird die Arbeit des städtischen Personals auch bei steigender Arbeitsbelastung in Zukunft qualitativ nicht leiden. Wir möchten ausserdem auch beim Budget 2023 noch einmal betonen, dass im nächsten Jahr zwar eine verhältnismässig hohe Investitionssumme von CHF 24.23 Millionen ausgelöst wird, die aber grösstenteils dem anstehenden Schulhausbau und anderen in den letzten Jahren durch den Investitionsstopp verpassten werterhaltenden Investitionen zuzuordnen ist. Diese Investitionen waren längst überfällig, bewirken aber keine Aufwertung der Stadt per se, sondern bestenfalls ein Halten des Standards. Im Budget 2023 werden kaum Investitionen zur Attraktivierung und Aufwertung unserer Stadt getätigt und wir wünschen uns, dass sich dies in den nächsten Jahren ändert und mehr Gewicht daraufgelegt wird. Neben der Attraktivierung unserer Stadt wird auch der Umweltschutz in diesem Budget noch

zu wenig priorisiert. In diesem Sinne sind wir dem Budget 2023 gegenüber wohlwollend gestimmt, werden jedoch einzelne Änderungs- und Beschlussesanträge stellen und je nach Debattenverlauf noch reagieren, dem Budget aber grundsätzlich zustimmen.

Manfred Schogger, Fraktion Mitte/EVP/glp: Auch wir danken für das ausgearbeitete, umfangreiche Budget. Wir finden es auch richtig, dass der Stadtrat dieses Jahr auf eine Steuererhöhung verzichtet. Damit zeigt er, dass er das Referendumsvotum ernst nimmt und dass es ihm wichtig ist, ein gutes Signal nach aussen zu zeigen. Wir haben es gehört, wir sind in sehr turbulenten Zeiten und es gibt viele Faktoren, die in das Budget eingeflossen sind und jetzt nicht mehr so sind. Wie es effektiv wird, das ist ein Kaffeesatzlesen und man schaut in eine Glaskugel. Wir wissen effektiv nicht genau, wohin die Reise geht. Es gibt Konjunkturdaten, die fast immer monatlich wechseln, die Energiepreise wechseln immer wieder, die Zinsen ändern. Wir werden sehen, wohin es führt. Aber was der Stadtrat auch gemacht hat, und was aus unserer Sicht sehr richtig ist, er macht eine Priorisierung. Er zeigt einen Bedarf auf, zum Beispiel bei den Stellen, was es aus seine Sicht alles bräuchte. Aber zeigt auch auf, worauf er bereit ist zu verzichten und mit was für einem Minimum er arbeiten könnte. Und genau mit solchen Massnahmen hat er es eigentlich geschafft, ein ausgeglichenes Budget aufzustellen. Das Defizit von CHF 2 Millionen auf ein Budget von ca. CHF 120 Millionen, wir haben es gehört, ist kleiner als 2%. Und das ist etwas, das verkraftbar ist. Gerade in diesem Sinne bedauern wir es aber auch, dass die Ratslinke sehr viele Anträge gestellt hat, welche dieses Budget durch Anträge auf Stellenerhöhungen aus dem Gleichgewicht reissen sollen und die Priorisierung eigentlich nichtig machen. Was wir auch weiter befürworten sind die ganzen Abzüge beim Sachaufwand, die analog zu den Investitionen neu gemacht wurden. Wir haben auch das Gefühl, dass dies eine bessere Annäherung an das Budget und an die Rechnung danach gibt. Wir folgen grösstenteils dem Antrag der FIKO. Insbesondere unterstützen wir natürlich den Antrag von CHF 80'000 für die Begrünung der Kirchgasse, welche aus unserer Fraktion in die FIKO kam. Muriel wird dazu später noch etwas sagen. Einen Antrag haben wir. Er wurde nicht schriftlich eingereicht, daher kündige ich ihn hier mündlich an: Es ist so, dass wir beim Teuerungsausgleich des städtischen Personals einen Ausgleich von 1.8% beantragen wollen. Die Begründung liegt in der langfristigen Betrachtung des Teuerungsausgleichs zwischen dem kantonalen und städtischen Personal. Es ist so, dass in den letzten 10 Jahren mit inklusiv den 1.5% Teuerung, die jetzt gesprochen wurden, das kantonale Personal einen Ausgleich von 2.5% erhalten hat. Wenn nun das städtische Personal diese 2% bekäme, dann hätten sie über die letzten 10 Jahre 2.7% bekommen. Und wir denken doch, auch wenn dieser Teuerungsausgleich nicht jährlich derselbe sein muss, auf einen langfristigen Zeitraum, auf diese 10 Jahre, gesehen, darf er sich angleichen. Wenn man nun diese 2% bewilligt, dann ist man 0.2% zu hoch. Wenn man die 1.5% bewilligt, dann ist man bei 0.3% zu wenig. Und die 1.8% sind so gerechnet, dass man auf die 10 Jahre eigentlich genau gleich dasteht. Wir denken aus Gründen der Fairness ist es nur richtig, dass man es so macht.

Urs Knapp, Fraktion FDP: Das Budget 2023 sieht auf den ersten Blick ähnlich aus wie das Budget 2022. Es rechnet mit einem Defizit von rund CHF 1.7 Millionen. Das ist bei einem Gesamtaufwand von CHF 120 Millionen eine rote Null. Nach den vorliegenden Informationen wird das Budget 2022 bzw. die Rechnung 2022 besser abschliessen als das Budget 2022. Gemäss den Informationen, die der Stadtrat bekanntgab, werden wir anstatt eines Defizites von ca. CHF 1.6 oder 1.7 Millionen rund 75% günstiger sein. Das heisst das Defizit wird noch bei ca. CHF 400'000 liegen. Wo wir genau landen, das werden wir im kommenden März/April sehen. Aber tendenziell wird es besser sein. Es solches Budgetwunder darf man für 2023 leider nicht erwarten. Denn der Stadtrat will die Kostenbasis stark erhöhen. Allein die Personalkosten sollen um 6% steigen (inklusive Sozialregion). Das ist ein Zuwachs von rund CHF

2.6 Millionen. 2.6 Millionen, die man jedes Jahr zusätzlich haben will. CHF 2.6 Millionen entsprechen 4 Steuerprozenten. Also, wenn der Stadtrat sagt, für Investitionen wollen wir im 2026 die Steuern um 2% erhöhen, dann muss man sagen, von diesen 2% sind schon 4% weg. Und dies nur wegen den höheren Personalkosten im nächsten Jahr. Der Stadtrat gibt auch an anderen Orten das Geld der Steuerzahlenden grosszügig aus. Vielleicht kann man sagen, es ist auch nicht sein eigenes Geld, dann fällt dies einfacher. Im Sachaufwand, und das ist etwas, das man sehr gut beeinflussen kann, liegt das Budget 2023 effektiv bei CHF 17.45 Millionen. Es wird technisch runtergekürzt. Ist aber auch nach der Kürzung immer noch CHF 250'000 höher, als das, was der Stadtrat in seinen Budgetrichtlinien als Plafond von CHF 16 Millionen gesagt hat. Also, dort geben wir wieder mehr aus. Auch das wird die Kostenbasis erhöhen. Der Investitionsanteil liegt im nächsten Jahr bei 20% oder über 20%. Er muss zu $\frac{3}{4}$ durch neue Schulden bezahlt werden. Die Folgekosten dieser Investitionen werden wir spüren, auch in der laufenden Rechnung im kommenden Jahren. Wir haben höhere Zinskosten, höhere Abschreibungen, auch höhere Betriebskosten. Diese werden die Budgets der laufenden Rechnung, nicht bei den Investitionen, massiv belasten. Und nun kommen noch die massiven Personalkosten. Von daher ist es kein Wunder, dass das Budget 2023 mit einem ungenügenden Selbstfinanzierungsanteil dasteht, welches auch vom Finanzverwalter als ungenügend bezeichnet wird. Es sind 6%. Eigentlich sollte ein Selbstfinanzierungsgrad zeigen, wie viel Ertrag für die Investitionen genutzt werden kann. Er sollte mindestens bei 10% sein. Wir sind in Olten bei 6%. Man kann es auch anders sagen: Ein tiefer Selbstfinanzierungsgrad ist nicht nur eine Ziffer in einem Budgetsheet, sondern er zeigt, dass wir entweder zu hohe Ausgaben haben, oder dass wir zu wenig Erträge haben. Das Budget 2023 zeigt klar, dass Olten ein Ausgabeproblem hat und kein Einnahmeproblem. Und zum Schluss möchten auch wir eine klare Ansage machen, wie es auch andere gemacht haben. Die FDP ist nicht bereit, dass wir das Ausgabeproblem mehrheitlich auf der Einnahmeseite lösen. Zuerst muss der Stadtrat die Ausgaben auf die zur Verfügung stehenden Einnahmen ausrichten. Sprich, die Ausgaben senken und die Investitionen fokussieren. Wenn das nicht reicht, muss der Stadtrat im einem zweiten Schritt überlegen, wie er zusätzliche Einnahmen machen kann. Zum Beispiel Deinvestitionen, wie Liegenschaftsverkäufen. Und erst dann, wenn diese beiden Massnahmen nicht genügen, erst dann kann man mit der FDP über höhere Steuern sprechen. Wenn wir das so sagen, fühlen wir uns recht stark durch eine Mehrheit, durch eine klare Mehrheit im Volk, gestützt. Wir hatten in den letzten wenigen Jahren zweimal Abstimmungen über Budgets mit höheren Steuern und das Abstimmungsergebnis war beide Male sehr deutlich, nämlich, dass man dies nicht will. In diesem Sinne werden wir die Debatte abwarten und dann entscheiden, wie wir mit dem Budget 2023 umgehen wollen.

Salome Kisker, Fraktion OJ: Danke an den Stadtrat und an die Mitarbeitenden der Verwaltung für die sorgfältige Ausarbeitung und detaillierte Darstellung vom Budget 2023. Das wichtigste zuerst: OJ kann und wird diesem Budget mit gutem Gewissen zustimmen. Erfüllt dieses Budget alle unsere Wünsche und Träume? Nein. Wir leben aber auch nicht in einer Traumwelt. Die aktuelle Situation, in der sich nicht nur Olten, sondern die ganze Welt befindet, ist nicht rosig. Alles wird knapper und alles wird teurer. Das Oltner Budget zeugt davon. Aber nicht nur. In ihm zeigen sich auch ganz konkrete, politische Entscheide der letzten Jahre auf nationaler, kantonaler und städtischer Ebene. Und diese sind in Sachen Finanzpolitik halt oft nicht gerade positiv. Für OJ ist das Budget 2023 definitiv kein Grund für Freudensprünge, aber konsequent, nachvollziehbar und wenig überraschend. Es ist richtig und auch notwendig, dass die öffentliche Hand der Teuerung Rechnung trägt und die Löhne des Personals dem entsprechend anpasst. Ja, OJ kann sich sogar vorstellen, dass in diesem Bereich noch etwas mehr drinliegen könnte. Auch die städtischen Lohnkosten aufgrund erhöhter Stellenpensen - wir haben übrigens gestern über einige davon beraten und diese richtigerweise auch bewilligt – sind für OJ

nachvollziehbar und durchaus konsequent. Unsere Stadt wächst und das ist auch gewollt. Wie beispielsweise das Mitwirkungsverfahren zum räumlichen Leitbild deutlich gezeigt hat. Daher bauen wir ein neues Schulhaus, daher erschliessen wir neue Quartiere. Schwer vorzustellen, dass dies alles ohne zusätzliche Ressourcen beim Personal funktionieren soll. Doch richten wir unseren Blick wieder auf das grosse Ganze. Natürlich finden auch wir von OJ es nicht schön, dass das Budget 2023 voraussichtlich mit einem Defizit von CHF 1.7 Millionen abschliessen wird. Dass ein struktureller Verlust nicht zum Regelfall werden darf, liegt auf der Hand. Mittlerweile haben wir aber auch gelernt, dass unsere Finanzverwaltung durch und durch gewissenhaft, aber auch etwas konservativ budgetiert. Regelmässig war es in den letzten Jahren schlussendlich doch besser als gedacht. Genauso auf der Hand liegen auch die Gründe für ein erwartetes Defizit. Die Teuerung haben wir bereits erwähnt. Diese macht halt auch vor Olten nicht Halt. Die Annahme, dass diese mittelfristig wieder abnehmen wird, ist jedoch nicht unbegründet. Für die Teuerung kann Olten nichts, die Stadt kann wenig dagegen machen. Ausser, sich als Arbeitgeberin sozial zu verhalten. Andere Gründe hingegen sind hausgemacht. Auch nicht überraschend: Olten wird 2023 und auch in den kommenden Jahren mehr investieren. Auch dies ist notwendig, auch dies ist gewollt und kommt nicht von irgendwo. Das Jahrhundertprojekt Schulhaus Kleinholz ist praktisch unbestritten und ist dementsprechend auch vom Volk mit deutlicher Mehrheit angenommen worden. Weitere grössere und kleinere Projekte sind hier im Parlament durch politische Mehrheiten in Auftrag gegeben worden. Vor allem aber, und darüber haben wir gestern beim Investitionsplan bereits diskutiert, hat Olten Nachholbedarf bei den werterhaltenden Investitionen. Schaut man sich die budgetierten Investitionen und Ausgaben an, so wird einem etwas schnell klar: Es geht nicht um Luxus und „nice to have“. Es geht darum, Olten am Laufen zu halten. Und es geht darum, das notwendige jetzt zu machen und nicht auf zukünftige Generationen abzuschieben. Es ist nichts anderes, als unsere Pflicht, unseren Kindern eine funktionierende und attraktive Stadt zu hinterlassen. Dementsprechend ist für OJ klar: Nein, Olten hat kein Ausgabenproblem. Und auch wenn die Rechten nicht müde werden, das immer wieder zu behaupten. Olten hat nämlich ein Einnahmenproblem, und zwar gerade ein Mehrfaches. CHF 2.2 Millionen Mindereinnahmen. So hoch taxiert der Stadtrat die Auswirkung des auf Kantonsebene angenommenen „Jetzt si mir draa!“- Gegenvorschlages im ersten Jahr. Dieser Posten alleine ist eine gute halbe Million mehr als das finale Defizit. Also, mehr als genug, um dieses Defizit zu erklären. Darauf reagieren, diese Mindereinnahmen zu berücksichtigen, muss der Stadtrat natürlich trotzdem. Und eigentlich hätte er dies schon 2022 gemacht. Wäre die damals geplante Steuererhöhung vom Volk nicht abgelehnt worden, würde sich das Budget 2023 nicht mit einem Defizit, sondern ausgeglichen präsentieren. Aber ja, hätte, hätte, Fahradkette. Die Oltner Stimmbevölkerung hat so entschieden. Dass der Stadtrat 2023 daher auf eine Steuererhöhung verzichtet und lieber ein Defizit in Kauf nimmt, ist für OJ nachvollziehbar, konsequent und wenig überraschend. Obwohl im Budget 2023 keine Überraschungen, keine unerwarteten Aufwände auftauchen, sondern einfach das, was vom Parlament beschlossen und bewilligt wurde, reichen die Einnahmen einfach nicht. Für OJ heisst das, dass Olten mittelfristig seine Einnahmen erhöhen muss. Und zwar strukturell. Und nicht durchs Verramschen des Tafelsilbers. Wie schon gesagt: Wir werden mit Überzeugung dem vorliegenden Budget zustimmen. OJ wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Olten noch lebendiger wird und sich als Arbeitsort, Wohnort und als Bahnhof, wo man aus- und nicht nur einsteigt, weiterentwickelt. Wir sind überzeugt, dass die besten Tage noch vor uns liegen.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Wenn es hierzu keine weiteren Wortmeldungen gibt, fahren wir weiter mit der Detailberatung.

Detailberatung

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Wir starten mit der Erfolgsrechnung und gehen Kapitel für Kapitel durch. Dabei machen wir bei den bis jetzt eingereichten Anträgen Halt. Falls ihr jetzt noch einen Antrag stellen möchtet, der vorgängig noch nicht eingereicht wurde, bitte ich euch einfach «reinzugrätschen». Wir beginnen auf Seite 40 mit dem Kapitel 0 «Allgemeine Verwaltung».

Seiten 40 bis 45

Keine Wortmeldungen.

Seite 46, 0290.3110.00, Büromaschinen und –geräte

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Es geht um einen Streichungsantrag der SVP um CHF 16'000 von CHF 56'000 auf neu CHF 40'000.

Marc Winistorfer (SVP): Wir verzichten, mündlich darauf einzugehen. Von uns aus kann man direkt darüber abstimmen, da noch relativ viele Anträge vorliegen.

Urs Knapp (FDP): Ich habe eine budget-technisch Frage: Wir konnten in der FIKO den Antrag nicht diskutieren, deshalb stelle ich jetzt eine Frage. Die Lohnkosten der Projektleitung Ortsplanung laufen über die Investitionsrechnung, was auch richtig ist. Weshalb laufen die Bürokosten, und das wäre eigentlich logisch und das wäre wohl ziemlich genau der Betrag, den die SVP einsparen möchte, weshalb laufen diese nicht auch über die Investitionsrechnung? Oder anders gesagt: Gibt es einen «Mecano», wie bei den Lohnkosten, dass es eine Rückerstattung gibt und die laufende Rechnung davon nicht belastet wird? Und falls nein, weshalb nicht?

Urs Tanner, Direktionsleiter Finanzen: HRM2 sieht einfach vor, dass man die Eigenleistungen darüber nehmen könnte. Sprich, nur die Löhne. Wenn man jemanden für ein Projekt anstellt, gibt es die Eigenleistung Löhne, die selber funktionieren. Wenn man Sachaufwände hätte, müssten diese eigentlich direkt über das Projekt verbucht werden. Das ist richtig. D.h. er müsste hier gestrichen werden. Und er kann nicht aktiviert werden, sondern müsste hier gestrichen werden und dafür bei der Investitionsrechnung den Betrag entsprechend erhöhen. Das ist so.

Urs Knapp (FDP): Persönlich gesprochen, ich habe mich nicht mit der Fraktion abgesprochen, ist das ja genau der Betrag, welches die Projektleitung kostet und das muss man über die Investition verrechnen.

Stadträtin Marion Rauber: Ich kann vielleicht noch erklärend sagen, dass dieser Budgetposten auf Offerten beruht, die wir eingeholt haben, um diese Büroräumlichkeiten einzurichten. Sollte es gestrichen werden, würden wir die Ausstattung reduzieren ...und in der IKEA einkaufen.

Beschluss

Mit 24 : 14 Stimmen wird der Streichungsantrag der SVP angelehnt.

Seiten 47 bis 55

Keine Wortmeldungen.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Antrag FIKO um Reduktion des Teuerungsausgleiches für das Lehrpersonal um CHF 108'000.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Es geht nicht um eine Reduktion. Es geht einfach darum, dass man den kantonalen Teuerungsausgleich umsetzt und nicht die 2%, die wir im Budget vorgesehen haben.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Genau. Allerdings wurde es von der FIKO als Reduktionsantrag formuliert.

Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP: So wie ich es damals in der FIKO verstanden habe, wurde der Betrag rausgestrichen, weil wir wissen, welcher Betrag eingesetzt wird. Daher ist der Betrag eigentlich aktualisiert in diesem Sinne. Es ist keine Reduktion. Man weiss es ja bereits.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Genau. Aber jetzt geht es aktuell darum, diesen Posten zu reduzieren, daher ist es ein Reduktionsantrag. Zur Klarheit: Es betrifft natürlich sämtliche Löhne von allen Lehrpersonen im Kapitel 2. Wir behandeln das danach nicht bei jeder Schulstufe separat, sondern der Entscheid betrifft alle Löhne, von allen Lehrpersonen.

Beschluss

Dem Reduktionsantrag der FIKO wird einstimmig zugestimmt.

Verständnisfrage

Nico Zila (FDP): Ich habe eine Frage an die Bildungsdirektion zu den Positionen 2120.3020.00, Löhne der Lehrpersonen Primarstufe und 2130.3020.00, Löhne der Lehrpersonen Sekundarstufe. Wir haben gestern im Finanzplan die Entwicklung der Schülerzahlen und der Klassenzüge bis Ende 2020er Jahre perspektivisch gesehen. Der Anstieg von 2022 auf 2023 ist minim. Er beläuft sich auf eine Klasse. Die Lohnkosten insgesamt in der Primarschule und in der Sekundarstufe steigen aber auch unter Berücksichtigung des Antrages der FIKO, worüber wir gerade eben abgestimmt haben, um fast CHF 1 Million. Ich hätte hierzu gerne eine Erklärung gehabt, woran dies liegt.

Stadtrat Nils Loeffel: Ich müsste das Wort an Thomas Küng, den Direktionsleiter weitergeben. Er ist über die Zusammensetzung detaillierter informiert. Grundsätzlich hat es mit den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen zu tun. Vor allem mit der gestiegenen Anzahl Lektionen, die wir für das Budget berücksichtigen. Aber Thomas Küng gibt gerne detaillierter Auskunft.

Thomas Küng, Direktionsleiter Bildung und Sport: Ich versuche ein bisschen Auskunft zu geben. Bei der Primarschule kann ich darauf hinweisen, dass es nicht einfach nur eine Abteilung mehr ist, sondern, dass wir auch die Veränderungen zwischen vollen und reduzierten Abteilungen berücksichtigen müssen. Das heißt, wir haben zwei reduzierte Abteilungen, welche in volle Abteilungen überführt wurden. Wir haben eine zusätzliche volle Abteilung, die geführt werden muss. Da reden wir von rund 60 Lektionen. Wir haben 3% mehr Schülerinnen und Schüler, was verglichen mit der bisherigen Anzahl rund 44 Lektionen entspricht. Wir haben zusätzlich 8 Lektionen DaZ und 12 Lektionen spezielle Förderung. Wir haben, wenn man genau hinsieht, in der Primarschule eine Umlagerung vom technischen Gestalten zu den

regulären Lktionen, die dort geführt werden. Und wir haben 29 Lktionen PICTS (Pädagogischer Support) zusätzlich. Wenn man das zusammenrechnet, dann kommt man auf rund 71 Lktionen im Bereich der Abteilungen, man kommt auf 29 zusätzliche Lktionen im Bereich der PICTS und 20 weitere zusätzliche Lktionen im Bereich der Speziallektionen. Da sind wir, über den Kopf geschätzt, bei etwa 130 Lktionen von diesen 157, die ich spontan aus dem Kopf begründen kann.

Nico Zila (FDP): Merci. Das ist grundsätzlich nachvollziehbar. Es sind einfach rund 5 Vollzeitstellen, und die sind nicht transparent ausgewiesen. Und kommen zusätzlichen zu allen anderen Begehren, die gestern und heute im Raum stehen.

Seiten 57 bis 59

Keine Wortmeldungen.

Seite 60, 2190.3010.00, Schulleitung: Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Es liegt ein überparteilicher Antrag der Fraktionen SP/JSP, GO/JGO und OJ vor betreffend Erhöhung um CHF 46'500 auf neu CHF 1'467'800.

Lukas Lütolf (GO/JGO), Antragsteller: Ihr konntet die Begründung für diesen Budgetantrag bereits lesen, darum halte ich mich so kurz wie möglich. Das gestern bewilligte 60%-Pensum für die Schulleitung für das operative Tagesgeschäft ist zu begrüßen und unbestritten wichtig. Was der Stadtrat aber auch transparent aufführt und ihr gestern ebenfalls bereits kurz angeschnitten haben, ist, dass trotz der Aufstockung absolut zentrale Bildungsprojekte auf der Strecke bleiben. Die Weiterentwicklung von Tagesstrukturen, frühe, sprachliche Förderung, sowie die zukünftige Ausgestaltung des obligatorischen Schulangebotes sind in der Bevölkerung unbestrittene Schwerpunkte für eine familienfreundliche und nach Gleichberechtigung strebende Stadt. Gerade auch, wenn wir an das Schulhaus Kleinholz denken, wo dann endlich die entsprechende Infrastruktur vorhanden sein wird. Oder die kleine Anfrage von Yael Schindler Wildhaber: Für Kindergartenkinder soll scheinbar in Zukunft auf der linken Aareseite mit einer guten halben Stunde Schulweg geplant werden. Daher sollen solch wichtige Projekte nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir beantragen daher genau diese Betragserhöhung im Budget, welcher der Stadtrat für ein zusätzliches 40%-Pensum im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienförderung braucht. Die Projekte müssen **jetzt** angestossen und umgesetzt werden. Daher bitten euch die Fraktionen SP/JSP, GO/JGO und OJ diesen Aufstockungsantrag anzunehmen.

Urs Knapp, Fraktion FDP: Man müsste vielleicht festhalten: Wenn man den Betrag erhöht, kann man nicht sagen, wozu er denn sein soll. Dies hat der Rechtskonsulent klar gesagt. Es ist einfach mehr Geld im Budget drin. Ob es dann der Stadtrat für diese Art von Ausgaben einsetzen will oder nicht, ist der Entscheid des Stadtrates. Das ist Punkt eins. Zum Zweiten: Es gibt ein biblisches Sprichwort. «Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht.» Wir haben zuvor vom Stadtrat klar gehört, auch gestern schon von Thomas Marbet, dass der Stadtrat ein Kompromiss, eine Abwägung gemacht hat, wohin er mit seinen Stellenbegehren gehen möchte. Diese Stellenbegehren sind, und das habe wir gestern und heute klargemacht, aus unserer Sicht bereits über der erreichten Grenze. Wir werden daher diesen Antrag ablehnen. Und irgendwann ist dann der Krug nicht mehr ganz.

Marc Winistorfer, Fraktion SVP: Zum Antrag selbst: Wir lehnen diesen, wie die FDP, auch ab. Ich hätte aber noch eine Frage an den Rechtskonsulenten: Die Begründung besagt, dass der Betrag zweckgebunden verwendet werden muss. Müsste dann die Stelle nicht erst geschaffen werden, damit er zweckgebunden verwendet werden kann? Und das würde eigentlich bedeuten, dass der Stadtrat uns zuerst einen Bericht und Antrag unterbreiten müsste. Oder verstehe ich es falsch?

Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent: Der Antrag betrifft eine Erhöhung der Kontonummer mit dem Wunsch, dass eine 40% KJFF-Stelle geschaffen wird. Der Betrag liegt unter CHF 60'000 wiederkehrend. Dementsprechend ist es nicht notwendig einen Antrag zu stellen. Es kann im Budget so genehmigt werden.

Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/EVP/glP: Unsere Fraktion wird, wie bereits von Manfred Schoger erwähnt, solche Anträge nicht unterstützen, um den Kompromiss des Stadtrates nicht zu torpedieren. Auch uns liegt dieses Thema eigentlich sehr am Herzen und wir haben diesbezüglich Erwartungen. Wir haben aber auch den Eindruck, dass es in der Bildungsdirektion noch nicht genügend ausgereift ist, wohin der Weg überhaupt gehen soll. Und wir haben auch gehört, dass eine externe Evaluation stattfindet. Und bevor man über eine solche Stelle entscheiden kann, würden wir, sollte es vom Stadtrat beantragt werden, eine bessere Informationsgrundlage erwarten. Unter diesen Umständen würden wir uns dem Thema sehr gerne annehmen.

Salome Kisker (OJ): Dieser Antrag ist sehr wichtig. Olten muss als Standort attraktiv bleiben. Und dazu ist eine richtige Betreuung und Schulmodelle, die heutzutage normal sein sollten, dringend notwendig.

Urs Tanner, Direktionsleiter Finanzen: Was in diesem Antrag fehlt, sind die Sozialleistungen. Denn man kann nicht nur Lohn zahlen, sondern muss noch Sozialleistungen abgeben. Wenn ihr dies bewilligt, müsste man CHF 8'800 Sozialleistungen daraufpacken. Sonst geht es nicht.

Marc Winistorfer (SVP): Ich habe eine Bitte bzw. die Frage: Möchte der Stadtrat dazu Stellung nehmen? Das wäre noch interessant, da ja der Antrag nicht aus dem Stadtrat kommt.

Stadtrat Nils Loeffel: Ich habe das Gefühl, wir haben gestern ausgeführt, welcher Kompromiss wir im Stadtrat als Gremium gefällt haben, welche Stellen wir gestern beantragt haben. Gleichzeitig haben wir im B + A zu den Stellen im Schulführungsmodell ziemlich klar ausgewiesen, was wir uns in den nächsten Jahren nicht leisten können, wenn wir diese KJFF-Stellen nicht haben. Ich gehe nicht davon aus, dass von meiner Seite noch mehr Erläuterungen braucht. Der Kompromiss wurde gemacht. Das Parlament weiss, was die Konsequenzen sind mit dem gebrachten Antrag.

Daniel Kissling (OJ): Da vielleicht das Kurzzeitgedächtnis von einigen Leuten hier nicht so gut ist - meines ist ab und zu auch nicht so gut – kann ich einfach noch schnell erwähnen, was in diesem Antrag steht, den wir gestern behandelt haben. Hier steht «Aufgrund des reduzierten Pensenantrages, werden unter anderem folgende Projektthemen im Budgetjahr 2023 zurückgestellt.» Hier geht es um Weiterentwicklung, frühe Förderung, Bildung, Betreuung und Erziehung in Olten. Es geht um Entwicklung für die Strategie frühe Förderung in der Stadt Olten. Es geht um die Ausgestaltung vom Angebotsobligatorium der frühen Sprachförderung gemäss

Sozialgesetz. Es geht um eine weitere Optimierung der Tagesstrukturen. Ein Thema, das gerade von der Mitte sehr stark gefördert und gefordert worden ist. Es geht um Konzeption und Projektierung der Talentförderklassen. Ein Thema, bei dem wir uns, glaube ich, relativ einheitlich gewünscht haben, dass es endlich umgesetzt wird. Und es geht um die Überprüfung der Softwareumstellung im Bereich Betreuungsgutscheine usw. usf. Es ist eigentlich klar, wofür man diese Stelle braucht. OJ ist der Meinung, dass wir diese Sachen jetzt zeitnah umsetzen wollen und müssen. Gerade um einerseits vom Standort her konkurrenzfähig zu werden, um für Familien attraktiv zu bleiben. Und dementsprechend heisst ein «Nein» dazu, dass es einfach nicht so wichtig ist im nächsten Jahr.

Salome Kisker (OJ): Das sage ich nicht als linke Politikerin, sondern einfach als Mensch und als Mutter. Wer in dieser Stadt Kinder oder Grosskinder hat, der kann zu diesem Antrag nicht nein sagen.

Lea Jäggi (SP): Ich sage etwas als Lehrperson. Ich finde, es braucht es. Und darauf zu verzichten, für die Kinder, für die Bildung, wäre sehr schlecht. Wir von der SP sind auch dafür, dies so umzusetzen.

Simone Sager-Roth (FDP): Mir ist schon klar, die Meinungen sind gemacht. Und gleichwohl, um noch einmal auf gestern zurückzukommen: Die zusätzlichen 60% Schulleitungspensum, die wir bewilligt haben, beinhalten, ich zitiere: «...Innovation, Entwicklung und Projekte.» Also, nun kann man etwas spitzfindig sein und sagen, okay, das ist Theorie. Was genau dahintersteckt, kann sich jeder hier im Saal selber vorstellen. Betreffend KJFF, hier sind meiner Meinung nach, ich habe es gestern bereits gesagt, gewisse Punkte wichtig. Ich bin jedoch der Meinung, man muss die 40 Stellenprozente nicht noch darauflegen bzw. die Kostengutsprache für diesen Betrag machen, sondern in den 60%, die wir gestern bewilligt haben, einbauen. Denn im Bericht und Antrag von gestern wurde mehrmals auf die Akzeptanz der Politik hingewiesen. Es wurde auch sehr ausführlich erwähnt, was darin **nicht** enthalten ist. Und darin sind genau solche Sachen, die die meisten Mütter, Väter, Grossväter dieser Stadt betreffen, aufgeführt. Und das kommt für mich schräg rüber. Jene Sachen, die brennen, werden nicht beantragt. Das, was nicht so genau fassbar ist, wird beantragt und man kommt über das Hintertürchen trotzdem noch zu diesen 40%. Damit habe ich Mühe. Ich stelle nicht in Frage, was diese zwei Stellen machen, absolut nicht. Aber ich möchte auf mein gestriges Votum zurückkommen und sagen: Investiert die gestern bewilligten 60% in das, was brennt. Und Projekteentwicklung, die man vielleicht auch in drei Jahren noch angehen kann, erst dann angeht. Daher werde auch ich gegen diese Kosten- bzw. Lohngutsprache stimmen.

Thomas Fürst (FDP): Worüber stimmen wir nun ganz genau ab? Zuvor wurde eine allfällige Erhöhung erwähnt. Worüber stimmen wir ab? Über den Antrag, wie er vorliegt?

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Wenn man den vorliegenden Antrag mit diesen CHF 46'550 hat, dann muss man konsequenterweise die Sozialleistungen über CHF 8'800 berücksichtigen.

Urs Knapp (FDP): Der Rechtskonsulent hat es gesagt: Das Parlament kann keine bestimmte Stelle machen. Das Parlament kann über eine Budgeterhöhung reden. Mit dieser Budgeterhöhung muss alles abgesprochen sein. Und es kann nicht die Rolle der Präsidentin sein, dass sie einen Antrag, der eingestellt wurde einfach um CHF 8'000 erhöht. Das müssten die Antragssteller machen.

Lukas Lütolf (GO/JGO): Das hätten wir jetzt gerade noch gemacht. Ihr habt natürlich recht. Formal funktioniert das sonst nicht. Wir würden daher diese Sozialleistungen über CHF 8'800 noch reinnehmen.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Somit wurde der Antrag, den ihr vorgängig erhalten habt, verändert. Nämlich einerseits das, was ihr schriftlich bekommen habt, Löhne Verwaltung und nun zusätzlich verrechnete Sozialleistungen um CHF 8'800.

Thomas Fürst (FDP): Ich möchte an dieser Stelle nun doch noch kurz etwas sagen: Ich denke, diese ganze Diskussion zeigt relativ schön das Problem: Es ist meines Erachtens wirklich an der Grenze der Professionalität, wenn man solche Anträge so kurzfristig stellt. Die Exekutive hat sich etwas überlegt, indem sie gewisse Stellenbegehren beantragt hat. Man hat sie uns vorgelegt. Wir haben diesen auch grossmehrheitlich zugestimmt. Übrigens auch von bürgerlicher Seite, wenn ich mich richtig erinnere. Und nun in einer Hauruckübung das Gefühl haben, man wisse besser, wo noch nachgebessert werden soll, finde ich wirklich an der Grenze der Professionalität. Ich bin der Meinung, dass die Exekutive Begehren stellt, wir prüfen diese sauber, sagen «ja», wenn es angemessen ist, oder sagen «nein», wenn es nicht drinliegt. Und ich möchte beliebt machen, dass man allenfalls diesen Weg trotzdem weiterverfolgt.

Daniel Kissling (OJ): Thomas Fürst, ich stimme dir grundsätzlich zu. Das wäre eine schöne, ideale Welt. Es ist aber unser Recht als Parlament in dieser Sitzung, darum machen wir diese Sitzung, nun auch einen spontanen Antrag zu stellen. Ich kann mich an Budgetsitzungen von vergangenen Jahren erinnern, als man nachts um 00:30 Uhr noch das Museum schliessen wollte und solche Sachen. Also, es ist nicht so, als ob dies etwas Neues wäre oder, dass es speziell, spontan passiert wäre, sondern es ist die Regel. Ich kann mich noch gut erinnern, es ist noch nicht so lange her, als man einfach gesagt hat, wir kürzen von einem gewissen Budgetposten einfach mal alles um 10%, ohne viel nachzudenken, was es heisst. Man kann es sich überlegen, ob man es in Zukunft anders machen will. Im aktuellen Modus, in dem wir uns befinden, ist es das Recht des Parlamentes. Umso früher, umso besser, da bin ich auch deiner Meinung. Der Antrag wurde gestellt, nicht ganz sauber, man hat dies nun korrigiert. Ich sehe das Problem eigentlich nicht. Ausser ein grundlegendes, wenn man etwas anders machen will.

Christine von Arx (SP): Um dem formellen Anspruch ein bisschen entgegenzukommen: Es ist tatsächlich so: Man kann die Lohnsummer quasi erhöhen. Aber man kann natürlich sagen, was man will. Hier gilt das Prinzip Hoffnung, dass der Stadtrat dann wohlwollend auf die Begründung schaut. Das ist das eine, das ist klar. Das Zweite ist, dieser Antrag wurde am 22. November gestellt. Er ist offensichtlich technisch gesehen unvollständig, da die verrechneten Sozialleistungen fehlen. Da hätte man uns innerhalb dieser 48 Stunden darauf aufmerksam machen können. Für Leute, die nicht regelmässig mit solchen Budgetsachen und mit Personalabrechnungen zu tun haben, ist dies nicht ohne weiteres nachvollziehbar. Es war ja auch wohl für alle klar, was man will. Nämlich eine Erhöhung der Lohnsumme. Und wenn das dann natürlich so nachziehende Anträge braucht, dass man diese dann quasi «mitmeint». Von daher gesehen, hat man nun – wenn man so will – zwei Anträge. Nämlich jenen, der hier steht auf dem Konto 3010.00 über CHF 46'500 und dann noch auf dem Konto 3930.99 plus CHF 8'800. Darüber stimmt man sinnvollerweise in einer Abstimmung ab.

Luc Nünlist (SP): Thomas, ich gebe dir absolut recht. Die Grenze zur Professionalität ist manchmal hier Saal.... Naja, wir sind ja auch nicht in professioneller Kapazität hier. Ich kann mich auch an Anträge aus der FDP-Fraktion erinnern, die beispielsweise eine ganze Klasse

von Themengebieten einfach mit der Rasenmähermethode um eine bestimmte Prozentzahl kürzen wollte, was völlig aus der Luft gegriffen war. Dort wurde überhaupt nicht berechnet, welche Konsequenzen dies entsprechend nach sich ziehen würde. Sonder, es wird mal um einen bestimmten Prozentsatz global gekürzt. Es ist schwierig. Und wenn wir hier die gleiche, formelle Strenge an den Tag legen wollen, müssen wir schon vorsichtig sein und mit gleichen Ellen messen.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Wir stimmen nun ab um die Erhöhung des Kontos 2190.3010.00 um CHF 46'500 und des Kontos 2190.3930.99 (Verrechnete Sozialleistungen) um CHF 8'800. Dies ergibt eine totale Erhöhung über CHF 55'300.

Beschluss

Mit 19 : 19 Stimmen mit Stichentscheid der Präsidentin wird dem überparteilichen Antrag zugesimmt.

Seiten 61 bis 63

Keine Wortmeldungen.

Seite 64, 3112.3010.00, Historisches Museum: Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Der Stadtrat beantragt CHF 315'400. Die SVP forderte eine Kürzung um CHF 20'000 auf neu CHF 295'400.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Dieser Betrag erhöht sich beim Konto vom Historischen Museum tatsächlich. Das sind vor allem Stellen in der Bildung und Vermittlung für Kinder und Jugendliche, welche diese Programme des Historischen Museums besuchen. Wir haben uns entschieden, dass wir bei ganz langjährigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die bisher im Stundenlohn angestellt waren, auf eine Festanstellung mit einem Jahreslohn wechseln. Dadurch wird auch die Personalstatistik transparenter. Diese Erhöhung hängt damit zusammen und erlaubt eben, diese Vermittlung weiterhin sicherzustellen.

Luc Nünlist (SP): Vor zwei Jahren habe ich hier im Rat einen Auftrag zur Abklärung des Bedarfs an Arbeit im Bereich vom Stadtarchiv und den Museen eingereicht. Die Ergebnisse, die uns dann nach dem Budget präsentiert wurden, sind die sauberer Abklärungen zu diesem Budgetposten. Und wer diese nicht mehr ganz in Erinnerung hat: Es braucht deutlich mehr Personalressourcen zur Aufarbeitung der umfangreichen Sammlung. Und hier einem Streichungsantrag zuzustimmen wäre wirklich fehl am Platz.

Beschluss

Mit 26 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Kürzungsantrag der SVP abgelehnt.

Seiten 65 bis 67

Keine Wortmeldungen.

Seite 68, 3211.3103.00, Stadtbibliothek: Fachliteratur, Zeitschriften

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Der Stadtrat beantragt CHF 115'000. Die SVP fordert eine Kürzung um CHF 5'000 auf neu CHF 110'000.

Marc Winistorfer, Fraktion SVP: Es geht um ein Einfrieren des Betrages, der bisher im Budget war.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Wir haben festgestellt, dass bei den vorhandenen Medien 1/3 über 10 Jahre alt ist. Wir möchten dort aktuell sein und ein gutes, aktuelles Angebot machen. Daher bitte ich euch, diese Streichung abzulehnen.

Daniel Kissling (OJ): Wir sprechen darüber, was sinnvoll ist. Zu erhöhen oder eben zu streichen. Das ist so ein Beispiel. Was bedeutet das? Das wurde von der SVP anscheinend nicht überlegt. Weshalb sollte man genau diesen Posten streichen? Weshalb braucht es dort nicht mehr Geld? Die Teuerung. Wir haben darüber gesprochen. Auch Magazine werden eventuell teurer. Auch Fachliteratur wird eventuell teurer. Es würde einfach heißen, wir wollen eine weniger gute Bibliothek, in diesem Fall. Und das wäre einfach schade. Es natürlich jetzt niemand hier von der Bibliothek, der darüber reden könnte, weshalb sie so viel Geld brauchen. Aber das ist genau das Ding: Man streicht halt dann dort einfach mal und sie müssen mit etwas weniger auskommen. Und meisten wird es nicht interessieren, aber es ist dann vielleicht genau ein Grund weniger die Bibliothek zu besuchen. Das wäre aus meiner Sicht schade ums städtische Angebot.

Beschluss

Mit 24 : 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Streichungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 69

Keine Wortmeldungen.

Seite 70, 3290.3132.00 Kultur: Honorare Externe Berater

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Der Stadtrat beantragt CHF 45'000. Die SVP fordert eine Kürzung um CHF 15'000 auf neu CHF 30'000.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Dieses Kulturkonzept war schon öfter ein Thema. Auch im Zusammenhang mit den drei eigenen Museen. Aber auch von den Beiträgen, die wir an die Kultur geben. Das ist der Betrag, den wir für umfassende Abklärungen einsetzen möchten. Es wurde uns auch vorgeworfen, wir hätten nur die eigenen Leute befragt, welche die Museen besucht haben. Also, die eigene Klientel. Und das wäre nun auch die Aussensicht, die wir bekommen möchten. Natürlich braucht es dazu auch eine Begleitgruppe, es braucht Untersuchungen, Befragungen. Es ist ein aufwändiger Prozess. Wir haben hierfür eine Richtofferte. Es ist also nicht aus der Luft gegriffen und wir möchten daran festhalten.

Beschluss

Mit 24 : 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Streichungsantrag der SVP abgelehnt.

Seiten 71 bis 77

Keine Wortmeldungen.

Seite 78, 4210.3636.00, Ambulante Krankenpflege: Beitrag an Lysistrada

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Der Stadtrat beantragt CHF 15'000. Die SVP fordert eine Kürzung um CHF 5'000 auf neu CHF 10'000.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Der Änderungsantrag kommt nicht ganz unerwartet. Das Thema Lysistrada ist regelmässig ein Bestandteil der Budgetdebatte. Woran ich mich störe, ist, dass man schlechten Stil und fehlenden Respekt in die Runde werfen muss. Aber sei es darum. Ich habe es im Protokoll vom letzten Jahr nachgelesen und habe dort gesehen, dass die beiden im Antrag erwähnten Herren unter anderem auch darauf hingewiesen haben, dass kein Antrag von Seiten des Vereins besteht, als damals von der Fraktion SP/JSP eine Erhöhung beantragt wurde. Der Verein hat den Antrag von sich aus Anfang 2022 gestellt und wir sind im Dialog klar zur Erkenntnis gekommen, dass das, was wir in einer Leistungsvereinbarung aktuell von ihnen wollen, mit CHF 10'000 nicht gedeckt ist. Das ist mitunter auch ein Grund, weshalb der Betrag früher bereits einmal bei CHF 15'000 war. Der Verein ist sehr bemüht, Gelder von Dritten aufzutreiben, das könnt ihr in den von mir erhaltenen Unterlagen nachlesen, und er hat klar die Anweisung erhalten, beim Kanton vorstellig zu werden, um die erwähnte Situation mit der finanziellen Aufteilung zu klären. Diesbezüglich weise ich gerne darauf hin, dass in diesem Saal mehrere Kantonsrätiinnen und Kantonsräte anwesend sind und gerne einen entsprechenden Vorstoss einreichen dürfen. Bis es so weit ist, muss man der Realität des Oltner Strassenstrichs in die Augen blicken. Er verschwindet nicht, wenn man CHF 5'000 streicht. Und es ist nun mal so, dass Olten mit dem Strassenstrich besonders belastet ist. Ich bin klar der Meinung, dass es ein präventiv aufsuchendes Angebot, das Lysistrada anbietet, braucht, und dass dies am Schluss für unsere Rechnung günstiger kommt. Gerade in der Coronakrise konnte man beispielweise durch verschiedene Angebote Sozialhilfefälle verhindern. Auch bei der gestrigen Behandlung des AKES-Antrages wurde das Thema „präventiv Arbeiten“ aufgeworfen. Genau solche Angebote sind eben präventive Angebote. In diesem Sinne bitte ich euch den Streichungsantrag abzulehnen und ich bin sicher, dass Lysistrada interessierte Parlamentarier und Parlamentarierinnen gerne auf einen Rundgang einlädt, um ihnen ihre Arbeit näherzubringen.

Urs Knapp, Fraktion FDP: Eine grundsätzliche Überlegung, denn man sollte eigentlich nicht über CHF 5'000 sprechen. Wir haben hier eine Situation, dass ein Verein unterstützt wird, der sicher wertvolle Arbeit leistet, der in erster Linie einen kantonalen Auftrag hat. Es wir zweitens ein Verein unterstützt, der im Gegensatz zu fast allen Vereinen, die Unterstützung der Stadt erhalten, finanziell sehr gut gebettet ist. Wir haben den Jahresbericht zum Glück zum ersten Mal gesehen. Wir haben gesehen, dass Lysistrada diese CHF 5'000 über 20 Jahre selber tragen könnte, bis die Reserven aufgebraucht sind. Lysistrada kann nicht Bank sein, wenn man die Aktiven und Passiven anschaut, dann muss man sagen, ja, die haben gespart, die haben viel Geld auf der Seite, Und ich glaube, hier müsste man auch in der Gerechtigkeit anderer Sachen sagen, dass wenn ein Verein so viele finanzielle Reserven hat, warum soll dann die Stadt diesen Verein unterstützen und andere Vereine vielleicht nicht, die sicher klammer sind? Von daher sagen wir aus grundsätzlichen Überlegungen, Lysistrada soll bitte die CHF 200'000 Reserven für diese CHF 5'000 einsetzen. Man könnte 20 Jahre damit arbeiten, nein, sogar 40 Jahre. Aber sagen wir, 20 Jahre könnten sie es zahlen.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Es wird einfach nicht wahrer, je häufiger man es sagt. Diese Reserven sind klar projektgebunden. Die Rechnung weist dies auch entsprechend aus. Sie sind übrigens auch schon sehr lange öffentlich auf der Webseite einsehbar. Ich bitte euch, es ist nicht wahrer geworden.

Cécile Send, Fraktion SP/JSP: Sexarbeitende sind eine sehr heterogene Gruppe und haben unterschiedliche Realitäten. Einige haben die Arbeit frei gewählt und verfügen über eine Berufsidentität. Andere befinden sich aber in einer prekären, ökonomischen Situation und andere arbeiten im Sexgewerbe aufgrund von Zwangsausübungen durch Dritte. Was sie aber alle gemeinsame haben, sind ihre Rechte auf Anerkennung, auf Beratung, auf Information und auf Prävention in ihrer Arbeit. Und deswegen ist es so wichtig, dass die Stadt Olten an diesen Verein einen Betrag leistet. Denn der Verein nimmt genau diese Aufgaben wahr. Sexarbeitende können über den Verein Informationen zu ihren Rechten erlangen, über mögliche Präventionsmassnahmen und über gesundheitliche und andere Risiken. Durch die Coronapandemie hat sich die bereits schwierige Situation der Sexarbeitenden verschlechtert. Z.B durch das Arbeitsverbot oder durch hohe Infektionsgefahren. Aber auch die Ukrainenkrise mit den damit verbundenen, erhöhten Energiekosten lassen eine vermehrt vulnerable Situation auch nicht ausschliessen. Beispielsweise durch Ausbeutung oder das Drücken von Preisen. Aus diesem Grund hat die Stadt Olten auch in den Folgen der Coronapandemie im Budget einen höheren Betrag vorgesehen. Neu ist eine Sozialarbeiterin vor Ort tätig und ihre Lohnkosten sind in diesen Beiträgen vorgesehen. Was auch richtigerweise vorgenommen wurde. Der Stadtrat hat sich dabei dem kantonalen Leistungsfeld orientiert. Und aus diesem Grund dankt die Fraktion SP/JSP dem Verein für die tolle Arbeit und Unterstützung und wir unterstützen diesen Beitrag.

Beschluss

Mit 24 : 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Streichungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 79

Keine Wortmeldungen.

Seite 80, 5721.3636.00, Freiwillige wirtschaftliche Hilfe: Beiträge an lokale Institutionen

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Der Stadtrat beantragt CHF 100'000. Die SVP fordert eine Kürzung um CHF 8'000 auf neu CHF 92'000.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Das ist der Beitrag, der ans Cultibo geht. Es ist so, dass der Kanton seinen Beitrag um diese CHF 8'000 reduziert. Wir haben ein Gespräch gehabt mit der Leitung. Sie werden sich personell im Vorstand auch erneuern. Es ist ein bisschen ein Umbruch. Auch von den Generationen, bei den Gründern, die das aufgebaut haben. Und wir möchten den Beitrag, welcher leider vom Kanton gestrichen wurde, kompensieren, indem wir unseren erhöhen. Wichtig zu sagen ist, dass auch andere Beiträge wegfallen. Beispielsweise einer der Migros Aare. Ich hatte diesen KosA-Beitrag auch vermittelt. Solche werden nur für eine bestimmte Zeit gesprochen. Also auch hier fallen gewissen Sachen weg und das Cultibo hat weniger. Und wir möchten mit diesen CHF 100'000 ermöglichen, dass der Betrieb so weitergeführt werden kann.

Daniel Kissling (OJ): Da ich selber in der Kultur arbeite und ich mich mit solchen Beiträgen auseinandersetzen muss, möchte ich darauf hinweisen, dass es für eine solche Institution wie das Cultibo eine unglaublich schwierige Situation ist. Es kommt immer wieder vor, dass Gelder wegbrechen. Das gibt es übrigens auch in der Wirtschaft, wenn ein Sponsor wegbricht oder irgendein Geschäftspartner. Und dann ist es umso wichtiger, dass man genügend Zeit bekommt – durch beispielsweise eine Stadt – sich neu zu organisieren, aufzustellen und auch neue Geldgeber/innen zu finden. Ich hoffe, dass dies das Cultibo macht und ich würde in Treu und Glauben sagen, dass wir dies ermöglichen und sie nicht schon jetzt quasi darunter leiden,

sondern, dass sie noch ein bisschen Zeit haben. Von mir aus kann man gut darüber reden, wenn es bis in ein paar Jahren keine neue Geldquelle gibt, und was man da macht, und dass man es neu organisieren muss. Aber nicht einfach sofort reinhauen. Ich finde es schön, dass Oltner hier einspringt und ihnen diese Transformation ermöglicht.

Salome Kisker (OJ): Das Cultibo leistet einen wahnsinnig wichtigen Beitrag fürs Leben im Quartier und auch für die dort wohnenden Kinder.

Beschluss

Mit 28 : 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Streichungsantrag der SVP abgelehnt.

Seite 80, 5790.3636.00, Übrige Fürsorge: Freiwilligenarbeit

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Der Stadtrat beantragt CHF 37'100. Die SVP forderte eine Kürzung um CHF 18'550 auf neu CHF 18'550.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Auch hier bin ich etwas überrascht. Es heisst, 1 Franken pro Kopf reicht. Aber wir haben eigentlich gar nie ein Gespräch geführt, was wir konkret planen. Ich nutze diesen Antrag, euch dafür zu motivieren. Ab Januar 2023 ist die Koordination der Freiwilligenarbeit ein Leistungsfeld, das neu den Gemeinden zugeteilt ist. Das unter andrem, weil zuvor zu diesem Thema ein gewisses Vakuum bestanden hatte und dazu geführt hat, dass sich Benevol Kanton Solothurn leider auflösen musste. Wir haben diesen Auftrag sehr ernst genommen und wollten daher partizipativ an einem öffentlichen Anlass vergangenen Sommer die Bedürfnisse der Anbieterinnen und Anbieter von Freiwilligenarbeit abholen und haben dies auch gemacht. Entlang der gesetzlich vorgesehenen Leistungsfelder Alter, Pflege, Sozialhilfe und Integration waren verschiedene Personen anwesend und konnten ihre Anliegen platzieren und darüber diskutieren. Wir haben diese Punkte aufgenommen und festgestellt, dass eine Leistungsvereinbarung mit einer niederschwelligen und einer unabhängigen Vermittlungsstelle gegenüber einer internen Lösung in der Stadt bevorzugt wird. Wir sind danach mit Benevol Kanton Aargau in Verhandlung gegangen und konnten uns auf eine Leistungsvereinbarung einigen bzw. sind ganz kurz davor. Die Leistungsvereinbarung basiert auf den drei Säulen Beratung, Bildung und Vernetzung. Wir haben uns für die ersten drei Jahre auf ein Beratungspaket inklusive eines monatlichen Walk-ins hier im Stadthaus geeinigt. Dies, damit man etwas präsenter ist und nicht alles aus Aarau machen muss. Im Bereich der Bildung fahren wir vorläufig jedoch eine Minimallösung, da bereits sehr viel im Angebot ist, auch von Benevol im Aargau und dadurch die Schaffung lokaler Angebote nicht notwendig ist. Im Bereich der Vernetzung haben wir ebenfalls einen Mittelweg gewählt und setzen auf einen jährlichen, städtischen Vernetzungsanlass mit den verschiedenen Anbietern von Freiwilligenarbeit. Weitere Themen, die dabei eingeworfen wurden, werden wir vorläufig noch nicht weiterverfolgen. Der VSEG hat zu diesem Leistungsfeld eine Empfehlung, eine Bandbreite abgegeben und gesagt, maximal CHF 3 pro Einwohner. Wir haben daher, anfangs dieser Budgetdebatte im Stadtrat mit CHF 2 budgetiert und dies in der Zwischenzeit konkretisiert, wie es eingesetzt werden soll. Es ist so, dass diese Leistungsvereinbarung einen Umfang von CHF 1.50 pro Einwohner hat, also rund CHF 28'000. Es ist uns aber klar, dass es gewisse zusätzliche Mittel braucht. Zum Beispiel Miete für einen Anlass, oder sonstige Unterstützung. Wir können es heute jedoch noch nicht genau beziffern und daher werden wir diese 50 Rappen sehr gerne dafür im Budget lassen, um zu evaluieren, wo es nötig ist und wo nicht. Es ist aber selbstverständlich so, dass man nach den ersten drei Jahren nicht nur die Leistungsvereinbarung, sondern auch unsere eigenen Leistungen evaluieren und den Betrag bei Bedarf justieren wird. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Paket ein gutes Angebot für sehr viel Oltnerinnen und

Oltner anbieten können. Freiwilligenarbeit bereichert unsere Stadt und sollte ermöglicht und gefördert werden. Auch da sehen wir uns entlang von unserem Regierungsprogramm wieder einmal als „Enabler“. Freiwilligenarbeit ist eine Möglichkeit, um sich einzubringen, um neue Menschen kennenzulernen und vielleicht auch einfach, um in der Stadt anzukommen. Es ist aber auch so, dass immer wieder Fragen auftauchen und eben genau eine solche, niederschwellige Anlaufstelle hilft, dass die Freiwilligenarbeit nicht zusammenbricht, sondern neu aufblüht. Und ich denke, es ist in unserem Sinne, dass Menschen, die in unsere Stadt ziehen oder schon hier wohnen, sich vernetzen und ihre Stärken im Ehrenamtlichen einbringen können. In diesem Sinne bitte ich euch den Streichungsantrag abzulehnen.

Marc Winistorfer, Fraktion SVP: Ich möchte auf deine einleitenden zwei bis drei Sätze Bezug nehmen, Raphael. Wenn du uns vorwirfst, wir interessieren uns nicht dafür, was dort überhaupt geleistet wird. Ich habe in der FIKO - und ich glaube, das darf ich sagen, ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen - die Frage eingegeben: Was ist mit Freiwilligenarbeit gemeint? Darauf bekommt man eine Kopie eines Paragraphen aus dem kantonalen Gesetz. Diesen Vorwurf finde ich von dir nun doch etwas unangebracht.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Danke für die Präzision. Es stimmt. Merci.

Beschluss

Mit 33 : 5 Stimmen wird der Streichungsantrag der SVP abgelehnt.

Seiten 81 bis 83

Keine Wortmeldungen.

Seite 84, 6150.3101.03, Gemeindestrassen: Anschaffung Grünanlagen/Bäume

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Die FIKO beantragt eine Erhöhung um CHF 80'000 für die Anschaffung für Bäume auf der Kirchgasse.

Daniel Kissling, Fraktion OJ: Wir haben uns in der Fraktion mit diesem Antrag sehr auseinandergesetzt, da wir inhaltlich sehr fest davon überzeugt sind, dass in der Kirchgasse etwas gehen muss, dass man in dieser Stadt auch mehr Grün braucht. Gleichzeitig wirkt es auf uns ein bisschen nach einer willkürlichen Erhöhung bzw. haben wir gerade zuvor darüber gesprochen, was das Parlament machen oder eben nicht machen soll. Und dort bräuchte es vermutlich einen Bericht und Antrag vom Stadtrat. Es ist eigentlich auch grösstenteils in seiner Kompetenz und wir haben uns daher als Fraktion entschieden, dass wir uns hier enthalten, obwohl wir es inhaltlich eine gute Sache finden. Wünschten uns jedoch, dass noch klarer wird, wie das Geld eingesetzt werden soll und nicht einfach für «Grün irgendwo in der Innenstadt».

Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/EVP/glP: Ich möchte gerne noch kurz erläutern, was uns dazu bewogen hat, diesen Antrag zu stellen. Wir haben am 26. Januar 2022 mit 39 : 1 Stimmen im Auftrag von Luc Nülist und Florian Eberhard betreffend Begrünung Kirchgasse zugesagt. In der Zwischenzeit hat man zwar wieder Alternativen gemacht, wie diese coole Blache, welche Bäume abbildet, nebst ein paar kleineren Töpfen oder Nadelbäume, die ich gesehen habe. Es sind dann aber doch auch Stimmen aus der Bevölkerung gekommen: Ja, es ist vielleicht gut gemeint, aber doch nicht gerade in diesem Sinn. Ich kann mich auch erinnern, dass Luc bei der Baudirektion noch vehement nachgefragt hat, ob es hier nun wirklich um Pflanzen ginge und nicht um andere Sachen. Weil ja Pflanzen auch vor allem Schatten spenden, aber auch Hitzeinseln vermeiden. Und das wurde dann bestätigt. Als ich darauf im Budget dazu nichts gefunden habe, hat es mich besonders interessiert, welche Pläne nun der Stadtrat hat. Herausgekommen ist, dass man höchstens für weiter hinten ein Konzept finanzieren kann, aber nichts, bei dem man davon ausgehen kann, dass auf nächsten Sommer Massnahmen geplant sind. Wir haben aber doch verschiedene Stimmen aus der Bevölkerung gehört, die es insbesondere diesen Sommer gegeben hat, dass das wirklich fehlt und dies ein wichtiges Thema ist. Und daher wollen wir mit diesem Antrag den Stadtrat dazu ermuntern, dass man dieses Thema wirklich rasch angeht. Auch im Sinne einer Zwischenlösung. Wir wissen ja inzwischen alle, dass das Kirchgasse-Projekt rund um Kirchgasse 8 und 10, bei dem das mit dem Bäumen eventuell hätte aufgenommen werden können, leider an der Urne gescheitert ist und es daher noch länger dauern wird, bis man dort tatsächlich eine längerfristige Lösung erzielen kann. Daher haben wir uns überlegt, was eine mögliche und sinnvolle Zwischenlösung wäre. Und das könnten wir uns mit platanenähnlichen, schattenspendenden Bäumen, deren Geäst flachgezogen werden kann, und in Töpfen mobil zu verschieben sind, vorstellen. Wir haben uns gedacht, dass dieser Betrag für sechs bis acht Bäume einer gewissen Grösse reichen sollte, die man dann eben flexibel einsetzen und verschieben kann. Und sollte man dann einmal bei einem tollen Projekt zum Schluss kommen, dass es für die Kirchgasse noch eine viel bessere Lösung gibt, so denken wir, dass diese Bäume auch an einem anderen Ort sehr willkommen sind und daher dieses Geld sicher nicht schlecht investiert wäre.

Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP: Ich schliesse mich dem gerne an. Wir haben vor einiger Zeit über die Begrünung der Kirchgasse fast unisono beschlossen, und auch von der Tannwaldstrasse übrigens. Der Vorstoss von Florian und mir war bewusst kurzgehalten, in einem Punkt jedoch unmissverständlich: Die Aufenthaltsqualität durch natürlich schattenspendende Elemente zu erhöhen. Natürlich schattenspendende Elemente, das ist organisches, pflanzliches Material, was eigentlich naheliegend ist. Diesen Sommer hatten wir an der Kirchgasse ein festes Blätterdach, ganz im Sinne des Vorstosses. Leider jedoch keine natürlich schattenspendenden Elemente, sondern geplottete Blätter auf einer Gitternetzfolie und nichts Pflanzliches. Der Vorstoss wurde behandelt und in diesem Rat als verbindlich und erheblich erklärt, dass wir eine umsetzungsreife Vorlage präsentiert bekommen werden. Den Prüfungsbericht werden wir in Bälde auch vorgelegt bekommen, da bin ich mir sicher, denn im Januar läuft die Frist zur Bearbeitung ab. Es ist also höchstwahrscheinlich, dass sich der Stadtrat bereits einige Gedanken gemacht hat und einen Plan hat, wie er die Kirchgasse und die Tannwaldstrasse begrünen will. Aber eben, wie Muriel es ausgeführt hat, sind im Budget 2023 leider noch keine Beträge dafür vorgesehen. Und das geht uns ein bisschen zu langsam. Wir würden es sehr begrüssen, wenn der Stadtrat **jetzt** eine nachhaltige Begrünung plante. Umfassend und nachhaltig. Das darf er auch. Man kann das vorsichtig aufarbeiten. Aber in der Zwischenzeit kann man das eine tun und das andere nicht lassen. Es verstreicht wieder ein Sommer und diesen Sommer möchten wir weder Schirme, noch ein Plastikgitternetz noch Landi-Blache über der Kirchgasse haben, sondern organisches Material beschaffen und dafür auch gewissen Mittel einsetzen. Dieser Antrag soll nun dem Stadtrat die Mittel geben, das eine zu machen und das andere überhaupt nicht zu lassen. Er soll den ordentlichen Weg weitergehen und vielleicht noch einmal der dringliche Appell der Macher von Olten jetzt!: Lasst doch Olten jetzt ein bisschen grüner werden und nicht erst 2025/2026. Es ist absolut in unserer Kompetenz solche Mittel einzusetzen. Das ist richtig.

Marc Winistorfer, Fraktion SVP: Auch wir haben der Begrünung der Kirchgasse zugestimmt. Aber vorliegend ist es nicht so. Wir haben nun einfach einen Antrag um CHF 80'000 Erhöhung einer Budgetposition, sprich das Konto wird erhöht. Muriel hat uns ein Konzept skizziert, was man mit diesen CHF 80'000 machen könnte. Muriel du hast einfach ein Problem: Du sitzt nicht vorne, sondern bei uns im Rang. Hier wäre ich sehr dankbar, wenn der Stadtrat Stellung nehmen könnte, was die Idee ist, wie mit diesem CHF 80'000 umgegangen werden sollen. Wir haben es gehört, weiter hinten wurde Geld eingestellt für ein Konzept, das klären soll, wie und wo begrünt werden soll. Ich meine, wenn wir hier wieder Geld sprechen und nicht einmal wissen, was wir dafür bekommen, dann finde ich das unseriös. Ausnahmsweise schliesse ich mich hier OJ an.

Urs Knapp, Fraktion FDP: Macherpartei FDP und Macherpartei OJ sind gleicher Meinung. Die Reihenfolge stimmt nicht. Wir haben ja nichts gegen eine Begrünung. Im Gegenteil: Auch wir haben den Vorstoss gemacht. Und der Stadtrat macht ja etwas. Er macht ein Konzept. Und mit dem Geld, das wir hier haben, finanziell gesprochen, erhöhen wir einen Posten. Das heisst nicht, dass dann mehr Bäume in der Kirchgasse sind. Das entscheidet der Stadtrat. Und ich glaube einfach, man müsste die Reihenfolge anschauen. Der Stadtrat hat einen Budgetposten drin. Vielleicht kann Marion noch sagen, wie schnell dies geht. Es ist ja nicht so eine Hexerei. Ich würde mal sagen, im ersten Quartal haben wir ein Konzept. Ob man acht, ob man zehn, ob man zwanzig oder drei Bäume in die Kirchgasse stellen soll, oder ob man etwas Anderes machen soll, um das Ziel zu erreichen. Dann kann der Stadtrat entscheiden und dann kann er in seiner Kompetenz das auch machen, und da haben wir gar nichts gegen einen Nachtragskredit. Der Stadtrat ist natürlich auch eine Macherpartei. Aber die Reihenfolge ist hier einfach falsch. Wir sprechen Geld, weil wir finden, es ist wichtig. Ja, es ist wichtig. Muriel

du hast bestimmt mit X Leuten gesprochen und festgestellt, CHF 10'000 kostet so ein Baum. Vielleicht noch mit Bewässerung. Keine Ahnung, was alles. Vielleicht kostet es CHF 15'000 pro Baum, oder vielleicht brauchen wir zwanzig anstatt zehn Bäume. Gehen wir doch mal so vor: Wir wollen, dass die Kirchgasse eine angenehmere Aufenthaltsqualität hat. Wenn man dies mit natürlichen Bäumen oder Pflanzen machen kann, noch so gerne. Der Stadtrat hat einen Budgetposten um genau diese Frage zu klären. Und selbstverständlich soll dies ein bisschen schnell gehen. Ich nehme jetzt auch an, die Macher Stadtrat werden das schnell angehen. Und dann werden wir wahrscheinlich noch vor Ende der Winterzeit ein Resultat haben und dann kann der Stadtrat mit seiner eigenen Kompetenz genau den Nachtragskredit machen, wenn es passt. Sollte es dann die Kompetenz des Stadtrates überschreiten, dann müsste man es etappen. Auch da haben wir nichts dagegen und dann kann man es so machen. Aber das Vorgehen jetzt, ehrlich gesagt, ist einfach nicht sauber.

Daniel Kissling (OJ): Ich muss schon zugeben, es „schaudert“ mich ein bisschen, dass wir gerade bei diesem Thema so viel Zuspruch von rechts erhalten. Vielleicht sind wir uns einfach jeweils formal einig. Das Problem mit diesem Antrag ist eben wirklich nicht der Inhalt. Mein Problem ist, dass ich Angst habe, dass dann irgendetwas passiert, was dann am Schluss doch nicht gut ist. Das ist meine erste Angst, wenn man einfach mal einen Rahmen setzt und innerhalb dieses Rahmens wird dann mal was gemacht. Meine zweite Angst ist halt einfach, was dies bedeutet, wenn wir sagen, so machen wir Politik. Dann werden die Budgetsitzungen nächstes Jahr noch ein bisschen länger. Denn dann haben wir noch ganz, ganz viele andere Themen, bei denen auch ich persönlich – oder auch wir als Fraktion - finde, die gehen zu langsam, die muss man jetzt mal angehen und stellen dort mal Geld ein. Wenn wir damit beginnen, dann habe ich das Gefühl, wird es eine recht schwierige Angelegenheit zu legitimieren, weshalb wir normalerweise durchs Jahr solche Sachen wie Anträge stellen und solche Sachen wie Bericht und Antrag erhalten. Dementsprechend sehe ich schon, dass das Thema wichtig ist. Es ist aber auch nicht so, dass sich der Stadtrat komplett dagegen sträuben würde und sich weigern und sagt, er mache jetzt einfach nichts zu diesem Thema. Da habe ich anderes gehört. Und vielleicht bräuchte es hier einfach Geduld. Es ist ja nicht, dass deswegen auf der Kirchgasse Menschen verbrennen oder dass man damit die Probleme dieser Stadt komplett lösen würde. Es ist jetzt nicht so dringlich. Wir sprechen viel über Dringlichkeit.

Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte): Lieber Daniel Kissling, ich möchte doch noch etwas sagen: Unsere Partei und auch die Fraktion hat sehr stark priorisiert und wir haben einzig zwei Anträge, die wir in diesem ganzen Budgetprozess stellen. Daher finde ich es schon ein bisschen „anmutig“, uns dies vorzuwerfen, wenn man sieht, was andere stellen. Ich denke, das Thema ist unbestritten wichtig. Man kann den einen oder anderen Weg wählen. Wichtig für mich ist, dass das Thema sensibilisiert ist, dass das Thema eher schneller als langsamer behandelt wird, wie ich aus bisherigen Voten vom Stadtrat ein wenig den Eindruck erhalten habe. Ich möchte ihm aber überhaupt nicht unrecht tun, sondern wir wollen ihm damit einfach die Möglichkeit schaffen.

Martin Räber (GO/JGO): Zum einen möchte ich sagen, dass ich es natürlich sehr begrüsse, wenn wir innerhalb dieses Budgets das Geld sprechen und es auch dafür eingesetzt werden kann. Was dann auch im Anschluss die Frage an Marion wäre, wie sie es sieht, wie sie das Geld einsetzen möchte. Aber ich möchte noch etwas Anderes sagen: Das Vorgehen, dass wir ein Budget zweckgebunden sprechen und einsetzen möchten, das erinnert mich an die WoV (Wirkungsorientierte Verwaltungsführung), worüber wir abgestimmt haben. Dass man eben Budget zweckgebunden gibt. Und das wäre genau das Ziel, dass man so miteinander Geschäfte besprechen könnte. Geld geben, das zweckgebunden eingesetzt werden kann, dann

wird es überprüft und am Schluss können wir sagen, es ist gut gegangen oder auch nicht. Leider hat dies damals beispielsweise die SP abgelehnt. Was schade ist, denn das wäre die Idee gewesen, dass man so über Geschäfte befinden könnte. Noch eine Seitenbemerkung diesbezüglich: Was ihr von OJ sagt, sehe ich natürlich auch. Aber ich finde, eigentlich ist es etwas, das wir jetzt sehen, und zwar, wie eine WoV funktionieren könnte. Und ich würde mir wünschen, dass wir künftig wieder einmal auf das Thema zurückkommen und zusammen in diese Richtung denken könnten.

Heinz Eng (FDP): Schattenspende Orte, Durchgänge, Passagen oder Strassen nennt man Alleen. Und wenn ihr mal eine solche Allee anschaut, die wirklich auch Schatten spendet, wie ist die gestaltet? Da ist der Durchgang, wie beispielsweise die Kirchgasse, und dann hat es links und rechts davon beispielsweise Pappelbäume usw. Eine wunderbare Pracht, die in dieser Strasse oder diesem Durchgang Schatten spendet. Nun, auf der Kirchgasse haben wir doch ein Problem: Nämlich dadurch, dass sie asphaltiert ist und der Stadtrat bis jetzt versucht hat den Schatten von oben zu spenden. Ich glaube nicht daran, dass schattenspendende Bäume in Töpfen mobil hin- und hergeführt werden und effektiv entsprechend Schatten spenden. In diesem Sinne greift dieser Antrag nicht. Denn wenn man wirklich etwas mit Hand und Fuss machen will, dann muss dort der Asphalt aufgebrochen werden, so wie es die Stadt Bern macht. Wobei, die haben zuerst Löcher gegraben für die schattenspendenden Bäume und danach rundherum asphaltiert. Und dann sind wir bei einem ganz anderen Betrag als diesen CHF 80'000 und es braucht ein entsprechendes Konzept und alles. Und wenn jemandem etwas daran liegt, dann sagt man, ja, das Bestreben ist richtig, ist vielleicht in die richtige Richtung, Bäume sind wichtig für die Photosynthese usw. Da sind wir alle einverstanden. Aber es braucht ein bisschen mehr als mobile Töpfe, die man hin- und herschieben kann, in der Meinung, dass danach die Begegnungsstätte Kirchgasse wunderbar im Schatten ist. Daher werde ich das ablehnen.

Tobias Oetiker (OJ): Wir haben heute Budgetsitzung und im Budget steht, was der Stadtrat vorhat und was wir teilweise im Auftrag bereits bewilligt haben usw. Und jetzt kommen solche Anträge, für Sachen, die eigentlich als Prüfauftrag, also richtigen Auftrag, kommen müssten. Dann kann es der Stadtrat planen. Nun im Fall dieser Bäume ist der Auftrag bereits gekommen. Der ist schon da. Der Stadtrat hat – so wie ich glaube - von niemandem gehört, dass er es nicht machen soll, oder dass jemand dagegen wäre. Das heisst, das Ding kommt. Und wenn wir auf diesen Baum Geld darüber leeren, sozusagen am Gras rupfen, deswegen wächst es nicht schneller. Der Stadtrat ist ja daran. Und wenn er im Januar merkt, dass er CHF 80'000 braucht und dies die gute Lösung ist, kann er das easy bewilligen. Ich gehe nicht davon aus, dass vom Parlament oder der FIKO irgendjemand dagegen ist. Aber wenn wir es jetzt bewilligen, ohne dass es einen konkreten Plan gibt, blasen wir das Budget auf, machen das Defizit grösser. Liefert allenfalls gewissen Leuten noch Argumente, dass das Defizit zu hoch ist. Das ist schlicht nicht nötig.

Philippe Ruf (SVP): Muriel, ich finde das Vorgehen falsch. Und du hast – entschuldige, wenn ich es so sage – bei Heinz Engs Votum gemerkt, dass einige hier im Saal gar nicht verstehen, worum es hier thematisch eigentlich geht. Und ich finde es nicht sinnvoll, wenn wir jetzt Geld sprechen und es dem Stadtrat geben, ohne dass er den Auftrag bereits hätte umsetzen können. Wenn wir in dieser Logik vorgehen, müssten wir zu allen Aufträgen, die wir bis jetzt überwiesen haben, schon mal pauschal Geld sprechen, ohne dass uns der Stadtrat sagt, wie hoch die Kosten sind und was er damit genau machen will. Wir stehen fast alle hinter diesem Auftrag und werden diesen mit Sicherheit umsetzen. Ich bin überzeugt davon, dass dies der Stadtrat gut machen wird. Aber lasst sie doch erst ein Konzept ausarbeiten. Darum finde ich, sollten

wir nicht einfach so Geld sprechen und dem Stadtrat einen Pauschalbetrag abgeben, sondern erst abwarten, was er überhaupt machen will. Ich fände es etwas übertrieben, wenn wir dies einfach dem Stadtrat vorschreiben und den Betrag so einsetzen. Das wäre, wie wenn wir dem dicken Kind sagen, es soll den Kuchen bewachen.

Christine von Arx (SP): Wir müssen jetzt schauen, wo wir sind. Wir sind am Budget. Der Sinn des Budgets ist es, dass sich der Stadtrat überlegt, was er nächstes Jahr gerne machen möchte, und wozu er wie viel Geld braucht. Wenn er an der Kirchgasse etwas mit Bäumen machen möchte, muss das jetzt ins Budget rein. Denn sonst ist es nicht redlich budgetiert. Es ist unredlich, wenn der Stadtrat bereits jetzt einen Plan hätte, was er nächstes Jahr machen will und dies dann quasi als Nachtragskredit bringt, obwohl er es jetzt schon gewusst hätte. Von daher gesehen, ist die Aufforderung, Sachen nicht ins Budget zu nehmen und sie danach als Nachtragskredit zu bringen, fragwürdig. Und ich verstehe die Argumentation der GPK. Es ist ein Auftrag. Der Stadtrat hätte sich schon lange überlegen sollen, was er denn eigentlich will. Und dass man jetzt Geld einstellt, in welchem Rahmen wir uns das vorstellen können. Dass man eine provisorische oder definitive Umsetzung macht, finde eigentlich sehr sinnvoll.

Luc Nünlist (SP): Ich schliesse mich dem gerne an. Noch eine kurze Bemerkung an Tobias und in die Runde. Wenn ihr euch jetzt erklärt, was ein Budget ist... Nicht zu vergessen: Es ist ein Antrag der FIKO. Das ist durch die Finanzkommission gegangen, die zwei Tag über das Budget gesprochen hat. Die wissen, was ein Budget ist. Die FIKO hat mit der Mehrheit diesen Antrag beschlossen. Einfach, dass wir es richtig einordnen. Es war nicht ein Einzelantrag, der hier im Raum steht, sondern ein Antrag der FIKO.

Muriel Jeisy-Strub (Mitte): Auch von mir ein letztes Wort. Ich möchte es nicht unterlassen Christine zu danken für ihr Votum. Mir ist eben auch wichtig, dass seriös und redlich budgetiert wird. Daher habe ich das bewusst als Mitglied der FIKO dort aufgebracht gefragt und nachher gesagt. Die Enttäuschung ist auch von mir eigentlich da. Ich muss Philippe schon ein bisschen rechtgeben. Ich hätte mir eigentlich gewünscht und auch erwartet, dass diese Abklärungen, zumindest für ein Grobkonzept oder eine Schätzung, vom Stadtrat in diesem Jahr... Ich meine, der Vorstoss wurde schon lange eingereicht und im Januar 2022 behandelt. Man hätte nun wirklich Zeit gehabt, das Thema anzugehen. Und das ist nur, um nicht wieder erneute Vorstösse oder irgendetwas anderes zu machen, sondern einer schnelleren Durchsetzung einer Zwischenlösung zu verhelfen.

Stadträtin Marion Rauber: Ich habe eure Voten gehört. Wir haben einen politisch überwiesenen, als erheblich erklärten Auftrag. Der heisst: „Kirchgasse begrünen“. Er heisst nicht „Kirchgassen beschatten“, sondern „begrünen“. Und ich habe in der Beantwortung, die der Stadtrat übrigens unterstützt hat, als erheblich zu erklären, auch gesagt, wir sprechen hier von Begrünen nicht im Sinne von grüne Fahnen aufhängen. Dies zur Erinnerung. Wir sind daran. Das ist so. Wir sind noch nicht so weit. Muriel hat es im ersten Votum gesagt. Wir haben eine gewisse Abhängigkeit von einem künftigen Konzept gesehen, auch mit der ganzen Abstimmung bezüglich dieser Liegenschaften. Das wurde im ersten Votum gesagt. Das hat natürlich auch den zeitlichen Aspekt etwas herausgezögert. Das geben wir zu. Das müsste für uns ineinander spielen. Es hat ja keinen Wert, macht man das eine unabhängig vom anderen. Aber wir sind daran. Wir werden euch etwas vorlegen. Wir sind einfach noch nicht so weit. Ideen haben wir. Wir müssen das noch konkretisieren und dann kommen wir wieder vors Parlament. Martin Räber hat gefragt, was wir mit dem Geld zu tun gedenken. Das kann ich nicht abschliessend beantworten, aber es sieht tendenziell so aus, dass wir uns etwas übergangsmässiges einfalten liessen.

Beschluss

Mit 18 : 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Erhöhungsantrag der FIKO zugestimmt.

Seite 86, 6153.3101.00, Werkhof: Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Es gibt einen Antrag der Fraktion SP/JSP über eine Erhöhung des erwähnten Kontos um CHF 48'957.30. Gleichzeitig soll das Konto 6153.3930.99 «Verrechnete Sozialleistungen» um CHF 7'343.60 erhöht werden.

Simea Fürst, Antragstellerin: Bereits gestern habe ich in meinem Votum erwähnt, dass sich unsere Fraktion beim Stadtrat bedankt für den transparenten Bericht zur Stellenerhöhung im Werkhof. Und wie diesem alle entnehmen konnten, braucht es effektiv neben dieser Stelle, die wir gestern besprochen haben, noch weitere 100 Prozente und zwar im Reinigungsteam. Und ja, Benvenuto und andere hier im Saal warnen davor, diese Stellenprozente zu ergänzen. Und einige interpretieren den Entscheid des Stadtrates, nur 100 Stellenprozente zu beantragen, als hätte dieser es sich sehr richtig überlegt und die richtigen Prioritäten getroffen. Diese sind nun daher der Meinung, wir sollen ja nicht das Gefühl haben, wir würden es besser wissen, als der Stadtrat und wollen bei seinen Entscheidungen reinreden. Aber man kann es auch so interpretieren, dass der Stadtrat trotz des grossen Bedarfs noch eine grösser Angst hat vor uns und vor euch und vor der Ablehnung im Parlament und sich nicht traut beide Stellen, die – ich sage es noch einmal – beide offensichtlich sehr nötig sind, zu beantragen. Und dies wegen unserer „Anti alles, das nicht lukrativ ist“-Haltung hier im Saal und wegen unserer ständigen, ich zitiere: „Wir fahren unsere Finanzen an die Wand“-Haltung. Aber der Fakt, dass eine Stadt, die wächst, halt zusätzliche Fläche hat, auf welcher die zusätzlichen Menschen zusätzlichen Dreck verursachen können, bleibt. Auch wenn man Wirtschaft studiert hat oder ganz fest daran glaubt, dass Olten ein Ausgabeproblem hat, bleibt es einfach ein Fakt. Und dieser zusätzliche Dreck braucht halt zusätzliche Menschen, die sich um die Reinigung kümmern. Gar nicht mal so kompliziert. Kompliziert wird es dann, wenn jene Menschen, die sich letztes Jahr über Littering in der Stadt beschwert haben, diesen Budgetantrag nicht unterstützen. Denn dann stellt sich die Frage, was die denn ganz genau wollen. Abfallentsorgung, aber niemand soll für diese Arbeit bezahlt sein. Gestern wurde massiv herumgefloskelt, daher mache ich dies nun auch: Wir können nicht den Fünfer und das Weggli haben. Entweder lehnen wir diesen Antrag ab, und dann beschwert sich hier im Saal aber auch niemand über die Abfallsituation der Stadt im nächsten Jahr, weil wir uns bewusst dagegen entschieden haben etwas zu unternehmen. Oder wir nehmen unsere Verantwortung wahr, setzen uns dafür ein, dass das Problem behoben werden kann und nehmen den Antrag an. Mit diesem Budget wollen wir den Stadtrat auffordern – das ist nicht zweckgebunden, wir fordern den Stadtrat auf – diesen Betrag zu nutzen und das Reinigungsteam des Werkhofes um 70 Stellenprozente aufzustocken. Wir bitten alle anwesenden Ratsmitglieder, uns bei diesem Anliegen zu unterstützen.

Urs Knapp, Fraktion FDP: Ich glaube, Frau von Känel könnte einfach mein Referat vorlesen, das ich vor ein paar Minuten gehalten habe, dann wäre das viel einfacher. Wir reden wieder von einem Kompromiss. Der Stadtrat hat die Prioritäten gemacht und gleichzeitig, ich habe es beim Eingangsreferat gesagt, explodieren in der Stadt Olten die Personalkosten. Wenn das mit dem Reinigungspersonal so wichtig ist, dann muss man anderswo Prioritäten setzen. Wir werden daher den Antrag ablehnen.

Marc Winistorfer, Fraktion SVP: Es ist vielmehr eine Frage an den Stadtrat. Ich wäre wirklich noch froh über eine Einschätzung des Stadtrates.

Stadträtin Marion Rauber: Du möchtest immer die Einschätzung vom Stadtrat, Marc. Ich kann eigentlich das Votum von Nils wiederholen und das, was er zuvor gesagt hat. Das ist unser Budget. Das legen wir euch vor. Ich kann doch jetzt nicht Stellung nehmen zu einem Antrag, der von den Fraktionen kommt. Wir haben gesagt, wir haben unsere Prioritäten gesetzt. Wir alle mussten Federn lassen in unseren Direktionen. Was für eine Stellungnahme erwartet ihr von uns? Nils hat es zuvor gesagt. Nils, du kannst es noch einmal runterlesen.

Marc Winistorfer (SVP): Doch, ihr könnte jetzt Stellung nehmen zu den Anträgen der Fraktionen. Wie ihr auch Stellung zu unseren Anträgen nehmt. Und ich meine, ich fände eine klare Aussage schon noch gut. Ihr habt gesagt, es ist ein Kompromiss, dieses Budget. Ihr habt euch darauf geeinigt, dass man die Stellen schafft, die wir gestern genehmigt haben. Und weitere Stellen sind eigentlich nicht vorgesehen. Findet ihr das notwendig, dass man noch einmal aufstockt?

Simea Fürst (JSP): Ich habe eine Frage an dich, Marc. Ich verstehe nicht, was du nicht ganz verstehst. Du hast es ja auch gelesen und der Stadtrat hat ja bereits Stellung bezogen und hat gesagt, die Situation ist so und so. Und es steht dort schwarz auf weiß, dass ein effektiver Bedarf von 200 Stellenprozent besteht. Aber dass sie aus Gründen politischer Akzeptanz, irgendwelche Situationen, Prioritäten setzen mussten. Und das ist ja alles, das bereits steht und das du lesen kannst. Und ich verstehe nicht, was du noch mehr heraushören willst, als dass es das wirklich braucht, aber sie sich nicht „dafür haben“ dies zu beantragen.

Marc Winistorfer (SVP): Ich kann es dir erklären, dass zumindest du mich verstehst. Ich möchte einfach wissen, wie ernst diese Priorisierung vom Stadtrat wirklich ist. Wenn wir hier jedes Mal sagen, wir geben uns mit den beantragten Stellen zufrieden und aber gleichzeitig sagen: Ja, eigentlich brauchen wir sie trotzdem. Das ist für mich nicht ernst zu nehmen. Eure Priorisierung in allen Ehren, aber es ist halt schon nicht sehr glaubwürdig, wenn ihr dann vorne sitzt und sagt, ja, okay, jetzt wird es noch etwas erhöht und nun nehmen wir es in Kauf.

Stadträtin Marion Rauber: Lieber Marc Winistorfer, wir machen keine Scherze. Wenn wir sagen, wir haben einen Bedarf, um die wachsende Fläche der Stadt regelmäßig reinigen zu können, brauchen wir 100 zusätzliche Stellenprozente. Dann ist dies ein klarer Fakt. Und wir haben auch ausgewiesen, dazu haben wir uns bewusst entschieden, was es heißt, wenn wir diese Stelle nicht bekommen. Das heißt konkret, dass wir unsere Reinigungstouren entsprechend der Anzahl Leute, die wir haben, anpassen müssen. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Wenn man sich dazu entscheidet, dies gemäß dem Vorschlag des Stadtrates anzunehmen, dann ist es die Konsequenz, dass wir gewisse Touren einstellen werden. Ja, es regt sich vielleicht jemand auf, wenn es nicht geputzt ist. Aber es ist kein Weltuntergang. Es geht nicht um Leben und Tod. Mehr kann ich dazu wirklich nicht sagen. Es kommt nun einfach darauf an, wie man die Priorisierung machen will. Wir haben sie gemacht. Nun muss sie das Parlament noch machen.

Stadtrat Nils Loeffel: Marion hat bereits das eine oder andere gesagt, was ich wiederholen möchte. Von Seite des Parlamentes wird jedes Jahr, wir haben es gestern mehrfach gehört, verlangt, dass der Stadtrat eine Priorisierung vornimmt. Eine Priorisierung hier, eine Priorisierung da, dieses Projekt soll nicht gemacht werden. Nun haben wir eine Priorisierung gemacht, es hat die genau gleiche Konsequenz, wie wenn wir eine Priorisierung machen mit einem

Projekt. Es findet nämlich etwas nicht statt. Ein Haus wird nicht gebaut, das Kunstmuseum wird nicht weiterentwickelt. Und wenn wir eine Priorisierung machen bei den Stellenetats, Anträge, die wir euch stellen, dann passiert auch etwas damit, nämlich, es kann eine Dienstleistung nicht erbracht werden. Und wir haben diese Priorisierung gemacht. Wir haben das Budget im September verabschiedet. Es ist das Budget, welches euch vorliegt. Und daher müssen wir auch nicht zu den zusätzlichen Stellenanträgen, die nun im Parlament gestellt werden, Stellung beziehen. Denn diese Stellung haben wir im Rahmen der Bericht und Anträge bezogen.

Denise Spirig (OJ): Ich habe viel Sympathie für diese Stelle. Ich sehe definitiv auch die Notwendigkeit. Ich werde aber trotzdem am Antrag des Stadtrates festhalten. Ebenfalls mehr aus taktischen Gründen als aus Priorisierungsgründen. Ich glaube, es ist schlichtweg auch nicht clever, wenn wir nun fünf, sechs Stellen in ein Budget reinpacken und unabhängig von den stadtärtlichen Anträgen weitere Stellen bewilligen. Das gefährdet wirklich das Budget. Das sehe ich durchaus so. Das soll der Stadtrat doch bitte bewilligen. Und ich bin auch bereit nächstes Jahr auf die Dienstleistung des Werkhofes zu verzichten und wir schauen es in einem Jahr wieder an.

Daniel Kissling (OJ): Ich wollte eigentlich nicht unbedingt zu dieser Stelle etwas sagen, sondern inhaltlich. Ich möchte es sehr beliebt machen, wie der Stadtrat dieses Mal mit seinen Stellenanträgen vorgegangen ist. Nämlich, dass man nicht nur sagt, was man mit der geschaffenen Stelle alles bekommt, sondern eben auch sagt, worauf man verzichten muss, wenn man Sachen nicht macht. Das ist etwas, das wir in der Politik eben immer wieder nicht machen. Wir reden gerne darüber, dass man sparen muss. Und das ist gut. Denn dann passiert halt etwas nicht. Aber was nicht passiert, worauf man verzichten muss, das fordern wir immer wieder gerne, wenn Sparanträge kommen. Dass es auch gesagt wird, das wird leider nicht so oft gemacht. Aber hier wird es transparent aufgeführt. Was wäre die Alternative? Der Stadtrat hätte sagen können, wir bewilligen diese Stelle und über alles andere wird nicht gesprochen. Dann hätten wir nicht mehr gewusst. Und dementsprechend hoffe ich sehr fest, dass der Stadtrat an diesem Vorgang festhält. Bei mir hat es auch bewirkt, dass ich auf diese Touren nicht verzichten will und dass es früher oder später sowieso nötiger würde. Ich persönlich stimme diesem Antrag zu.

Luc Nünlist (SP): Ich hatte das Privileg, dass ich im Werkhof bereits einmal auf eine solche Tour mitgehen durfte. Das ist nicht ganz das gleiche wie eine Velotour. Und vielleicht für Leute, die noch nie eine solche Tour mitgemacht haben und damit wir vom gleichen reden: Es ist nicht einfach ein im Kreise Fahren. Was heisst das? Worauf verzichten wir? Ein Mars-Papierli liegt irgendwo am Boden. Das bleibt einfach länger dort liegen. Der Abfallkübel am Ländiweg ist voll, der bleibt einfach länger voll, der wird nicht geleert. Laub liegt auf der Aarauerstrasse, es wird nicht weggeräumt. Es bleibt halt einfach länger liegen. Wir haben bestimmte Anzahl Touren, die nötig sind, und daher hat man einen entsprechenden Stellenetat, welcher das rechtfertigt. Oder wir haben einfach einen gewissen Budgetposten und dieser erlaubt uns eine gewisse Anzahl Touren. Und so bleibt es so lange liegen, bis die nächste Tour vorbeikommt. Grundlegend ist es die Frage, wie sauber wollen wir unsere Stadt? Wie schnell wollen wir Sachen weggeräumt haben? Und das ist hier die Litteringdiskussion, die wir im Rat schon etliche Male geführt haben. Wovon wir plastisch reden: Von Sachen, die auf der Strasse liegen oder im Abfallkübel liegen. Und wir können uns dafür entscheiden, dass die einfach länger liegenbleiben. Das ist in Ordnung.

Heinz Eng (FDP): Wir sind hier in einer typischen linken, dogmatischen Richtung, indem man sagt: Was kann die Stadt oder die Allgemeinheit für mich machen? Und anstatt, dass man

auch die Frage stellt: Was kann ich eigentlich für diese Stadt tun? Und es gibt gute Beispiele, Marion kann das bestätigen: Es gibt Raumpatin/Raumpate, die entsprechend ein Gebiet haben, wo sie den Abfall, der produziert wird, entfernen. Das, obwohl man in der Schule mehrere Stunden „Littering“ hat. Das sind Projekte, die man fördern muss. Und nicht nach Stellen und nach mehr Kontrolltouren oder was gehen. Jede/jeder von uns kann auch etwas beitragen, indem wir es versuchen und sagen: Was können wir für diese Stadt machen? Und das ist der richtige Ansatz. Und nicht Stellen bis à gogo verlangen.

Beschluss

Mit 26 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Änderungsantrag der SP/JSP abgelehnt.

Seiten 87 bis 95

Keine Wortmeldungen.

Seite 96, 7900.3130.00, Raumordnung: Dienstleistung Dritter

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Es liegt ein Antrag der Fraktion SP/JSP um Erhöhung des Kontos um CHF 80'000 vor.

Simea Fürst, Antragstellerin: Die Fraktion SP/JSP möchte, dass es in Olten, die sich selber Velostadt nennt, endlich auch öffentliche Velopumpen und Toolboards gibt. Für dieses Anliegen haben wir den Betrag von CHF 80'000 beantragt. Andere vergleichbare Städte im Kanton haben bereits seit 2021 öffentliche Velopumpen und Toolboards im Rahmen von «somobil» installiert. Diese CHF 80'000 könnten beispielsweise dafür genutzt werden, um fünf derartige Pumpen und 3 Toolboards zu finanzieren. «Somobil» würde die ganze Umsetzung übernehmen und uns eine funktionstüchtige Infrastruktur hinterlassen. Das wäre ein Vorschlag. Wobei es aber sicher auch von Vorteil ist, mit Beteiligten der Pumptrack-Anlage zu sprechen und von ihren Erfahrungen bezüglich geeigneten Toolboardmodellen und Anbieterinnen von Velopumpen zu profitieren. Modell hin oder her, das bleibt schlussendlich die Entscheidung des Stadtrates. Uns ist es ein Anliegen, dass der alltägliche Velounterhalt so niederschwellig wie möglich angeboten werden kann. Wenn es in unserer Stadt verschiedene Standort gibt, wo man Reifen aufpumpen, Bremsen anziehen und den Sattel richten kann, gilt das Argument „mein Velo ist kaputt“ nicht mehr als Argument, um das Auto zu nehmen. Wir wollen das Velofahren in Olten attraktiver gestalten und für alle zugänglicher machen. Ein Pendler, der zwar nicht hier wohnt, aber ein Velo in Olten hat, könnte am Bahnhof sein Velo wieder aufpumpen. Und eine Velofahrerin, die eine Tour entlang der offiziellen Schweizer Veloroute macht, könnte, wenn sie sowieso gerade beim Klosterplatz vorbeifährt, gleich dort stoppen und ihr Velo wieder aufpäppeln. Im Kleinholz-, im Schöngrund-, im Säli- und im Bifangquartier könnten wir, unsere Kinder, unsere Nachbarn schnell und unkompliziert unsere Zweiräder hermachen. Und es wäre keine Luxusfrage mehr, ob du ein Velo hast und dieses auch unterhalten kannst, weil du dir keine gesamte Werkstattausstattung kaufen musst, die du dann zweimal im Jahr brauchst, sondern die öffentliche Werkstattausstattung, die ausser von dir noch von ganz vielen anderen Menschen benutzt wird, brauchen kannst. Wir bitten euch diesen Betrag über CHF 80'000 zu unterstützen.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Simea, wenn ich diesen Posten anschauen, sind dort jetzt CHF 51'500 drin. Konto 7900.3130.00.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Du willst darauf hinaus, dass die Rechnung nicht aufgeht?

Simea Fürst (JSP): Es geht einfach um unsere Erhöhung über CHF 80'000. Das ist ein Fehler, den ich auf meine Kappe nehmen muss. Das ist unprofessionell und schludrig von mir, dass ich das falsch ausgerechnet habe, denn das steht hier anders. Aber das muss es auch nicht. Es geht um die Erhöhung von CHF 80'000. Bei dieser bleiben wir.

Urs Knapp, Fraktion FDP: Wir haben zuvor einen Antrag mit den Bäumen gehabt, der vergleichbar ist. Es gibt jedoch einen grundlegenden Unterschied: Bei den Bäumen hatten wir einen überwiesenen Auftrag. Das hier ist parlamentstechnisch ein Auftrag. Ihr müsst ein Auftrag einreichen, dann macht der Stadtrat eine Stellungnahme, dann kann man über den Auftrag abstimmen und dann kommt das Geld. Und hier stimmt halt wieder die Reihenfolge nicht. Wir sprechen Geld und wir wissen nicht wozu. Es gibt kein Konzept, es ist einfach eine Erhöhung ins Blaue. Von daher kann/sollte man diesem nicht zustimmen. Denn es macht aus den zuvor schon gesagten Argumenten bei den Bäumen wirklich keinen Sinn. Nur, dass es sich hier noch potenziert. Bei den Bäumen hatten wir immerhin einen Auftrag. Hier haben wir nicht einmal einen Auftrag.

Marc Winistorfer, Fraktion SVP: Zwei Punkte: Erstens, wir lehnen es inhaltlich ab. Zweitens glaube ich, Simea, auch wenn ich mich sehr unbeliebt mache in meiner Fraktion, du hast wahrscheinlich schon recht gehabt mit deinem Antrag. Denn du hast den Antrag auf den Posten «somobil und carvelo2go» gestellt mit den CHF 14'500. Also, so fair bin ich. Ich denke, den Antrag, den sie gestellt hat, ist doch korrekt. Sie möchte einfach die Unterposition auf Seite 97 erhöhen. Es geht um eine unverfälschte Willensäußerung, worüber wir nachher abstimmen ja oder nein. Einfach, dass es soweit korrekt ist.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: «What Urs says.» Ich meine, ich mache es extrem ungern. Aber, ja.

Matthias Börner (SVP): Als erstes muss ich meinem Fraktionssprecher vehement widersprechen. Er macht sich nicht unbeliebt. Wenn er schaut, dass sich die junge SP an die Regeln hält und richtige Anträge stellt, befürworte ich das sehr. Der Grund weshalb ich mich gemeldet habe, ist jedoch ein anderer. Mich interessiert, wie kommst du, oder wie kommt ihr, auf CHF 80'000? Es gibt ja schon öffentliche Velopumpen bei gewissen Tankstellen. Als regelmässiger Velofahrer weiss ich sogar an welchen. Wie kommst du auf CHF 80'000 für Velopumpen? Gibt es da noch eine «Fachstelle Velopumpe»? Oder, wie kommt ihr auf diese Zahl? Und dann wäre es übrigens wiederkehrend und dann müsste es eine Vorlage dazu geben.

Florian Eberhard (SP): Kann Patrik Stadler rasch erklären, ob es tatsächlich so ist, dass das nicht möglich ist, oder ob es nur eine Meinung ist, die Urs Knapp hier behauptet, weil es ihm gerade nicht so passt. Oder ist es tatsächlich so, dass es nicht möglich und man es nicht darf, wie es Urs gesagt hat?

Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent: So wie ich es verstanden habe, hat Urs Knapp gesagt, dass **soll** man nicht. Dem **kann** man nicht zustimmen. Und nicht, man **darf** es nicht. Also, es ist eine Meinung.

Luisa Segessenmann (SP): Ich möchte rasch betonen, dass diese CHF 80'000 nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern, dass wir eine detaillierte Offerte von «somobil» eingeholt haben.

Bzw. wir haben uns sogar direkt bei den Anbietern von «somalib» noch einmal gemeldet, um die effektiven Preise jetzt einzuholen. Und es ist so, dass das Einbauen von einer Pumpe und der Unterhalt in einem Jahr CHF 15'000 pro Pumpe kosten würde. Und das Toolboard wäre CHF 500.- plus Einbau plus Unterhalt. Und somit sind wir im ersten Jahr auf CHF 80'000 gekommen. In den Folgejahren wären es ungefähr CHF 30'000. Aber wir wollten das jetzt noch nicht festlegen, denn erstens ist es nicht an uns den Anbieter zu wählen und zweitens wird es danach der Stadtrat klären, was es dann in Olten pro Jahr effektiv kostet.

Beschluss

Mit 24 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Erhöhungsantrag der SP/JSP um CHF 80'000 abgelehnt.

Seite 98, 8400.3636.00, Tourismus: Betriebsbeitrag ROT (Region Olten Tourismus)

Luc Nünlist (SP): Ich habe eine Frage: Im Verwaltungsbericht, den wir zusammen mit der Rechnung erhalten haben, wird über die Aktivitäten des Vereins ROT Bericht erstattet. Das ist immerhin die viertgrösste (nach Eishockey, Stadttheater und Spitz) Leistungsvereinbarung der Stadt, wofür wir das Budget auch sprechen. Die dort publizierten Zahlen waren relativ erfreulich. Ein Anstieg der Logiernächte, mehr Stadtführungen und abgewickelte Kontakte. Aber andere Neuigkeiten sind ein bisschen besorgniserregend. Im Sommer hat der Verein seine GV durchgeführt und überraschenderweise entgegen der bisherigen Revisorenberichte und Gutachten ist er seit mindestens 2017 mehrwertsteuerpflichtig. Und diese Mehrwertsteuer-errückzahlungen müssen auf mehrere Geschäftsjahre zurückgefordert werden können. Und der Verein budgetiert aktuell gemäss meinem Stand mit ausserordentlichen Ausgaben von über CHF 80'000. Wenn der Verwaltungsbericht üblicherweise Ende Februar eingereicht werden muss, ist in diesem Dokument aber mit keinem Wort zu entnehmen, dass es doch gewichtige Veränderungen gegeben hat. Und bevor wir beim Budget über einen solch wichtigen Posten gehen, habe ich an dieser Stelle noch zwei Fragen in die Runde des Stadtrates, allenfalls auch die Vertretung von ROT: Reichen die budgetierten Mittel der Stadt? Und sind für die Stadt durch die unerwarteten Budgetposten im Verein finanzielle Folgen zu erwarten.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Dieser Betrag reicht, so viel wir wissen. Ich bin nicht im Vorstand, das ist meine Kollegin. Aber ich weiß, dass diese Mehrwertsteuerbereinigung im Gang ist. Auch, dass sie, meines Wissens, für den Verein verkraftbar ist. Und wir haben als Stadt hier keine Nachteile oder Schäden zu erwarten.

Luc Nünlist (SP): Meine zweite Frage: In der Leistungsvereinbarung verpflichtet sich die Auftragsnehmerin zu einem internen Controlling und ist dafür verantwortlich, ich zitiere: „...bei relevanten Abweichungen der Zahlen im Globalbudget von +/-10% und anderen Veränderungen die Auftraggeberin (also die Stadt) umgehend zu informieren.“ Meine Frage ist: Ist diese Berichterstattung erfolgt? Und weshalb ging diese nicht weiter ans Parlament, welche den Budgetposten für diese Leistungsvereinbarung spricht?

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ja, wir wurden informiert. Rechtzeitig. Übrigens auch vom Stadttheater. Es war dort dasselbe. Allerdings wegen der Energie. Das ist ein anderes Thema. Wir sind rechtzeitig vom Präsidenten, der heute auch hier im Parlament ist und noch in den Ausstand muss, informiert worden.

Luc Nünlist (SP): Und weshalb ging es nicht weiter ans Parlament, welches den Budgetposten spricht?

Stadtpräsident Thomas Marbet: Die Position hat sich ja in Franken nicht verändert. Es gibt keinen Grund hier eine Anpassung vorzunehmen.

Luc Nünlist (SP/JSP): Das ist für mich zufriedenstellen. Gut.

Seite 100, 9610.3406.00, Zinsen: Darlehenszinsen

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Es liegt ein Antrag der FIKO um Erhöhung des Kontos um CHF 200'000 von CHF 751'000 auf CHF 951'000 vor.

Nico Zila (FDP): Ich bin nicht Mitglied der FIKO. Kann mir jemand sagen, auf welchen Zinssätzen diese Beträge bzw. Anpassungen beruhen? Wovon ging der Stadtrat aus? Wovon die FIKO?

Urs Tanner, Direktionsleiter Finanzen: Wir werden nächsten Jahr CHF 20 Millionen aufnehmen müssen und wir sind von 1% ausgegangen. Nun erhöht sich das natürlich um 1%. Wir gehen nun von 2% aus. Das ist relativ gut. Wir mussten im Oktober refinanzieren. Teilweise waren die Zinsen auf 2.6% für 10 Jahre, auf 2.2 % für 5 Jahre. Im Moment ist es wieder etwas runtergegangen. Ich bekomme aktuell einen zehnjährigen für knapp 2%. Das ist gut. Ich habe gerade einen neuen abgeschlossen für 5 Jahre. Der ist bei 1.7%. Wir hoffen eigentlich, da die Stadt noch immer ein sehr, sehr gutes Rating hat (AA-), dass wir weiterhin gute Zinsen bekommen.

Beschluss

Dem Antrag der FIKO wird einstimmig zugestimmt.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Somit haben wir die Erfolgsrechnung abgeschlossen, ausser jemand möchte noch etwas sagen bis Seite 111? ... Das ist nicht der Fall. Als nächstes kommen wir zur Investitionsrechnung. Detailberatung ab Seite 111.

Seiten 111 bis 118

Keine Wortmeldungen

Seite 119, 6150.6340.013, Verkehr: Beiträge Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Die Fraktion SVP hat diesen Antrag zurückgezogen. Stimmt das?

Matthias Börner (SVP): Marc Winistorfer, der gerade nicht anwesend ist, hat sich so geäusser. Also, ja.

Seite 121, 7710.5054.005, Friedhof/Bestattung: Erneuerung Ofen und Abdankungshalle

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Die Fraktion OJ hat die Streichung des budgetierten Betrages über CHF 500'000 beantragt.

Tobias Oetiker, Antragsteller: Wir ziehen diesen Antrag zurück. Patrik Stadler hat mich in der Pause darüber informiert, dass ein B+A dazu in Arbeit ist und nächstes Jahr ins Parlament kommt. Dieser Budgetposten ist der Betrag, der, nachdem wir den B+A bewilligt haben, im 2023 ausgegeben werden soll. Es wurde also vorausschauen budgetiert, vorausgesetzt, wir

bewilligen den B+A. Wenn wir ihn ablehnen, wird das Geld auch nicht ausgegeben. Von daher erübrigts es sich. Der Antrag wird zurückgezogen.

Seite 122 bis 124

Keine Wortmeldungen

Geldflussrechnung

Keine Wortmeldungen

Seite 151

Keine Wortmeldungen

Seite 152, 5726.3010.00 Sozialregion: Löhne Verwaltung- und Betriebspersonal

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Die Fraktion SP/JSP stellt einen Antrag auf Erhöhung um CHF 56'520 auf neu CHF 3'625'920.

Cécile Send, Antragstellerin: Wie bereits gestern angetönt, beantragen wir zusätzliche 40 Stellenprozente im Bereich Mandatsführung. Wir fordern den Stadtrat auf, in der Sozialregion Olten zusätzliche 40 Stellenprozente sinnvoll einzusetzen. Ihr konntet es bereits in der Begründung des Antrages entnehmen: 590 Stellenprozente stehen zur Verfügung und mit den neu einzuführenden 150 Stellenprozenten im Bereich Mandatsführung fehlen 207%. Daher erachtet es die Fraktion SP/JSP als angemessen, in diesem Bereich weitere 40 Stellenprozente einzuführen. Betreffend Sozialleistungen: Dort ist es wohl etwas komplizierter, da vier Konti bestehen und es auch bei vier verschiedenen Gemeinden verrechnet wird. In Absprache mit Urs Tanner wird er es noch ausführlich erklären.

Urs Tanner, Direktionsleiter Finanzen: Erstens habe ich darum gebeten, dass man es auf CHF 100 rechnen könnte. Denn im Moment ist es sehr ungerade. Ich rechne gerne mit Hunderten. Das ist halt der Buchhalter. Die Sozialkosten würden dort aufgeteilt werden. Es ist so, falls wir dies beschliessen, dass die Stadt Olten nicht alles alleine tragen würde, sondern es einen Verteilschlüssel gäbe. Falls ihr zustimmt, dann würde ich diesen Verteilschlüssel bekanntgeben, wie man es auf Olten, Trimbach, Winznau, Hauenstein und Wisen aufteilen kann.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Nun sind wir ganz nahe an den CHF 60'000 wiederkehrend. Kannst du garantieren, dass dies unter CHF 60'000 bleibt? Denn sonst ist der Antrag nicht zulässig, wenn ich das richtig im Kopf habe. Wir könnten nicht darüber abstimmen. CHF 60'000 wiederkehrend wären nicht zulässig.

Urs Tanner, Direktionsleiter Finanzen: CHF 56'500 sind die Lohnkosten. Plus Sozialleistungen, welche CHF 11'700 betragen. Die Gesamtsumme betrüge dann CHF 68'200.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Somit wären wir über der Schwelle von CHF 60'000 und wir können über den Antrag nicht abstimmen.

Seiten 153 bis 155

Keine Wortmeldungen

Seiten 157 bis 159

Keine Wortmeldungen

Seiten 162 und 163

Keine Wortmeldungen

Seite 25, Beschluss + Antrag: Teuerungszulage städtisches Personal

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Es gingen dazu bis jetzt drei Anträge ein:

- | | |
|------------------|-----------------------|
| 1. FDP | 1.5 % Teuerungszulage |
| 2. SP/JSP | 2.5 % Teuerungszulage |
| 3. Mitte/EVP/glp | 1.8 % Teuerungszulage |

Florian Eberhard (SP): Besteht die Möglichkeit für weitere Anträge oder war das, was du gesagt hast, abschliessend?

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Das war noch nicht abschliessend. Du hast das Wort.

Florian Eberhard, Antragsteller: Ich bin ein bisschen überrascht. Ich bin fest davon ausgegangen, dass aufgrund der hohen Teuerung der Teuerungsausgleich für das städtische Personal in gleicher Höhe der Teuerung eine umstrittene Sache wäre und es hier im Rat vor allem darum ginge, die Stagnation der Löhne in den letzten Jahren zu kompensieren oder der Teuerung entsprechend anzuheben. Dass nun aber sogar zwei Anträge auf Reallohnkürzung im Raum stehen, hat mich daher etwas überrascht. Zu diesen Reallohnkürzungen gehört auch der Antrag der CVP. Und um der sinkenden Kaufkraft der Mitarbeitenden entgegenzuwirken, möchte ich den Einzelantrag auf 4% Teuerungsausgleich stellen. Dieser Wert setzt sich aus mehreren Teilen zusammen. Erstens braucht es den Ausgleich der Teuerung um 3 bis 3.5 %, wie es während des ganzen Herbstes der Fall war und wie es auch gemäss Landesindex der Konsumentenpreise der Fall ist. Zweitens sollen die Reallöhne gemäss dem jährlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Schweiz erhöht werden. Und drittens gibt es in dieser Stadt einen Nachholbedarf aufgrund der ungenügenden Lohnentwicklung in den letzten Jahren. Das zusammen ergäbe natürlich mehr als 4%. Und auch wenn andere Städte, wie beispielsweise Schaffhausen, höher sind, denke ich, dass 4% aufgrund der finanziellen Situation unserer Stadt, ausreichen sollten.

Manfred Schogger, Antragsteller Mitte/EVP/glp: Die Begründung habe ich eigentlich beim Fraktionsvotum gesagt. Es ist die Betrachtungsweise, dass es wie beim kantonalen Personal die gleiche ist über die 10 Jahre.

Urs Knapp, Antragsteller FDP: Ich möchte zum Märchenerzähler Florian – entschuldige, wenn ich dich so tituliere – etwas sagen: Ich habe Statistiken angeschaut, wie du ja auch. Wir sehen dort die Wunderstatistik, dass in diesem Jahr, 2022, die Kaufkraft der Löhne im Mittel um 4% höher ist als vor 10 Jahren. Und 14% höher als im Jahr 2000. Also, es ist ein Märchen, dass die Kaufkraft immer sinkt. Es gibt eine andere Bundesstatistik aus Neuchâtel mit ganz vielen Zahlen. Die kann man kostenfrei beziehen. Selbst wenn man bei einem verfügbaren

Einkommen nicht nur die Teuerung anschaut, sondern auch noch die Abzüge für die Zwangsabgaben macht (z.B. Krankenversicherungen), dann sieht man, dass die Kaufkraft der Haushaltseinkommen seit 2019 – so weit reichen die Daten zurück - knapp ein Prozent höher sind, auch im Vergleich zu vor 10 Jahren. Und 10% höher, wenn man auf die ganze Reihe zurückgeht. Also, es stimmt einfach nicht, dass die Löhne zurückgehen. Man sieht bei diesen Daten sogar, dass jene 10% mit den tiefsten Einkommen sogar noch leicht mehr erhalten haben. Einfach, dass wir hier Fakten haben. Dann bei dieser Gelegenheit noch etwas zu den 1.5% von uns. Wir haben in der Stadt Olten jetzt eine Lohnerhöhung, Personalkostenausweitung von über 6%. Alle anderen, man konnte es heute in den Medien lesen, z.B. der Denner, das ist bestimmt kein unsozialer Arbeitgeber, gehört der Migros, wo auch der Stadtpräsident eine führende Rolle hat. Denner hat gesagt, er würde die Lohnsumme, Personalkosten um 1% erhöhen für Kader und um 2% für die anderen und maximal um 3% für alles. Das heisst inklusive aller Beförderungen. Wenn wir das in Olten so machen würden, dann müsste man von den Angestellten noch Geld verlangen. Und wir sind noch viel höher. Das andere ist, wir haben 1.5% im Kanton. Das ist ein Leitentscheid. Warum sollte nun ausgerechnet die städtische Verwaltung in dieser Situation, in der wir uns befinden, mehr bekommen? Und am Schluss geht es wirklich darum, ich glaube man kann es ganz hart sagen: Wenn es weniger neue Stellen gibt, hat man auch mehr Kapazität, mehr Flexibilität, um den bisherigen Angestellten mehr Geld zu geben. Wenn der Stadtrat sich für eine andere Art, dass man die Personalkosten erhöht, entscheidet, dann bleibt am Schluss einfach weniger übrig. Denn schon meine Grossmutter selig hat gesagt, man könne den Franken nur einmal umdrehen.

Luc Nünlist, Antragsteller SP/JSP: Wir haben es bereits geschrieben: Die Teuerung ist auf dem höchsten Niveau seit den frühen Neunzigerjahren. Mit den steigenden Krankenkassenprämien und insbesondere den steigenden Heiz- und Energiekosten, wie es Urs auch erwähnt hat, ist ein gewisser Kaufkraftverlust zu erwarten. Wir alle können die Zahlen von dort her ziehen, wo wir wollen. Ich weiss nicht, was für eine Zeitung du vor dir hattest. Aber die WoZ war es wahrscheinlich nicht. Auch ein 2-prozentiger Lohnanstieg durch einen Teuerungsausgleich bedeutet einfach faktisch immer noch eine ReallohnSenkung bei einer Teuerung von über 3%. Wir haben verschiedene Beispiele. Schaffhausen hat 4.5%, der Verband der Aargauer Staatsangestellten fordert mindestens 4%, Zürich erhöht die Löhne um 3.5%, Kanton BaselLand, der ja auch nicht der linkste und progressivste Kanton ist, gibt 2.5%. Die Personalverbände, auch solche, die wirklich nicht in Verdacht stehen, dass sie linke Kampfmarxisten sind: GastroSuisse empfiehlt 3% und setzt diese im GAV um. Und in der Privatwirtschaft werden eigentlich durchs Band 3.3% umgesetzt. Auf nationaler Ebene wird die AHV sinnigerweise durch einen vollen Teuerungsausgleich ausgerichtet. Und diese Massnahmen, wir erinnern uns, dienen nicht zuletzt der Kaufkraftsicherung und kommen schlussendlich uns allen zugute, wie zum Beispiel dem Oltner Gewerbe. Ein zufriedenes, produktives Personal und eine gesicherte Kaufkraft schützt das Oltner Gewerbe, gewährleistet eine Weiterführung der Arbeit im Verwaltungspersonal. Ich appelliere hier ein bisschen an alle Kolleginnen und Kollegen, bremsen wir doch die ReallohnSenkung unseres oft gelobten Personals. Denn zur Erinnerung, auch diese 2.5% Teuerungsausgleich, die wir vorschlagen, gleicht faktisch immer noch nicht die volle Teuerung aus. Und zum Schluss: Ich finde es sehr spannend, wenn es der FDP wichtig ist, dass wir das kantonale und städtische Personal gleichbehandeln. Wir streichen uns das im Protokoll schön dick an, und wenn es bei einem nächsten Mal in eine andere Richtung gehen sollte, dann müssten wir uns auch daran erinnern. Einfach, damit die Argumentation «verhebt».

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Man darf nicht vergessen: Durch den Stufenanstieg und durch Weiterbildungen sind auf diesem Posten CHF 207'000 eingesetzt. Sprich, nicht nur die

Teuerung wirkt sich auf den Lohn der Mitarbeitenden aus, sondern auch der Stufenanstieg, bei jenen, wo es möglich ist. Es gibt aber auch viele, die schon oben anstehen. Das muss man fairerweise auch sagen. Mit dieser beantragten Teuerung von 2% macht es CHF 383'000 aus. Wenn wir auf über CHF 400'000 gehen, haben wir den «Nachteil», dass dieser Beschlussesantrag alleine dem fakultativen Referendum unterliegt. Und sollte dieses ergriffen werden und das Volk sagt danach dazu «nein», hat das städtische Personal gar nichts. Ich finde es nicht richtig, wenn wir diese Gefahr eingehen, dass wir am Schluss alles verlieren. Aus diesem Grund möchte ich euch bitten, diesen 2% zuzustimmen. Das ist von mir aus gesehen fair in der heutigen Situation. Und man darf eins nicht vergessen: Gegenüber dem Kanton haben wir mal vor Jahren allen Mitarbeitenden eine Einmalprämie ausbezahlt. Ich weiss nicht mehr, ob es CHF 1000 oder CHF 1500 waren. Dies war anstelle eines Teuerungsausgleiches.

Heinz Eng (FDP): Benvenuto ich bin ja selten deiner Meinung, aber hier muss ich dir recht geben. Ich bin effektiv auch dieser Meinung, ich sehe es gleich, dass wir diese 2%, so wie sie budgetiert sind, entsprechend auch fair sind. Es gibt mehrere Aspekte. Was du gesagt hast, Florian, in allen Ehren, aber man muss sehen, wenn man das Ganze an den LIK anbindet, wir sind auch im Geschäft mit all diesen Lohnverhandlungen oder Teuerungen oder Lohnerhöhungen, dann, wie es Urs auch gesagt hat, muss man A und B sagen. Und es kann dann sein, wenn die Teuerung negativ ist, heisst es dann, dass danach die Löhne wieder entsprechend sinken müssen? Also, es ist beidseitig. Das wirkt dann in beide Richtungen. Dann ist es so, dass das Budget so gemacht wurde. Ein faires Budget. Wir haben das auch angeschaut, alle konnten dazu entsprechend Stellung nehmen. Wir müssen nicht unbedingt immer nach Solothurn schauen, da bin ich natürlich ein Rebell. Mir passt es sehr gut, wenn wir für einmal nicht den Einheitsbrei von Solothurn machen mit 1.5%, sondern dem städtischen Personal auch mal den Fünfer und den Franken gerade lassen und diesen 2% zustimmen. Ich werde für 2% stimmen und ich glaube, das ist eine faire Sache und in diesem Sinne sollten sich alle finden und zufrieden sein mit diesen beantragten 2%, so wie es im Budget steht.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Es läuft wie folgt ab: Wir werden von hinten anfangen. Die zuletzt eingereichten Anträge müssen am meisten Hürden nehmen, bis sie gegen den Stadtrat antreten. Wir stellen den Antrag von Florian Eberhard mit 4% Teuerungszulage dem Antrag von Mitte/EVP/glp mit 1.8% Teuerungszulage gegenüber. Dieser Sieger wird dem Antrag der SP/JSP mit 2.5% gegenübergestellt, dieser Sieger wiederum dem Antrag der FDP mit 1.5% und eurer Favorit daraus wird dem Antrag des Stadtrates mit 2% gegenübergestellt.

Beschluss

Mit 22 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung obsiegt der Antrag der Mitte/EVP/glp (1.8%) gegenüber jenem vom Florian Eberhard (4%).

Beschluss

Mit 22 : 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen obsiegt der Antrag der SP/JSP (2.5%) gegenüber jenem der Mitte/EVP/glp (1.8%).

Beschluss

Mit 19 : 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen obsiegt der Antrag der SP/JSP (2.5%) gegenüber jenem der FDP (1.5%).

Beschluss

Mit 22 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung obsiegt der Antrag des Stadtrates (2%) gegenüber jenem der SP/JSP (2.5%).

Seite 25, Beschluss + Antrag: Steuerfuss

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Der Stadtrat beantragt einen Steuerfuss von 108% der einfachen Staatssteuer für natürliche Personen.

Beschluss:

Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Der Stadtrat beantragt einen Steuerfuss von 108% der einfachen Staatssteuer für juristische Personen.

Beschluss:

Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.

Antrag Senkung Hundesteuer

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Zur Hundesteuer liegt von Matthias Börner (SVP) ein Antrag vor.

Matthias Börner, Antragsteller: Ich habe vom Amt für Gemeinden ein Bulletin erhalten für Steuerfusse und Gebühren 2022. Dort gab es einen Artikel über die Hundesteuer. Mir ist dort folgendes aufgefallen: Unsere Stadt Olten hat die höchste Hundesteuer vom Kanton. Ich finde das nicht gut. Die tiefste ist CHF 60 in Unterramsern. Das arithmetische Mittel ist CHF 117.50, der Median ist CHF 120. Und daher habe ich einen Antrag gemacht auf CHF 120. Ich möchte den Stadtrat auf seine Grundsätze aufmerksam machen. «Grundsätze zu den Steuern» besagt, die steuerliche Belastung in der tieferen Hälfte aller Solothurner Gemeinden anzusetzen. Und das gilt auch für Hundehalter. Und daher schlage ich vor, dass man die Hundesteuer auf das Median von CHF 120 festlegt. Ich sehe eigentlich keinen Grund, weswegen wir in der Stadt Olten mehr verlangen müssen als anderswo.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Ich muss dir Recht geben, Matthias, wir sind am höchsten. CHF 170 ist der höchste Betrag im ganzen Kanton. Solothurn beispielsweise verlangt CHF 140. Aber der ganze Betrag fliesst nicht in unsere Stadtkasse. Wir müssen etwas dem Kanton abgeben, nämlich CHF 40. Hier gibt es ein Verfahren, bei dem in Frage gestellt wird, ob der Kanton überhaupt etwas zugute hat. Früher hat es die Hundemarken gegeben. Die gibt es jetzt nicht mehr. Und sollte ein Gericht entscheiden, würden wir mit dem Betrag runtergehen. Zu deinem Anliegen: Ich weiss, nächstes Jahr sind Nationalratswahlen, deswegen hast du ja die Zuhörer besonders begrüsst. Ich finde es den falschen Weg, wenn man den Betrag reduziert und sagt, CHF 120. Man hält den Daumen in die Luft und man hat dann nicht ermittelt, was uns diese Hunde tatsächlich kosten. Ich meine, die verursachen auch Kosten. Wir haben Robidog, wir müssen das ganze Zeug zusammennehmen und alles. Ich schlage vor, dass wenn du willst, dass wir mit den Hundesteuern runtergehen, dass du einen Auftrag einreichst, damit wir das gut überprüfen können und eine Vollkostenrechnung machen können. Darauf könnten wir auch sagen, was der angemessene Betrag wäre, den wir erheben müssten. Das wäre der sinnvollere Weg, als einfach vorzuschlagen, wir sollen CHF 50 runtergehen, ohne

Begründung, wie du auf diesen Betrag kommst und einfach sagst, es ist das Mittel des kantonalen Durchschnitts.

Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP: Die Hundesteuer haben wir bekanntlich nach 2013 erhöht. Und tatsächlich ist die hoch. Gemäss dem kantonalen Richttarif muss diese zwischen CHF 50 und CHF 200 angelegt sein. Wir sind hier mit einem verrechneten Betrag von CHF 170 sicher im höheren Segment. Der feste Betrag von CHF 170 pro Hund hat ausserdem ein Stück weit auch Gebührencharakter und ein namhafter Teil, wie Benvenuto gesagt hat, fliest als kantonale Abgabe direkt weiter. Die Frage, wie sich diese Leistung zusammensetzt, ist allenfalls zu prüfen. Als Schnellschuss jetzt hier im Rat und in den vorberatenden Kommissionen nicht besprochen, nicht vorgängig diskutiert und auf keine nachvollziehbare Argumentation gestützt, ausser einer einfachen Summe und nachfolgender Division, lehnen wir hier im Saal diesen Antrag als Hüftschuss ab. Wenn die SVP jedoch im Sinne von einer Kostentransparenz einen Vorstoss zur Abklärung der effektiven Kosten, welche durch die Hundesteuer abgedeckt werden müssen, lancieren würde, dann könnte es sein, dass sich auch in dieser Fraktion einige Pfoten mit Stimmkarte heben würden.

Matthias Börner (SVP): Das Vorgehen von Benvenuto Savoldelli, mit der Aussage, ihr hättet keine Ahnung, was es kostet, daher verlangen wir einfach mal am meisten innerhalb des ganzen Kanton, dieses Prinzip finde ich auch falsch. Wenn man nicht weiss, was es kostet, würde ich mich mal am Durchschnitt orientieren, oder ich persönlich würde mich eher tief orientieren. Und wenn ihr uns dann ausweisen könnt, die Kosten sind höher, dann geht ihr auch höher. Du hast gerade zuvor gesagt, ihr hättet keine Ahnung, was es kostet, wir verlangen am meisten. Es ist übrigens schweizweit eine der höchsten Hundesteuern. Also, eure Zahl ist auf wackeligen Grundlagen, ihr verlangt es einfach mal.

Daniel Kissling (OJ): Wir haben es in der Fraktion nicht besprochen, daher mache ich ein Einzelvotum. Ich glaube schon, dass wir ungefähr wissen, wie viel wir mit dieser Hundesteuer verdienen. Das sollte doch irgendwo aufgeschrieben sein, also wissen wir auch, wie viele Hunde es in Olten sind. Vielleicht haben wir diese Zahlen gerade irgendwo? Dann würde es mich interessieren, wie viel Minderertrag wir quasi hätten, wenn wir diesen Antrag annähmen. Vielleicht kannst du es direkt sagen, Urs?

Urs Tanner, Direktionsleiter Finanzen: Im Budget sind CHF 85'000. Dies geteilt durch CHF 170 ergibt 500 Hunde.

Daniel Kissling (OJ): 500 Hunde sind viel. Gleichzeitig muss man aber auch sage, dass ich nicht glaube, dass die Hunde in Olten so viel mehr kosten als an anderen Orten. Es sind zwar mehr Hunde, aber die machen nicht mehr Geschäfte. D.h. der Oltner Hund braucht gleich viele Robidogsäckli wie ein anderer Hund. Was ich persönlich an diesem Antrag noch finde, obwohl ich Hunde nicht sonderlich mag, ist, dass es eine Art Gebühr ist. Sprich, egal, wie viel man verdient, man bezahlt so viel für den Hund. Und das ist etwas, das mir selber widerspricht, auf diese Art Gemeinwesen zu finanzieren, wenn jeder gleich viel bezahlen muss. Daher habe ich Sympathien für diesen Vorstoss. Und was mich auch noch Wunder nimmt und das liegt jetzt nicht an Olten, sondern ist einfach eine Überlegung: Weshalb gibt es keine Katzensteuer? Anyway: Ich persönlich stimme diesem Antrag zu.

Philippe Ruf (SVP): Pass auf, Daniel, ich wurde fast gemeuchelt, als ich mal vorgeschlagen habe, wir sollen doch eine Katzensteuer einführen. Ich hoffe, dir ergeht es besser als mir. Die Argumentation von Matthias ist natürlich insofern schlüssig, weil – und da hat er absolut recht,

Benvenuto – diese CHF 170 aktuell auch nicht gerechtfertigt und aufgeschlüsselt sind. Und es ist durchaus fair, wenn wir dann mit einem Mittelwert fahren würden. Und wir verlangen nicht, dass es irgendwo ganz tief sein soll, sondern einen fairen Mittelwert. Und diesen kann man dann immer noch evaluieren, solltet ihr finden, es ist nicht kostendeckend. Luc du hast zuvor den Schnellschuss angesprochen. Ja, es ist halt schade, dass Matthias' Vorstoss qualitativ nicht so stark ist wie eure Anträge heute Abend. Schade...

Christine von Arx (SP): Es lächeln nun alle ein bisschen über diesen Antrag oder nehmen das mit dieser Hundesteuer nicht so ernst. Ich möchte hier wieder ein bisschen Ernsthaftigkeit reinbringen. Es geht um eine Reduktion der Hundesteuer um CHF 50 von 500 Hunde. CHF 50 ist auch das, was wir an Personalsteuer bezahlen müssen. Wir haben im Januar 2021 darüber abgestimmt, ob wir diese Personalsteuer weiterhin erheben wollen oder nicht. Und es ist auch von eurer Seite klar entschieden worden, dass diese Personalsteuer bezahlt werden muss. Diese Personalsteuer trifft auch Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, die an und für sich von ihrem Einkommen her keine Steuern bezahlen müssten. Und dennoch müssen sie es machen. Bei der Hundesteuer gehe ich mal davon aus, dass nicht alle 500 Hundehalterinnen oder Hundehalter quasi steuerbefreit sind, ausser der Personalsteuer. Also sozial bewegen wir uns in einer ganz anderen Kategorie. Ja, diese CHF 170 sind vermutlich schon ein bisschen Handgelenk mal Pi berechnet. Und da lohnte es sich bestimmt mal nachzufragen, wie sie genau berechnet wird. Aber das gilt natürlich auch für die Personalsteuer. Ich möchte schon gerne für etwas Ernsthaftigkeit bei diesem Thema plädieren. Auch wenn es nur um CH 50 pro Hund oder pro Kopf geht.

Daniela Minikus (SP): Ich möchte es gerne mal formulieren: Es geht tatsächlich um CHF 4 pro Monat, welche diese Reduktion der Hundesteuer ausmachen würde. Ein statistischer Vergleich kann hier wohl nicht wirklich gemacht werden. Vielmehr müsste man den Vergleich machen über die Anzahl Hundekot-Entsorgungssysteme Robidog pro 1000m² und zum entsprechenden Service. Es gibt deutsche Städte, welche die Steuer für jeden weiteren Hund bis zu 20% anheben, eine Erhöhung bei der Haltung von Kampfhunden um sogar 400% – 600%. Ich denke, eine Hundesteuer von CHF 170 in dieser Zentrumslage wie wir sind, ist angemessen. Falls eine Steuersenkung angenommen werden sollte, müsste man sich überlegen, ob für die Trimbacher, Wangener und Starrkircher Hunde und Hündinnen eine Gebühr erhoben werden müssten, sobald sie auf Oltner Boden kämen. Formulieren könnte man aber einen Antrag, dass man tatsächlich einen Vergleich um die Bewirtschaftung und den Service mit den umliegenden Gemeinden einfordert. Mit einem offenen Ergebnis, und das könnte durchaus auch nach oben gehen.

Simon Sager-Roth (FDP): Nur, weil Olten CHF 170 verlangt, was im Schnitt relativ hoch ist, heisst es nicht, dass Olten zu hoch ist. Vielleicht sind die anderen Gemeinden einfach zu tief. Und diese CHF 170 – für mich eigentlich einfach ausgerechnet – reichen vermutlich nicht einmal für alles, was so eine Hundesteuerverrechnung braucht. Nur schon die Rechnung ausstellen, verbuchen und je nach dem mahnen. Und dann haben wir noch nicht einmal die Robidog-Eimer geleert. Also, für mich braucht es da keine Berechnung, ob dies angemessen, zu hoch oder was auch immer ist. Vielleicht müssten sich, wie erwähnt, die anderen Gemeinden Gedanken machen, diese Gebühr zu erhöhen. Was Daniela gesagt hat, mit der Analyse zusammen mit den anderen Gemeinden, fände ich auch nicht schlecht. Aber man muss die ganze Geschichte auch nicht aufblasen. Also, ich bleibe bei diesen CHF 170. Und bei der Katzensteuer wäre ich dabei, wenn wir da etwas machen möchten.

Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte): Es ist effektiv so, dass man diesen Ansatz der Hundesteuer damals nach dem Finanzloch erhöht hat, als man überall Anpassungen gemacht hat. Es ist aber auch Fakt, dass wir seither – ich bin seit Anfang in der FIKO dabei – das Thema nie genauer angeschaut haben. Von daher ist es sicher ein guter Punkt, dass man hier mal darauf hinweist, es näher anzuschauen. Und meine Meinung ist eigentlich, dass es nicht noch einen Auftrag oder sonst etwas braucht, sondern ich nehme das sicher mit in die FIKO und ich denke, auch andere haben es gehört, dass einmal näher angeschaut und verglichen werden sollte, wie es Benvenuto zuvor selber gesagt hat. Ich werde diesem Antrag von Matthias nicht zustimmen, sondern auf Beibehaltung, damit ich mir danach auch ein besseres Bild machen kann.

Matthias Börner (SVP): Etwas zu Christine: Das ist eben ein sehr guter Punkt und auch in meinem ersten Argumentarium an meine Partei habe ich das hervorgehoben, aber schlussendlich war es der Grund, dass ich es als Einzelantrag stellen musste. Personalsteuer zahlt jeder. Hingegen bei der Hundesteuer sind es wirklich jene Leute, die wir überproportional bemühen, um quasi die Stadtkasse besser zu stellen. Was für Leute haben Hunde? Und bei diesen holen wir überproportional mehr Geld. Ich weiß nicht, ist dies wirklich unser Ziel? Dafür finde ich das der falsche Ort. Und es geht mir auch um ein Prinzip, dass wenn der Stadtrat wählen kann, wo er die Steuerhöhe ansetzt, dass er nicht immer beim Maximum beginnt.

Beschluss:

Mit 29 : 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Kürzungsantrag abgelehnt.

Rückkommensantrag

Cécile Send, Fraktion SP/JSP: Betreffend unseren Antrag für 40% Stellenprozente für die Sozialregion. Es wäre korrekt gewesen. Wir haben den Betrag in unserem Antrag inklusive Sozialleistungen gerechnet. Von daher wäre es korrekt gewesen. Der zuständige Stadtrat hat nicht genau gewusst, wohin diese Sozialleistungen hingehören. Darum haben wir sie in einem Betrag ausgewiesen. Die Lohnkosten wären um die CHF 48'600 plus die Sozialleistungen. Und dann wären wir beim Betrag des Antrages.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Wir würden zuerst über den Rückkommensantrag abstimmen und danach noch...

Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent: Wir haben den Rückkommensantrag, der vor der Schlussabstimmung gestellt werden kann und wir haben den Wiedererwägungsantrag, der nach der Schlussabstimmung gestellt werden kann. Bei einem Rückkommensantrag gibt es keine Diskussion, es braucht das einfache Mehr. Beim Wiedererwägungsantrag braucht es eine 2/3 Mehrheit. Dort kann aber darüber diskutiert werden.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Wir stimmen erst über den Rückkommensantrag von Cécile ab und direkt danach noch einmal darüber, ob man die Stellenerhöhung reinnehmen möchte. Cécile möchte zurück zum Budget der Sozialregion betreffend diese Stellenerhöhung, welche auf Seite 152 gefordert wurde.

Beschluss

Mit 17 : 17 Stimmen bei 4 Enthaltungen mit Stichentscheid der Präsidentin wird dem Rückkommensantrag zugesagt.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Cécile, ich gebe dir noch einmal das Wort und hätte gerne die Bestätigung der genauen Zahlen mit Lohn und den vier Konti, um welche Beträge es geht, damit wir auf der sicheren Seite sind.

Urs Tanner, Direktionsleiter Finanzen: Ich habe es noch einmal durchgerechnet. Ich bin noch an der Feinverteilung der Sozialleistungen. Wenn man vom Lohnband das absolute Maximum nimmt, dann sind das CHF 48'600 und dann habe ich noch CHF 9'700 Sozialleistungen eingerechnet. Aber ich mache jetzt noch die Feinverteilung. Bis ihr mit der Diskussion fertig seid, bin ich auch so weit. Es ginge nun um Kosten von CHF 58'300. Der Anteil der Stadt Olten wäre dann rund CHF 36'400.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Somit blieben wir finanziell in einem zulässigen Rahmen.

Stadtrat Raphael Schär-Sommer: Ja, es wurde ein Statement dazu gewünscht. Ich habe bereits gestern dazu Stellung genommen. Wir würden dies gerne ablehnen, bzw. nicht entgegennehmen, weil wir das bereits gewichtet haben, wie es von meinen Kolleginnen und Kollegen bereits dargelegt wurde. Bei den Sozialleistungen ist es tatsächlich so, dass ich die Verteilung am Telefon nicht sagen konnte und daher keine Auskunft gegeben konnte, als ich gefragt wurde. Dies noch der Vollständigkeit halber.

Urs Knapp, Fraktion FDP: Ich bin einerseits froh um das klare Wort von Raphael. Möglicherweise hat er es auch gemacht, da es ihm bewusst ist, dass dies nicht nur der Oltner Steuerzahler bezahlt, sondern auch noch drei andere. Und das ist eine relativ heikle Sache. Wir haben auch schon gesehen, dass umliegende Gemeinden gesagt haben, sie machen bald nicht mehr mit. Das ist ein Punkt. Und der andere Punkt ist, wir haben gestern schon Stellen um 200% erhöht. Wir haben Restkosten, die enorm hoch sind. Von daher passt es einfach nicht rein. Folgt in diesem Punkt dem Stadtrat Raphael.

Tobias Oetiker (OJ): Ich möchte hier noch darauf hinweisen, dass wir hier die einzigen sind, die über das Budget entscheiden, aber zahlen müssen alle. Und soviel ich weiß, wie viel Geld ausgegeben wird, ist auch besprochen und momentan gibt es in einen Umbruch. Es soll so sein, dass in Zukunft wirklich nur noch wir entscheiden, aber im Moment könnte das Budget von anderen Gemeinden auch abgelehnt werden. Also, wenn wir jetzt sozusagen unilateral entscheiden, dass sie mehr bezahlen müssten und sie finden es sowieso nicht so cool, dann kann es dazu führen, was zwar noch nie passiert ist, dass dieses Budget „fliegt“. Und das wäre dann nicht so ideal.

Thomas Fürst (FDP): Ich habe aus Überlegungen der politischen Fairness für den Rückkommensantrag gestimmt. Und ich finde das nach wie vor richtig. Aber in der Sache ist es ganz klar und ich halte mich ganz kurz. Ich möchte ein Best-of geben der heutigen Voten. Urs hat glaube ich mal gesagt: «Der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht.» Vielleicht ist er schon gebrochen, das wissen wir nicht. Aber es könnte sein, wenn ich nach hinten schaue. Und das zweite sehr gute Votum in diesem Zusammenhang heute Abend kam von Denise Spirig, die darauf aufmerksam macht, dass man sich aus taktischen Gründen überlegen sollte, was man macht.

Beschluss

Mit 24 : 10 bei 4 Enthaltungen wird der Erhöhungsantrag der SP/JSP abgelehnt.

Seite 25, Beschluss + Antrag: Feuerwehrersatzabgabe

Beschluss

Einstimmig wird dem Antrag des Stadtrates zugestimmt.

Seite 25, Beschluss + Antrag:

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Die aktualisierten Zahlen zur Erfolgsrechnung von Urs Tanner.

Urs Tanner, Direktionsleiter Finanzen: Wir haben jetzt

Gesamtaufwand	CHF 129'807'100
Gesamtertrag	CHF 118'855'400
Verlust	CHF 1'971'700

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Bei Punkt 2 und Punkt 3 gibt es keine Veränderung. Die sind gleichbleibend, wie ihr auf Seite 25 seht. Bevor wir mit der Abstimmung beginnen, hat Urs Knapp noch das Wort.

Urs Knapp, Fraktion FDP: Wir hatten vorgesehen, dass wir vor der Schlussabstimmung ein Timeout verlangen. Ich habe das Gefühl, es wäre besser dieses Timeout jetzt zu machen. Daher beantragen wir jetzt ein Timeout von zehn Minuten. Ich glaube, alle Fraktionen haben Diskussionsbedarf. Wir haben zwei Tagen intensiv über dieses Budget gesprochen. Es hat Entscheide gegeben. Und wir möchten vor diesen Abstimmungen das Timeout nutzen, um zu schauen, wie unsere Fraktion zu diesem Budget steht. Dies gibt den anderen Fraktionen dieselbe Chance.

Beschluss

Mit 20 : 5 bei 13 Enthaltungen wird dem Antrag auf ein 10-minütiges Timeout zugestimmt.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich habe nichts zum Timeout, aber wenn ihr jetzt noch eine Stärkung braucht, geschätzte Präsidentin, möchte ich euch noch ein Schöggeli der Wirtschaftsförderung übergeben. Wir haben diese heute frisch erhalten. Übrigens, die „Kalte Lust“ hat den Milestone-Preis gewonnen. Aus diesem Anlass bekommt ihr alle ein Schöggeli. „Was immer du machst, mach es in Olten.“ Das ist Tafelschokolade. Passt zur neuen Ausstellung im Kunstmuseum „Oltens Tafelsilber“ ab 3. Dezember. Bitte nehmt eins mit.

10-minütige Pause

Urs Knapp, Fraktion FDP: Herzlichen Dank für das Timeout. Es hat uns einerseits die Chance gegeben, von der wirklich sehr guten Schokolade zu nehmen. Ist zu empfehlen. Und ernsthaft: Wir haben uns in der Fraktion entschieden, dass wir uns der Schlussabstimmung enthalten werden. Wir anerkennen, dass sich der Stadtrat bei der schwierigen Angelegenheit mit den Stellen zusammengerauft hat. Wir waren mit einigen Stellenbegehren nicht einverstanden, aber der Stadtrat hat sich durchgerauft. Hat dies auch mehr oder weniger deutlich so vertreten. Und wir finden es in dieser Situation und wie die Diskussion gelaufen ist, und einzelnen Begehren auch zugestimmt wurde, nicht angebracht. Und im Sinne eines Zeichens werden wir

uns dem enthalten. Damit wir sicher nie den Vorwurf erhalten werden, wie wir ihn auch schon erhalten haben, dass wir am Schluss dafür waren. So geschehen beim Kunstmuseum. Danke Marion, für den Applaus. Und danke nochmals fürs Timeout.

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Wir fahren nun weiter mit dem B + A auf Seite 25. Wir sind bei Ziffer 1 stehengeblieben.

Beschlüsse

- | | | |
|-----|------------------------------|--|
| 1) | Erfolgsrechnung | Mit 24 : 5 bei 9 Enthaltungen zugestimmt. |
| 2) | Investitionsrechnung | Mit 28 : 0 bei 10 Enthaltungen zugestimmt. |
| 3) | Spezialfinanzierungen | Einstimmig zugestimmt. |
| 7) | Sozialregion Olten | Mit 25 : 0 bei 13 Enthaltungen zugestimmt. |
| 8) | Reg. Zivilschutzorganisation | Einstimmig zugestimmt. |
| 9) | Reg. Führungsstab | Einstimmig zugestimmt. |
| 10) | Finanzfehlbeträge | Einstimmig zugestimmt. |

Schlussabstimmung

Mit 24 : 5 Stimmen bei 9 Enthaltungen wird das Budget 2023 genehmigt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betr. Direktion(en)

Parlamentspräsidentin Laura Schöni: Nun haben wir 22.30 Uhr und wir machen Feierabend, denn der nächste Vorstoss ist zum Thema Museen und das wird wie immer heiss diskutiert werden. Wir machen das im Dezember. Merci vielmals für euren Einsatz. Geniesst die Weihnachtsbeleuchtung und wir sehen uns wieder im Dezember.

- - - - -

Parlamentspräsidentin: Laura Schöni

Stadtschreiber: Markus Dietler

Schriftliches Protokoll: Andrea Baumann

Verantwortliche Protokollführerin: Andrea von Känel Briner

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.